Montag, 28. November 1983 - D ∗∗∗

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 277 - 48.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Vorverurteilung: Um der Gefahr einer „Vorverurteilung" – etwa durch Indiskretionen aus dem Justizbereich oder durch gezielte Veröffentlichung von Einzelheiten staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen – zu begegnen, sollte der Generalbundesanwalt das Recht erhalten, Verfahren „an sich zu ziehen", erklärt der Staatsrechtler Senator Scholz in einem WELT-Gespräch. Die entsprechenden Vorgänge um Graf Lambsdorff nannte er „einzigartig". (S. 1)

Beziehungen: „Gute, normale Beziehungen" zwischen Bonn und Ost-Berlin könnten sich „wohltuend besonders auf das europäische Klima" auswirken, erklärt „DDR"-Außenminister Fischer vor dem SED-Zentralkomitee.

Haushaltsdisziplin: Strengere Disziplin bei der Ausgabenplanung fordert das „DDR"-Finanzministerium von allen zentralen und örtlichen „Staatsorganen".

KGB-Chef in Warschau: Der sowjetische Geheimdienstchef General Tschebrikow hat überraschend den polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski aufgesucht.

Unruhe in der CSSR: In der Bevölkerung der CSSR macht sich Unruhe darüber breit, daß der Warschauer Pakt als „Gegenmaßnahme" zur NATO-Nachrüstung neue Atomwaffen im Lande stationieren will.

Craxi gegen Einschüchterung: In einem Antwortschreiben an Andropow zur Auseinandersetzung um die eurostrategischen Raketen spricht der italienische Regierungschef von unerschütterlicher Bereitschaft zu Verhandlungen; dies dürfe aber „nicht verwechselt werden mit der Hinnahme jeder Form der Einschüchterung". (S. 1)

Athen lenkt ein: Griechenland hat sein bisheriges Nein zu einer Konferenz der drei Garantiemächte für Zypern – Großbritannien, Griechenland und Türkei – zurückgezogen. (S. 6)

Kirche gegen Schießen: Die evangelische Kirche in Sachsen hat kritisiert, daß das schulische und berufliche Fortkommen Jugendlicher in der „DDR" von deren Bereitschaft zur Schießausbildung abhängig gemacht werde.

„Republikaner": Sitz der neuen Partei, die von den ehemaligen CSU-Abgeordneten Handlos und Voigt gegründet wurde, ist nach der Satzung Berlin. De facto soll die Parteizentrale bis zur Wiedervereinigung in Bonn arbeiten.

Heute: EG-Ministerräte tagen; Außen- und Finanzminister unternehmen letzten Versuch zur Einigung auf Agrar- und Finanzreform vor dem Athener Gipfel. – Bundeskanzler Kohl erörtert mit Spitzenvertretern der Arbeitgeber wirtschaftspolitische Lage. – Herbsttagung der Westeuropäischen Union (WEU) in Paris.

ZITAT DES TAGES



»Ich glaube, daß die Deutschen mit ihrer Freundschaft zu Israel im Nahen Osten sicher eine wichtige Rolle spielen können.«

Der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek in einem Interview der WELT (S. 5)
FOTO: DPA – LEUSCHNER

WIRTSCHAFT

Weihnachtsgeschäft: Einen schwachen Auftakt mit sieben bis acht Prozent Umsatzminus der Warenhauskonzerne gegenüber dem Vorjahr hatte die diesjährige Weihnachts-Verkaufssaison mit dem ersten der verkaufslangen Samstage. (S. 9)

Auslandsimpulse: Durch Impulse aus dem Ausland hat sich das Geschäftsklima in der Industrie im Oktober weiter verbessert, ermittelte das Ifo-Institut. (S. 9)

IBM will Schadensersatz: IBM verlangt in einer der größten Schadensersatzklagen der US-Justizgeschichte 20 Milliarden Mark von der National Semiconductor Corp. und der japanischen Hitachi Ltd. wegen „gemeinsamer Industriespionage".

VW-Beteiligung: Niedersachsen hat „keine fertigen Pläne" zur Veräußerung der 20prozentigen Beteiligung an der Volkswagenwerk AG, erklärte Wirtschaftsministerin Breuel.

Öffentliche Ausgaben: Von 1973 bis 1983 im Durchschnitt der EG von 40 bis 52 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. (S. 10)

Schering: Die Umsätze der Schering-Gruppe wuchsen bis Ende September seit Jahresbeginn um 2,4 Prozent, die der AG um 5 Prozent. (S. 10)

KULTUR

Gegen Kurzstudium: Bundesbildungsministerin Wilms hat sich gegen extrem kurze Studiengänge als Mittel zum Abbau der Universitäten-Überlastung ausgesprochen. Auf dem Arbeitsmarkt hätten solche Absolventen kaum Chancen.

Privatfunk: Die Programme der öffentlich-rechtlichen Sender müßten angesichts der erwarteten kommerziellen Konkurrenz verstärkt „mit merkantilen Erwägungen in Einklang gebracht" werden, erklärte der stellvertretende NDR-Intendant Plog.

SPORT

Volleyball: Auf Veranlassung von Bundestrainer Niemczyk brach der deutsche Damenmeister SV Lohhof sein Bundesligaspiel beim VfL Oythe beim Stande von 2:2 ab. Begründung: Der Boden sei zu glatt gewesen. (S.16)

Ski: Das Internationale Olympische Komitee (IOC) folgte der Empfehlung des Internationalen Skiverbandes und schloß die Rennläufer Ingemar Stenmark (Schweden) und Hanni Wenzel (Liechtenstein) von Olympia aus.

AUS ALLER WELT

Notlandeplatz: Der Köln/Bonner Flughafen ist als Notlandeplatz vorgesehen, falls heute beim Start des Space Shuttle die Triebwerke ausfallen sollten. (S. 18)

Goldraub: Unbekannte haben bei einem Raubüberfall in London-Heathrow Gold und Diamanten im Wert von 100 Millionen Mark erbeutet.

Absturz: Elf Menschen haben den Absturz eines kolumbianischen Jumbo-Jets in der Nähe des Madrider Flughafens überlebt. An Bord der Maschine befanden sich 194 Passagiere und Besatzungsmitglieder.

Wetter: Bewölkt, schauerartige Regenfälle, sechs bis zehn Grad, stürmischer Wind aus Nordwest.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schmude nimmt Lambsdorff in Schutz: Vorwürfe stimmen nicht

Professor Scholz für Konsequenzen aus „Vorverurteilung" / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn

Wenige Tage vor der erwarteten Anklageerhebung in der Flick-Spendenaffäre ist Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) von einem sozialdemokratischen Spitzenpolitiker öffentlich in Schutz genommen worden: Der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) äußerte gestern abend im ZDF die Überzeugung, daß sich die Unschuld der beteiligten Personen herausstellen werde. Schmude, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion schloß ausdrücklich Minister Lambsdorff ein. „Ich halte ihn für einen hochanständigen und hochintelligenten Mann. Und beides schließt nach meiner Einschätzung aus, daß die Vorwürfe stimmen", sagte der sozialdemokratische Politiker.

Schmude erklärte im übrigen, eine Vorverurteilung im engeren Sinne müsse sich niemand gefallen lassen. Wer ein öffentliches Amt bekleide, müsse jedoch eine kritische Berichterstattung hinnehmen, wenn gegen ihn erhobene Vorwürfe im Zusammenhang mit diesem Amt stünden.

Im Vorfeld der Entscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft waren in Zeitungen und Zeitschriften gezielt Einzelheiten aus den staatsanwaltlichen Ermittlungsakten veröffentlicht worden. Der Staatsrechtler Professor Robert Scholz (Universität München), der als Senator Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund ist, sagte in einem WELT-Gespräch, aus diesen „einzigartigen" Vorgängen müßten Konsequenzen gezogen werden. Scholz: Die Gefahr, daß durch eine „Vorverurteilung" Zeugen und Richter beeinflußt würden und somit ein „objektives Verfahren" nicht mehr möglich sei, „ist unbestreitbar da".

Die gesetzliche Vorkehrung durch den Paragraphen 353 d Strafgesetzbuch, der die unbefugte Veröffentlichung von Unterlagen im Zusammenhang mit Anklageschriften und Ermittlungsverfahren unter Strafe stelle, reiche offensichtlich nicht mehr aus.

Bei den Konsequenzen, die überlegt werden sollten, denke er, Scholz, an eine „analoge Richtung wie in Amerika". In Fällen, in denen das Vertrauen der Bürger in die Diskretion und Unbefangenheit der Justiz erschüttert werden könne, sollte man dem Generalbundesanwalt in Karlsruhe das Recht geben, das „Verfahren an sich zu ziehen", betonte Scholz. Dies wäre nach seiner Auffassung dann notwendig, wenn „nicht mehr gewährleistet ist, daß in einem bestimmten Ort unbefangene und von der Öffentlichkeit wirksam abgeschirmte Ermittlungsverfahren durchgeführt werden". Der Generalbundesanwalt solle entweder das Recht haben, das Verfahren selbst zu führen oder die Möglichkeit haben, eine örtlich anders situierte Ermittlungsbehörde mit dem Verfahren zu beauftragen. Ein solcher Schritt würde eine Änderung der Strafprozeßordnung und in der Konsequenz auch des Gerichtsverfassungsgesetzes erfordern.

Es sei dringend nötig, so betonte Professor Scholz, daß bei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren die Geheimhaltung gewahrt werde, weil sonst das „Legalitätsprinzip in seiner Gesamtheit" gefährdet werden würde. Legalitätsprinzip bedeute, daß die Staatsanwaltschaft jedem Verdacht einer strafbaren Handlung von Amts wegen nachgehen müsse, also auch in solchen Fällen, in denen sich ein Verdacht alsbald als haltlos erweise. Um aber „den Bürger in seinen Persönlichkeitsrechten vor ungerechtfertigten Verdächtigungen

■ Fortsetzung Seite 8

Unmut im Ostblock über Sowjetraketen

Prag greift die Kritik auf / Rumänien: Forderungen an Washington und Moskau

DW. Prag/Bukarest/Bonn

Die Staats- und Parteiführungen im Ostblock können offensichtlich den wachsenden Unmut in ihren Ländern über die Pläne der Sowjetunion, neue Atomwaffen zu stationieren, nicht länger verheimlichen. Darauf deutet unter anderem die Erklärung hin, die der tschechoslowakische Außenminister Bohuslav Chnoupek am Wochenende vor dem ZK der Kommunistischen Partei in Prag abgegeben hat.

Chnoupek griff in scharfer Form die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa an und verband dies mit der Bemerkung, in Sicherheitsfragen müsse man Entschlossenheit zeigen. In versöhnlicherem Ton fuhr er fort: „Es ist klar, daß das Leben nicht mit dem Jahr 1983 endet, ebensowenig mit der Raketenstationierung. Die Welt wird weiter bestehen. Offenkundig wird es Möglichkeiten zur Überwindung der gefährlichen Phase geben, wenn auch vielleicht in begrenzterem Ausmaß, aber es wird sie geben und es wird notwendig sein, sie zu nutzen."

Diese Äußerung steht in einem Zusammenhang mit den sich häufenden Zeichen der Unruhe in der CSSR über das Verhalten der Sowjets. Protestbriefe zirkulierten in den vergangenen Tagen auch außerhalb der politisch-aktiven Opposition. „Organisiert ist das nicht, nur Flüsterpropaganda – einer raunt es dem anderen zu", zitiert Reuter-Korrespondent Jonathan Lynn eine tschechoslowakische Staatsbürgerin. Und ein Sympathisant der wichtigsten Gruppe von Regimegegnern, der „Charta '77", berichtet: „Viele früher unbeteiligte Leute haben sich wegen dieser Sache zum Protest entschlossen."

Die Regierung ist bemüht, mit einer großen Kampagne für die neuen Waffen Stimmung zu machen, „die zur Verteidigung des Friedens nötig" seien. Auf verschiedenen Massenkundgebungen in der CSSR wurde die Ankündigung der Vorbereitung zur Stationierung von „taktisch operativen" Systemen in der „DDR" und der CSSR „begrüßt".

Das war jedoch nach Auffassung der nichtoffiziellen Kreise lediglich Applaus einer Clique aus Arbeitern, die von ihren Betrieben zur Teilnahme an den Versammlungen verpflichtet worden seien. Der Prager Regierungssprecher Frantisek Kouril räumte denn auch ein, „daß die Nation dies (die neuen Waffen) nicht gerade mit Jubel aufgenommen hat". Mit größeren Protesten, so der Funktionär, rechne er nicht.

Solche wären auch mit einem Risiko verbunden. Wie die „Charta" berichtete, nahm die Polizei im Monat November 20 „Charta"-Mitglieder fest und warnte sie, daß jede öffentliche Erklärung gegen die Sowjetraketen mit mindestens 15 Jahren Gefängnis bestraft werde. Nicht immer fruchten solche Drohungen. So meldete die Parteizeitung „Rude Pravo", bei ihr seien Leserbriefe eingegangen, in denen die neuen Waffen kritisiert würden.

Solche Schreiben kursieren auch im Untergrund. Unter anderem wird über einen Brief an Staats- und Parteichef Gustav Husak berichtet, in dem statt der bestellten Massenkundgebungen eine Volksbefragung verlangt wird. In dem Schreiben heiße

● Fortsetzung Seite 8

Rom weist Moskaus Vorwürfe zurück

Craxi an Andropow: Raketen dienen Italiens Sicherheit, Friede heißt nicht Unterwerfung

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi hat am Wochenende in einem Antwortbrief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow dessen Beschuldigung zurückgewiesen, die italienische Regierung habe mit ihrer Zustimmung zur Aufstellung amerikanischer Marschflugkörper auf Sizilien „bewußt" zur Verschärfung der Ost-West-Krise beigetragen. Craxi antwortete schon 24 Stunden später: „Unser Wille zur Fortsetzung der Verhandlungen ist unerschütterlich." Das dürfe aber nicht verwechselt werden mit der „Hinnahme jeder Form der Einschüchterung".

Andropow erklärt in seinem Brief, Rom habe – anstatt sich für einen Abbau der Nuklearkonfrontation in Europa einzusetzen – durch sein Festhalten am NATO-Doppelbeschluß gemäß der USA-Linie zu einer Verschärfung dieser militärischen und atomaren Konfrontation beigetragen. Das könne sich auch negativ auf die künftigen bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion auswirken, da die Sowjetregierung aus der Haltung der italienischen Regierung schließen müsse, daß Italien auf gute Beziehungen zur UdSSR keinen Wert lege. Die Lage sei trotzdem nicht „irreversibel" – vorausgesetzt, daß die europäischen NATO-Länder bereit seien, zu der Situation zurückzukehren, die vor Beginn der amerikanischen Raketeninstallierung bestanden habe.

Craxi bestritt in seiner Antwort ganz entschieden, daß seine Regierung eine Verschärfung der militärischen Konfrontation in Europa wolle. Italien habe keinerlei „militaristische Ambitionen". Es sei freilich der Meinung, daß „Friede nicht zu verwechseln ist mit einem Status friedlicher Unterwerfung". Er könne nicht gleichbedeutend sein mit einem „Verzicht auf volle Sicherheit". Wenn die UdSSR für sich selbst Sicherheit fordere, könnten das die europäischen Länder und mit ihnen Italien ebenso tun. Dies um so mehr, als die Sowjetunion „ihre eigenen ausschließlich auf Europa gerichteten nuklearen Waffensysteme verstärkt hat" und damit eine „unannehmbare" Störung des Gleichgewichts provoziert habe.

Andropow, so fuhr Craxi fort, könne heute nicht wegen der italienischen Raketenentscheidung erstaunt tun, denn auf die Störung des Raketengleichgewichts sei vom Westen schon vor vier Jahren hingewiesen worden. Moskau habe daraufhin aber das Gleichgewicht nicht etwa wiederhergestellt, sondern durch Installierung weiterer Raketensysteme noch mehr gestört. Eine Sache, so resümierte der sozialistische Ministerpräsident, seien gute freundschaftliche Beziehungen, eine ganz andere Sache sei „die Hinnahme jeder Form der Einschüchterung".

Was wollte KGB-Chef in Warschau?

Spekulationen über Treffen mit Jaruzelski / „Solidarität" ruft zu Streiks auf

DW. Warschau/Bonn

Der Besuch des KGB-Chefs General Wiktor Tschebrikow beim polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski hat eine Welle von Spekulationen in Gang gesetzt. Verschiedentlich wurde die Frage gestellt, ob die Begegnung eine noch engere polnisch-sowjetische Zusammenarbeit bei der Unterdrückung oppositioneller Kräfte einleiten soll.

Vor allem im Zusammenhang mit den Anfang 1984 in Kraft tretenden drastischen Erhöhungen der Lebensmittelpreise haben Sprecher der Untergrundführung der Gewerkschaft „Solidarität" „große Protestbewegungen und auch Streiks" angekündigt. Die wirtschaftliche Lage Polens, namentlich das Problem des Lebensstandards, sei zur entscheidenden Frage für die Regierung geworden, urteilte beispielsweise der untergetauchte „Solidarität"-Führer Zbigniew Bujak.

Es war der erste Besuch eines KGB-Chefs in Polen, der je bekannt geworden ist. Außerdem ist es erst das zweite Mal, daß überhaupt von einem Auslandsbesuch des Chefs des sowjetischen Geheimdienstes die Rede ist. Am 18. Mai war Tschebrikow in Sofia mit dem bulgarischen Staats- und Parteiführer Schiwkoff zusammengetroffen. Der Besuch war im Westen als Vorläufer einer Bulgarien-Visite des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow gewertet worden. Andropow hat dann die Reise jedoch nicht unternommen; er ist seit dem 18. August nicht mehr gesehen worden.

Anfang November wurde der damalige polnische Vizepremier Zbigniew Madej mit den Worten zitiert, Pläne für einen Andropow-Besuch in Warschau seien vorangekommen. Das wurde später bestritten, obwohl sogar in der polnischen Presse mysteriöse Andeutungen gemacht worden waren. Aus dem polnischen Außenministerium verlautete, für dieses Jahr sei kein Besuch Andropows zu erwarten. Also müsse, folgern Beobachter, die Visite mit anderen Dingen im Zusammenhang gesehen werden.

Die „New York Times" gab am Wochenende einen weiteren Hinweis auf die prekäre Wirtschaftslage Polens. Zur Sanierung seiner notleidenden Wirtschaft verschaffe sich das Land Devisen, indem es libysches Erdöl auf Kredit erwerbe und dann – mit Verlust – auf dem Spotmarkt verkaufe. Die Zeitung beruft sich auf Wirtschaftskreise in Warschau.

DER KOMMENTAR

Angst und Hoffnung

HERBERT KREMP

Die Meinungsforscher interessieren sich nicht dafür, also kann man nur wetten. Wetten, daß sich die überwältigende Mehrheit der Bürger für die erste Adventskerze mehr interessiert als für Raketen. Man kann sagen, beides habe miteinander nichts zu tun – richtig. Beides symbolisiere Gegenteiliges, Gegensätzliches – richtig. Aber die Vermutung, daß Licht mehr interessiert als schlagendes Wetter, zeigt doch eines: Die Hoffnung ist stärker als die Angst. Sogar in Deutschland.

Heißer Herbst, wilder Winter, Eiszeit; Massenaufruhr, Dauerblockaden, Unregierbarkeit – so lauten die Begriffe aus dem Wörterbuch der Beunruhiger und Beunruhigten. Überwiegend prophetische Worte, lauter Voraussagen und wenig Wirklichkeit. Was ist aus ihnen geworden, stehen wir nicht schon an aller Worte Ende? Die Parlamentarier haben gesprochen, Kohl, Vogel und Honecker haben gesprochen, Andropow hat gesprochen, Ceausescu hat gesprochen. Was sie alle sagten, klang vorsichtig, nicht wie Türenknall. Die Propheten des Weltuntergangs fanden keine Akteure. Sie müssen das Theater schließen.

Eine Beobachtung der vergangenen Wochen verdient Aufmerksamkeit: Die Demonstrationen gegen die Nachrüstung blieben hinter den Ankündigungen, die Ankündigung sowjetischer Gegenmaßnahmen hinter der Drohgebärde zurück. Wir leben im Zeitalter der Medienrhetorik. Angst wird inszeniert, stets von interessierter Seite, stets wie ein Horrorstück. Das Ziel ist die Einschüchterung der wenig oder weniger Informierten, und wer keine Wirkung zeigt, ist nicht „sensibel", er lebt nicht auf der „Höhe der Zeit". Ihm fehlt vor allem eines: Moral.

Die Sowjets und ihre sehenden und blinden Freunde unterhalten ein dichtes Netz der Angst-Information. Es arbeitet elektronisch und erscheint auch auf dem Bildschirm. Daten für dieses System liefern aber gelegentlich auch diejenigen, gegen die das System gerichtet ist: Am Wochenende sahen wir im Fernsehen eine Kolonne amerikanischer Trucks auf dem Wege zum Stützpunkt Mutlangen. Es war Nacht. Scheinwerfer, breschende Fahrt. Die Szene erweckt den Eindruck eines Kommando-Unternehmens, geheim, geheim. Sie fällt ins empfindsame Gemüt wie ein Demonstranten-Stein.

Die Laster hatten möglicherweise Popcorn geladen, nicht Raketenteile. Vielleicht ein Indianer-Spiel. Aber ist es klug, die Geschäfte der Angstmacher zu besorgen?

Absperrungen in Mutlangen niedergerissen

dpa, Mutlangen

Einen Tag nach dem Transport erster Pershing-2-Raketenteile in das US-Militärdepot Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd haben Nachrüstungsgegner gestern Zäune des Militärgeländes zerstört sowie rund 30 Stahlpfosten aus der Verankerung gerissen.

Die nach einer Bilanz der Polizei bis zu 600 Nachrüstungsgegner hatten am Wochenende wiederholt Straßen und Zufahrten blockiert. Um Fahrzeugen die Ein- und Ausfahrt zum Depot freizumachen, mußten die Beamten immer wieder einschreiten.

Die Raketenteile waren in der Nacht zum Samstag auf Sattelschleppern in Mutlangen eingetroffen. Eine offizielle Bestätigung lag aber bis gestern noch nicht vor.

Das US-Außenministerium hatte am Freitag bestätigt, daß erste Teile der Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind. Auch die weiteren Teile würden nach Plan angeliefert, so daß die erste Batterie von Pershings zum Jahresende einsatzbereit sei.

Zahlreiche prominente Teilnehmer der mehrtägigen Blockade des US-Depots Mutlangen von Anfang September haben gestern zu einer neuen Protestaktion in der schwäbischen Gemeinde aufgerufen. Wie das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" in Sensbachtal mitteilte, wollen die Unterzeichner eines entsprechenden Appells – darunter Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Barbara Rütting und Dorothee Sölle – am 10. Dezember eine ganztägige Protestaktion organisieren.

Verhärtung im Londoner Zeitungsstreik

wth. London

Der britische Zeitungsstreik hat sich weiter verhärtet: Die betroffenen Verlage sind entschlossen, die streikende Gewerkschaft „National Graphical Association" (NGA) für den entstandenen Schaden regreßpflichtig zu machen. Sie haben außerdem angedroht, daß die streikenden 4000 Gewerkschaftsmitglieder der NGA sich selbst entlassen haben, wenn sie nicht unverzüglich zur Arbeit zurückkehren.

Der Streik begann am Freitagabend. Die Fleet-Street-Zeitungen haben bis zum Sonntag eine Gesamtauflage von 30 Millionen Exemplaren verloren. Der Ausstand hat inzwischen einen bedeutsamen Krisenpunkt erreicht. In den nächsten Tagen schon wird sich entscheiden, ob dies eine Einzelaktion der NGA-Gewerkschaft bleibt oder ob er zu einer weitflächigen Konfrontation zwischen Gewerkschaften und Regierung über die umstrittenen Gewerkschaftsreformgesetze wird.

Die vom Streik betroffenen Verlage haben mit dem direkten Anlaß dieses Arbeitskampfes nichts zu tun. Der Konflikt dreht sich um einen kleinen Druckbetrieb in Nordengland, der vor fünf Monaten eine Reihe von Arbeitern einstellte, die nicht der Gewerkschaft NGA angehören. Der Betrieb wurde daher von NGA-Mitgliedern belagert, was nach den neuen Gesetzen illegal ist. Die NGA weigert sich, die wegen dieser Gesetzesübertretung verhängten Geldbußen von insgesamt 150 000 Pfund zu zahlen.

Seite 3: Machtkampf

Den Athener Gipfel können die EG-Minister noch retten

Streit über Finanz- und Agrarpolitik schwelt weiter

AFP, Brüssel

Knapp eine Woche vor dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft, das nächsten Sonntag in Athen beginnt, treten die Außen- und Finanzminister der EG heute zu ihrer letzten Sondersitzung in Brüssel zusammen.

Die Minister haben nochmal Gelegenheit, ein Scheitern des Athener Gipfels zu verhindern, das die EG in eine schwere Finanzkrise stürzen würde. Sollten erneut Entscheidungen in den strittigen Fragen ausbleiben, dürfte das Athener Treffen zu einem Krisengipfel werden.

Seit dem jüngsten Gipfel in Stuttgart im Juni hatten die Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister der EG auf sechs Sondersitzungen kaum Fortschritte in den strittigen Fragen der Finanzreform und Agrarpolitik der Gemeinschaft erzielt.

Bisher kam keine Einigung über eine endgültige Regelung für die britischen Beitragszahlungen und die Begrenzung der EG-Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zustande. Beide Länder zahlen als einzige mehr in die EG-Kasse ein, als sie zurückerstattet bekommen.

Umstritten ist weiterhin auch die Aufstockung des Mehrwertsteueranteils von bisher maximal einem Prozent für die künftige Finanzierung der EG. Der Vorschlag Athens, den Mehrwertsteueranteil vom 1. Januar 1986 an auf 1,8 Prozent anzuheben, wird mit Ausnahme Italiens von den EG-Partnern abgelehnt. Die Aufstockung würde der EG zusätzliche Einnahmen von zwölf Milliarden Ecu sichern. Der gesamte EG-Haushalt beläuft sich auf 25 Milliarden Ecu – weniger als ein Prozent des Bruttosozialprodukts und 2,5 Prozent der Staatshaushalte der EG-Länder.

In der Agrarpolitik besteht ein Konsens, kostendämpfende Maßnahmen zu ergreifen. Die Minister einigten sich auf eine „vorsichtige Preispolitik" und ein langsameres Anwachsen der Agrarausgaben, die mit 16 Milliarden Ecu derzeit zwei Drittel des EG-Haushalts verbrauchen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf keinem blind

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Raketen bringen es an den Tag: Die Zeit, da Moskau im Warschauer Pakt herumkommandieren und Entscheidungen ohne Rücksicht auf seine Vasallen treffen konnte, geht ihrem Ende entgegen. Die Verurteilung der NATO-Nachrüstung wie der sowjetischen Gegenmaßnahmen durch Rumänien liegen zwar in der traditionellen Linie Bukarester Außenpolitik. Dennoch mußte die Schärfe, mit der das rumänische Regime sich nicht nur gegen die USA, sondern vor allem gegen die UdSSR wandte, in Ost und West überraschen. Man muß Ceausescu zugute halten, daß er – im Gegensatz zu manchen westlichen Friedensfreunden – nicht auf einem Auge blind ist.

Auch in anderen Pakt-Ländern des Ostens herrscht über den Abbruch der Genfer Verhandlungen wie über die bevorstehende Stationierung zusätzlicher sowjetischer Kurzstreckenraketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei größte Unruhe – bis tief in die Reihen der Parteifunktionäre hinein.

In der Tschechoslowakei erhielt die dortige Führung zahlreiche besorgte Briefe ihrer Staatsbürger, so daß zuletzt Außenminister Chnoupek mit der kalmierenden Versicherung an die Öffentlichkeit treten mußte, daß die Welt sich auch in Zukunft weiterdrehen und die Kontakte zwischen Ost und West nicht abgebrochen würden. Auch die „DDR"-Führung kann über das Raketen-„Teufelszeug" (so wörtlich Erich Honecker) nicht glücklich sein. Selbst Länder wie Ungarn, das nicht direkt von der Stationierung betroffen ist, sehen ihr Wirtschaftsprogramm durch zusätzliche Rüstungslasten (die ihnen von den Sowjets in Form von Kostenbeteiligungen an den Raketen aufgebürdet werden) schwer gefährdet.

Die kleineren osteuropäischen Länder sind nämlich noch mehr als die Sowjetunion auf Handel und Kontakte mit dem Westen und auf zusätzliche Kredite angewiesen. Die kommunistischen Führer dieser Länder wissen genau: Eine ihnen von Moskau aufgezwungene Aufrüstung müßte zu einer dramatischen Senkung des Lebensstandards und damit zu politischer Instabilität führen. Den Russen mag man so etwas zumuten – den mitteleuropäischen und osteuropäischen Nationen sicher nicht.

Kalter Friede

Von Peter M. Ranke

Die „Normalisierung" zwischen Kairo und Jerusalem, vereinbart im Frieden von Camp David 1979, hat die Ägypter unter Präsident Mubarak zum „kalten Frieden" erstarren lassen. Seit einem Jahr gibt es keinen Botschafter mehr in Israel, der Handelsverkehr ruht, kein Ägypter fährt nach Israel, die Kairoer Presse ist in die antiisrealischen Kampagnen der früheren Jahre zurückgefallen.

Nun hat die ägyptische Regierung auch eine israelische Beteiligung an der Buchmesse in Kairo untersagt. Begründet wurde das Verbot sehr allgemein mit der Haltung Israels in Libanon. Dort schlachten Syrer und Palästinenser andere Araber ab, während die Israelis 4700 Palästinenser freigelassen haben, unter ihnen 52 wegen Terror und Mord verurteilte Lebenslängliche.

Aber auch das findet in den Augen Kairos keine Anerkennung, vielmehr stellt Ägypten für eine Rückkehr zur „Normalisierung" immer neue politische Bedingungen.

Vor einer Rückkehr des ägyptischen Botschafters soll Israel Abzugstermine für den Südlibanon nennen, von den Syrern in Libanon ist in diesem Zusammenhang keine Rede. Außerdem soll Israel die Besiedlung in den besetzten Gebieten stoppen und den Grenzstreifen bei Taba räumen. Es scheint, daß Mubarak unbedingt zur nächsten arabischen Gipfelkonferenz reisen will.

Die Amerikaner haben die Aushöhlung des von ihnen mit unterzeichneten Friedensvertrages bisher hingenommen. Aber was sind Friedensabmachungen wert, wenn sie so leicht unterlaufen werden können wie von Ägypten und jetzt auch Libanon? Israel hat den Sinai und die Siedlungen dort aufgegeben und soll Südlibanon und auch das Westjordanland räumen. Das ägyptische Verhalten ist allerdings eine direkte Aufforderung, dies nicht zu tun.

Wandeln statt Wandern

Von Barbara Rütten

Daß Präsident Carstens am Ufer des Niger wandern wollte, war eine Falschmeldung – wenn auch mit einigem Wahrscheinlichkeitsgehalt, der dem mitreisenden Regierungssprecher Sudhoff im Falle eines Dementi einige Mühe bereitet hätte.

Doch die einwöchige Reise von Präsident Carstens und Entwicklungshilfeminister Warnke ist aus einem anderen Grunde bemerkenswert: Es war seit 15 Jahren die erste Reise eines deutschen Staatsoberhauptes nach Afrika. Und: Sie läßt eine Akzentverschiebung in der Bonner Afrikapolitik erkennen.

Bundespräsident Lübke war ein begeisterter Afrikareisender und hat als solcher reichlich Stoff für Anekdoten geliefert. In der Bundesrepublik deswegen gelegentlich verspottet und belächelt, war er in Afrika hoch angesehen. Lübkes Präsidentschaft hat einen wesentlichen Beitrag zu jenem Ansehen geleistet, das die Bundesrepublik in dem mitterlerweile mehr als 50 Staaten zählenden Kontinent genießt.

Dieses Ansehen, mit der Qualität deutscher Produkte und der Leistungsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft untrennbar verbunden, hat ebensowenig wie die beträchtliche Entwicklungshilfe der Bundesregierung verhindern können, daß Bonn von afrikanischer Seite immer wieder wegen seiner Beziehungen zu Südafrika kritisiert worden ist.

Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher haben dem mit einer dezidierten Verurteilung der von Südafrika praktizierten Apartheidpolitik zu begegnen versucht – ohne sonderlichen Erfolg. Auch die Mitwirkung Bonns in der westlichen Namibia-Initiative hat daran nichts geändert.

Trotz der beschränkten politischen Gestaltungsmöglichkeiten eines Bundespräsidenten läßt die Carstens-Reise doch im Ansatz eine neue afrikapolitische Tendenz erkennen, die, wie wir meinen, mehr Erfolg verspricht. Carstens hat zwei afrikanische Staatsmänner besucht, die sich in enger Anlehnung an die westliche Welt darauf konzentrieren, ihren Völkern akzeptable Lebensumstände zu verschaffen. Das ist in Afrika nicht selbstverständlich. Viele Politiker dort lieben es, mit Verbalattacken gegen Südafrika von der eigenen Unfähigkeit abzulenken.

Männer des Maßes zu unterstützen, bekommt der Bundesrepublik allemal besser, als hinter Kritikern bis zum Stadium der Selbstverleugnung herzulaufen. Auch in Afrika zahlt sich eine Politik der Schwäche nicht aus.



„Wolln'se nich wenigstens een hierlassen . . . ?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Präsident aus Berlin

Von Matthias Walden

Nun ist es Gewißheit: Richard von Weizsäcker wird Berlin verlassen, um Bundespräsident zu werden. Die ihn als Regierenden Bürgermeister schätzten und seinen Erfolg in diesem Amt mit Genugtuung erfuhren, erleben das als Schock. Seine parteipolitischen Gegner aber atmen auf: mit seiner Wiederwahl in Berlin hatten sie fest rechnen müssen, nun wittern sie neuartige Chancen.

Der quälend lange Verzug in der Entscheidung über von Weizsäckers Bleiben oder Gehen hat sich bereits nachteilig auf Berlin ausgewirkt. Es war längst durchgesikkert, daß der Regierende Bürgermeister in die Villa Hammerschmidt strebte. Und selbst wenn Helmut Kohl das durchkreuzt hätte, wäre Doktor von Weizsäcker in seinem Berliner Amt von dem bleibenden Verdacht reduziert gewesen, es nur gegen seinen Willen und zähneknirschend weiter zu bekleiden. Das hätte sich als Vorzeichen für den nächsten Wahlkampf als äußerst hinderlich erweisen müssen.

Unter den denkbaren Kandidaten für die Nachfolge des Professors Carstens erfreut sich Richard von Weizsäcker am meisten der Überzeugung, für dieses Amt wie geschaffen zu sein. Integrationskraft, Urteilsvermögen, eine Mischung aus Behutsamkeit und Entschiedenheit, die Gabe, Politik zu vergeistigen, demokratische Grundwerte zu verkörpern und zwischen den politischen Fronten versöhnend zu wirken – das alles bringt er mit. Angesichts der Krisen, die sich mit Nachrüstung, sozialen Konflikten, notwendiger Opferbereitschaft und freiheitlicher Gesinnungstreue verbinden, ist Richard von Weizsäcker fast bilderbuchhaft qualifiziert und prädestiniert als Bundespräsident unseres gebrochenen Volkes.

Gleichwohl werden viele Berliner seinen Abschied als Mangel an Treue empfinden. Wer Berlin als die höchste Aufgabe deutscher, im besten Sinne des Begriffes nationaler Politik erkennt, kann den kritischen Einwand nicht unterdrükken, daß Richard von Weizsäcker eine falsche Priorität gesetzt hat. Ihn wird noch lange verfolgen, daß er im März 1981 sagte, in seinem politischen Leben werde es keine andere als die Berliner Aufgabe für ihn mehr geben. Darin hat er inzwischen umgedacht, obwohl er als Bundespräsident viel für Berlin tun kann – weniger zwar als an dem Platz, den er verläßt, doch auch nicht wenig.

Er hat überdies persönliche Gründe für sein Streben in das höchste Staatsamt: daß er sich einst als „Zählkandidat" gegen Walter Scheel aufstellen ließ, daß er in Berlin seine Pflicht erfolgreich getan hat – und das nach einem schier aussichtslosen ersten Anlauf –, daß er sich mit Fug und Recht für den am besten geeigneten Bundespräsidenten hält und daß schließlich weitere sechs Jahre an der Spitze des Senats von Berlin vielleicht über seine Kraft gegangen wären. Dafür gebührt ihm Verständnis, das nicht mit Einverständnis gleichzusetzen ist.

Möglicherweise war Berlin für ihn ein strapaziöser Opfergang, kein Traumziel spezifischer Leidenschaft und Liebe. Was er daraus gemacht hat, ist höchst respektabel. Das Ansehen der Stadt hob er aus Symptomen der Verkommenheit und des ideellen Niederganges in ein eindrucksvoll erneuertes Prestige. Es kehrte Ruhe ein. Konflikte wurden behutsam, aber zielstrebig abgebaut. Die Berliner Luft war wieder besser zu atmen.



Verständnis, nicht Einverständnis: Richard von Weizsäcker FOTO: PETER MITCHELL

Doch der Blick zurück im Zorn oder der Blick voraus in Melancholie bringt nichts ein, ändert nichts und würde den Scheidenden nur für sein künftiges, so hochwichtiges Amt behindern. Deshalb wäre zu wünschen, daß ihn die Berliner in Würde ziehen lassen, dankbar für das, was er hier leistete, und mit nobler Nachsicht für seine irritierende Umorientierung.

Wenn nun Eberhard Diepgen, jung noch und in den Augen der Berliner Bürger ohne ein Charisma, das dem Richard von Weizsäckers vergleichbar wäre, in die Pflicht der Nachfolge genommen wird, dann ist Skepsis nicht auszuschließen. Doch der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU hat sich bewährt, sein Weg ist makellos; und der Spruch, daß der Mensch mit seinen „größeren Zwecken" wachse, sollte diesem integren Mann kreditiert werden. Die Chance ist eine Schwester des Risikos.

Ein Riesen-Risiko muß es nicht sein, zumal sein Widersacher, Harry Ristock, als Nachfolger Ernst Reuters auch bei wohlwollender Betrachtung schwer vorstellbar ist und seine politische Vergangenheit ihn nicht für einen Wahlsieg prädestiniert, um so weniger, als er sich gegen Senatoren bewirbt, die auch ohne Richard von Weizsäcker einer Bestätigung durch die Wähler wert sind.

Die Berliner sind hellwach. Sie werden die Gefahr erkennen, daß Verluste der CDU, Gewinne der SPD und ein Scheitern der FDP die Stadt mit dem erschreckenden Vorzeichen hessischer Verhältnisse bedrohen würden. Es hieße, Berlin zu unterschätzen, wollte man sein Schicksal als allein von dem Ausharren oder von dem Auszug Richard von Weizsäckers abhängig sehen. Er wird der Stadt sehr fehlen. Aber in ihr, die so vieles bestanden hat, werden auch ohne ihn nicht die Lichter ausgehen. Vieles wird schwerer werden, nichts ausweglos.

IM GESPRÄCH Ingmar Bergman

Wieder mal Abschied

Von Margarete v. Schwarzkopf

Dies werde sein letzter Film sein, sein Abschied vom Kino. Mit diesem Werk habe er nun alles gesagt, was er als Filmregisseur zu sagen habe. Von nun an werde er sich nur noch dem Theater widmen und das Kino anderen überlassen. Ingmar Bergman, Schwedens bedeutendster Regisseur, scheint dieses Mal ernst zu machen und dem Kino den Rücken zu kehren. Denn er lehnte einige attraktive Angebote europäischer und amerikanischer Produktionsfirmen mit der Begründung ab, daß er nach seinem mächtigen Familienepos „Fanny und Alexander", das zur Zeit in unseren Kinos läuft, „ausgebrannt, ideenlos, filmunlustig" sei.



Fünfzig Filme in vierzig Jahren: Regisseur Bergman FOTO: FRIEDRICH RAUCH

Fünfzig Filme in vierzig Jahren, darunter Werke, die längst zu den Klassikern des internationalen Kinos gehören wie „Die Jungfrauenquelle", „Wilde Erdbeeren" und „Das siebte Siegel". Das ist für einen Regisseur, der gerade erst seinen 65. Geburtstag gefeiert hat, eine gute Bilanz. Bergman, dieser Meister des intimen Kammerspiels, der die Kamera wie ein drittes Auge benutzte, wehrt sich allerdings gegen jegliche Interpretationsversuche seiner Filme: „Ich habe immer Menschen dargestellt, die es schwer mit sich, schwer mit anderen, schwer mit der Welt haben. Aber wer kann schon von sich behaupten, sein Leben sei paradiesisch?"

1944 schuf der damals 26jährige Bergman, als Sohn eines Pfarrers in Uppsala geboren, seinen ersten Film, „Hets" (Die Hörige). Und spätestens seit seinem 1948 entstandenen Film „Törst" (Durst) gilt er als der Erneuerer, als der Reformator des schwedischen bzw. des skandinavischen Films. Nicht immer waren seine Produkte überzeugend – man erinnere sich an den leb- und lieblosen Film „Das Schlangenei" (1976) – aber immer war Bergman für eine Überraschung gut. Vor allem 1973, als er seine „Szenen einer Ehe" drehte.

Kurz darauf geriet er in heftige Auseinandersetzungen mit der schwedischen Steuergesetzgebung und verließ demonstrativ seine Heimat. Er ging nach München, wo er Theater machte, u. a. auch die „Szenen einer Ehe" fürs Theater inszenierte.

Erst 1979 kehrte er nach Schweden zurück, um hier seinen letzten großen Film, die Summe, wie er sagt, aller seiner Filme, zu drehen. Hier setzt er sich noch einmal mit einem seiner wichtigsten Themen auseinander, dem Problem des Künstlers in der Gesellschaft. „Kinder und Künstler", meint Bergman über diesen Film, in dem er einen Teil seiner eigenen Kindheit aufarbeitet, „haben viel gemein. Sie sind kreativ, sie leben von der Magie, von der Phantasie, für sie gibt es keine Trennung zwischen der einen, der realen, und der anderen, der imaginären Welt."

Für Ingmar Bergman war das Kino immer wie ein Varieté, in dem ein Zauberer mit seinem magischen Stab die Dinge verwandelt, den Betrachter hineinzieht in eine andere Dimension. Daß dieser Zauberer nun selbst seinen Stab beiseitelegt, macht traurig. Doch wer weiß, vielleicht fällt dem Regisseur eines Tages ein, daß er doch noch etwas zu verkünden hat und er kehrt zurück an die „Stätte der unendlichen Visionen".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung stellt eine Tendenzwende für Berlin fest:

Vor allem der enorme Zuwachs bei den Investitionsplanungen der Industrie beweist, daß der Standort Berlin wieder im Aufwind ist. Die Talfahrt im Abbau von Industriearbeitsplätzen verlangsamt sich. Junge Menschen streben Existenzgründungen für hochtechnologische Fertigungen an. Das Handwerk konnte, begünstigt durch eine investitionsorientierte Haushaltspolitik, die Zahl der Arbeitsplätze um 5000 erhöhen. Auch der wachsende Touristenstrom ist Zeichen für die neue Attraktivität der Stadt.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Hier heißt es in einer Bilanz der Bonner Raketen-Debatte:

Weit wichtiger als die angeblichen oder wirklichen Gegenzüge des Kreml sind die Folgen des Doppelbeschlusses für den inneren Zusammenhalt der atlantischen Allianz. Die NATO hat die Probe bestanden, aber sie geht nicht ohne Spuren aus ihr hervor. Als verhängnisvoll hat sich die durch den Doppelbeschluß bewirkte Fokussierung der Raketendebatte auf den Punkt des Stationierungsbeginns erwiesen. Das Ja oder Nein zur Aufstellung der ersten neun Pershing 2 wurde in der Bundesrepublik zur deutschen Schicksalsfrage emporstilisiert. An ihr entzündete sich ein neues Selbstbewußtsein unter Distanzierung von beiden Supermächten, insbesondere aber von der bisherigen Schutzmacht Amerika, gestützt auf die angebliche Gefahr eines unmittelbar drohenden Nuklearkriegs, der die gesamte Menschheit auslöschen könnte. Nur von der Linken und den Grünen wird diese Linie offen vertreten. Aber unter der Führung von Willy Brandt hat sich die deutsche Sozialdemokratie von ihr in hohem Maße anstecken lassen.

Lübecker Nachrichten

Das Blatt nennt die Woche der Nachrüstungsdebatte eine „Woche der Wahrheit":

Der Verlust an Rationalität, der in den vergangenen Wochen und Monaten in der Friedensbewegung und um sie herum registriert worden war, muß nachdenklich stimmen. Deshalb ist den Sozialdemokraten auch weniger vorzuhalten, daß sie widerrufen haben, was sie unter Helmut Schmidt einmal für richtig erachtet hatten, sondern daß sie angesichts eines solchen Übermaßes an irrationalem Denken und Handeln noch immer offenlassen, wo die Grenzen der von Willy Brandt favorisierten Koalition links der Mitte liegen ... Im Augenblick besteht geradezu ein Gegensatz zwischen dem Verlust an Rationalität im Innern und dem betont rationalen Verhalten, wie es unsere Nachbarn und vor allem die Supermächte trotz viel Wortgeklingel an den Tag legen.

LE QUOTIDIEN

Die Pariser Zeitung will „Deutschland mehr in Europa einbinden":

Die Zustimmung des Bundestages zu den Pershing-Raketen darf nicht zu Illusionen verführen. Die Bundesrepublik bleibt dem Wechsel der Mehrheiten unterworfen, also dem Umschwung der Parteien an der Macht, wie es im Fall der SPD der Fall war. Sie kann in jedem Augenblick rückgängig machen, was sie entschieden hat und die gerade akzeptierten Waffen ablehnen. Dies ist weder in Paris, London oder Bonn selbst unbekannt.

Die Totschlag-Vokabel von der sozialen Demontage

Jeder vierzehnte Bürger besitzt einen Schwerbehinderten-Ausweis, ist das noch normal? / Von Peter Gillies

Jeder vierzehnte Bürger der Bundesrepublik besitzt einen Schwerbehinderten-Ausweis. Eine medizinische Fachzeitschrift zählte kürzlich 4 884 635 Schwerbehinderte, im Bundesarbeitsministerium wird die Zahl für zu hoch gehalten. Man schätzt sie eher auf 4,5 Millionen; aber es gibt auch Experten, die von fast sieben Millionen Behinderten sprechen.

Sieben Prozent aller Bürger schwerbehindert? Im Jahre 1950 gab es trotz 0,65 Millionen Kriegsversehrten weit weniger als eine Million Schwerbehinderte. Die Vervielfachung der Behindertenflut ist mit dem neuen Behindertengesetz von 1974 verbunden. Es löste eine Antrageflut bei den Versorgungsämtern aus wie eben jedes Gesetz, das mit Vergünstigungen winkt.

Der Inhaber eines Ausweises, der keineswegs wirklich beruflich behindert sein muß, genießt eine Fülle von Vergünstigungen. Nur einige seien genannt: höherer Kündigungsschutz, mehr Urlaub, frühere Rente, Steuerfreibeträge, geringere Telefon- und Rundfunkgebühren, Subventionen bei der Beförderung.

Die massenweise Ausschüttung von Sozialleistungen war gewiß gut gemeint. Die Senkung des Behindertenbegriffs war jedoch der falsche Weg. Gewiß ist ein Tänzer, der einen steifen Arm hat, in der Ausübung seines Berufes behindert, kaum jedoch ein Buchhalter oder Journalist. Niemand käme auf die Idee, einen Politiker mit Beinprothese oder Herzschrittmacher als beruflich behindert zu betrachten. Nach dem Gesetz wären es beide, mutmaßlich auch die halbe Bundesliga.

Nicht nur hat sich der Behindertenbegriff leider von der Art des beruflichen Handicaps entfernt, auch mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Betroffenen hat er nichts zu tun. Warum eigentlich soll ein Manager mit irgendeiner leichten Beeinträchtigung seiner Gesundheit kostenlos fahren oder preiswerter telefonieren dürfen?

Wenn sich der Sozialstaat diese Ausschüttungen noch leisten könnte, brauchte man darüber kein Wort zu verlieren. Aber er ist an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestoßen, hat durch einladende Fürsorgegesetze die Hemmschwellen von neun Millionen Antragstellern gesenkt und dabei ihre Eigenverantwortung geschwächt.

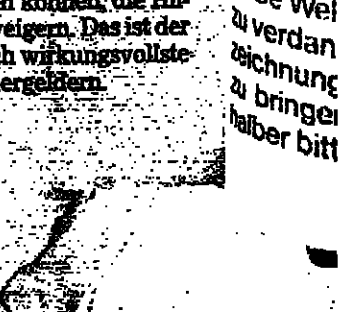
Das Fatale daran ist jedoch, daß die wirklich Behinderten mit Kürzungen konfrontiert werden. Die Rollstuhlfahrer, Spastiker, Querschnittsgelähmten, die schwersten Rehabilitationsfälle, leiden darunter, daß der Staat durch gutgemeinte Gesetze massenweise die vergleichsweise leichten Fälle gesundheitlicher Beeinträchtigung subventioniert. Aufschlußreich ist immerhin, daß die Anträgeflut bei den Versorgungsämtern etwas abebbt, seit man bestimmte Vergünstigungen leicht kürzt und die ärztliche Überprüfung strafft.

Nicht selten wendet sich der Schutz von Behinderten am Arbeitsplatz genau gegen diese Behinderten. Denn welches Unternehmen stellt in riskanten Zeiten einen Ausweisinhaber mit bevorzugtem Kündigungsschutz ein? Im Zweifelsfall wird es sich für einen Nichtbehinderten entscheiden und lieber die Ausgleichsabgabe entrichten.

Wenn die Gutmeinenden mit der Gießkanne über Land gehen und Ausschüttungen vornehmen, verwechseln sie noch immer Ausgaben mit Sozialleistung. Bei den Millionen von Behinderten, über die es nicht einmal verläßliche Zahlen gibt, dominieren Mitnahmeeffekte ärgerlichen Ausmaßes – eben zu Lasten der wirklich Behinderten.

Die partielle Blindheit des Sozialstaates führt nicht nur bei Behinderten zu grotesken Folgen. Daß Millionäre Kindergeld erhalten, daß Hochverdiener vom Staat Mietsubventionen erhalten, daß vielerlei Mißbräuche von „Auskennern" kritiklos hingenommen werden, daß sich manchmal Nichtarbeit mehr lohnt als Arbeit, – alles Verletzungen des Prinzips der Subsidiarität.

Darüber zu diskutieren ist deswegen schwierig, weil sogleich mit Totschlagvokabeln entgegnet wird. Eine davon ist die „soziale Demontage". Der Sozialstaat wird seine Ausgaben aber nur in den Griff bekommen, wenn er sich auf ein Prinzip zurückbesinnt: denen Hilfe zu leisten, die ihrer dringend bedürfen, den anderen, die sich noch selbst helfen können, die Hilfe jedoch zu verweigern. Das ist der sozialste und auch wirkungsvollste Einsatz von Steuergeldern.



Der Machtkampf im „Dschungel" von Fleet Street

Ein Streik in einer kleinen nordenglischen Stadt eskaliert im britischen Presse-Zentrum: Wieder einmal geht nichts in Fleet Street, weil die „Aristokraten" es so wollen. Es sind die 4000 Londoner Drucker der Gewerkschaft NGA, die nicht nur die höchstbezahlten Arbeiter im Lande sind, sondern in den Verlagen selbst über Personal und Auflagen entscheiden.

Von FRITZ WIRTH

Es gab einmal Zeiten, da fielen einem, wenn von den „Aristokraten" in Fleet Street gesprochen wurde, Namen wie Northcliffe, Rothermere, Harmsworth, die Astors und Beaverbrook ein. Wenn heute über die Aristokraten in dieser Straße geredet wird, werden nur noch drei Buchstaben genannt: NGA. Der Unterschied: Die Beaverbrooks und die Astors waren die Männer, die Leben in diese Straße brachten. Hinter der NGA stehen jene Männer, die seit Jahren in regelmäßigen Abständen Friedhofsruhe über Fleet Street verhängen.

Denn ohne die NGA bewegt sich nichts in dieser Straße. Sie sind die wirklichen Herren in diesem Zeitungsviertel. Die Macht der Beaverbrooks und Astors ist lange gebrochen, die Herrschaft der NGA ist unversehrt. Als im Jahre 1978 die „Times" stillgelegt wurde, als in diesem Jahr die „Financial Times" für Wochen vom Markt verschwand, als vor drei Jahren die Rotationen des „Observers" stillstanden und als man beim „Mirror" entdeckte, daß man jahrelang Gehälter an Geisternamen gezahlt hatte – stets standen die drei Buchstaben NGA im Zentrum der Auseinandersetzungen.

Seit Freitag liegt wieder Friedhofsruhe über Fleet Street. Sie wurde verhängt von den Herren der NGA. Denn sie allein entscheiden, wann, wie und ob überhaupt Zeitungen in Fleet Street gedruckt werden. Wer die NGA nicht kennt, begreift nicht die besonderen Gesetze und Arbeitsweisen, nach denen Fleet Street funktioniert, die Männer wie Lord Thomson und Cecil King aus leidvoller Erfahrung einst einen „Dschungel" nannten.

Wer also steht hinter diesen drei Buchstaben? Nein, keine wilden Chaoten und keine kommunistischen „Bullyboys". NGA ist die Abkürzung für „National Graphical Association". Es ist die Gewerkschaft der wohlhabendsten Arbeiter in Großbritannien. Ihre 123 000 Mitglieder sind politisch eher rechts denn links einzuordnen.

Es ist eine relativ junge Gewerkschaft. Sie entstand im Jahre 1964 aus der Fusion der „Typographical Association" und der „London Typographical Society". Sie kämpft jedoch um eine der ältesten handwerklichen Traditionen im Lande, und war stets mehr als eine Gewerkschaft: Sie war und ist eher eine Loge, eine alte Gilde. Männer, die Opfer der Bräuche, Traditionen und Verschwörungen der NGA wurden, nennen sie dagegen eher furchtvoll denn abschätzig eine „Drucker-Mafia".

Die NGA hat in diesem Zeitalter der Druck-Revolution mehr für den Erhalt guter alter Gutenbergscher Druck-Technik getan als es jedes Museum jemals zu tun vermag. Die NGA sorgte dafür, das Fleet Street inmitten einer weltweiten Umrüstung auf bleilose Zeitungsherstellung eine archaische Oase längst überholter Techniken blieb. Sie tat es jedoch nicht aus sentimentaler Verehrung für Gutenberg, sondern aus schierem Selbsterhaltungstrieb. Sie *wußte*, daß sie das erste und am härtesten getroffene Opfer dieser technologischen Umrüstung würde.

Spätestens hier ist es jedoch an der Zeit, zu differenzieren. Es sind nicht die 123 000 Mitglieder der NGA, die sich dieser Druckrevolution widersetzt haben, es ist der kleine Kern der 4000 NGA-Mitglieder in Fleet Street, der sich gegen den Fortschritt eingeigelt hat. So kommt es, daß in der britischen Provinz außerhalb Londons in vielen Fällen schon seit 15 Jahren nach modernster Art und bleilos Zeitung gemacht wird, ohne daß es nennenswerten Widerstand der NGA gab.

Der NGA-Aufstand fand nur in Fleet Street statt. Wenn also von den „Aristokraten" der NGA gesprochen wird, dann sind damit diese 4000 Fleet-Street-Drucker gemeint. Sie besetzen die Schlüsselpositionen der Zeitungsherstellung, denn sie stellen die Mehrheit der Handsetzer, Maschinensetzer, Stereotypeure und Rotations-Maschinisten.

Die „Kapellenväter" sitzen an den Hebeln

Sie haben diese Schlüsselstellungen jahrzehntelang nicht nur gegen den Fortschritt abgeriegelt, sondern auch gegen den Zugriff der Verlagsmanager und Zeitungsbesitzer. Wer von ihnen Kooperation und Zugeständnisse verlangt, muß dafür einen sehr hohen Preis zahlen. Die Folge: Diese „NGA-Aristokraten" beziehen heute die höchsten Gehälter in Fleet Street. Sie verdienen in vielen Fällen doppelt so viel wie Journalisten. Ihr Monatsgehalt liegt zwischen 7000 und 8000 Mark.

Simon Jenkins, der ehemalige Chefredakteur des Londoner „Evening Standard", beschrieb Stil und Lebensart dieser „Aristokraten" einst im „Economist" so: „Ein gelernter Maschinensetzer mit einem Jahresgehalt von über 20 000 Pfund für eine Viertagewoche, die er oft auf drei Nachtschichten zusammenpreßt, besitzt heute mit hoher Sicherheit sein eigenes Haus, ist aus der alten Londoner Arbeiterklassen-Wohngegend in Hoxton ausgezogen und hat sich in den wohlhabenden Bezirken von Epping, Romford oder Chislehurst niedergelassen. Er besitzt eher zwei denn einen eigenen Wagen, gibt ein Vermögen fürs Golfspiel aus, und schickt seine Kinder auf Privatschulen."



Nächtlicher Zusammenstoß in Warrington: Streikposten der NGA, die seit fünf Monaten eine Druckerei in der nordenglischen Stadt blockieren, in einem Handgemenge mit der Polizei FOTO: AP

Der Ursprung dieses Wohlstands ist bemerkenswert. Er ist das Ergebnis des bestfunktionierenden „Closed shop" im gesamten britischen Königreich. Normalerweise bedeutet „Closed shop", daß nur Gewerkschaftsmitglieder in einer Firma beschäftigt werden dürfen. Das „Closed shop" der Londoner NGA-Männer jedoch ist viel mehr. Es ist ein „Network", das heute wesentlich besser funktioniert als es jemals das legendäre „Network der Old Boys von Eton" getan hat.

In diesem „Network" spielen die „Chapels", die Kapellen, eine entscheidende Rolle. Der alte Zunftname „Chapels" ist ein Euphemismus für innerbetriebliche Gewerkschafts-Organisationen. In Fleet Street gibt es davon rund 320, bei der „Times" und „Sunday Times" allein 54. In anderen Industriezweigen nennt man die Vorsitzenden dieser Kapellen „Shop stewards", im Druckergewerbe heißen sie „Father of the Chapels".

Diese „Kapellenväter" sind die wirklich wichtigen Männer in Fleet Street. Sie, und nicht der NGA-Präsident, ordnen an, was in den Zeitungsbetrieben vor sich geht. So bestimmt der „Father of the Chapel", der Maschinensetzer, wer in seinem Betrieb eingestellt wird und wer nicht. Er verteilt die Arbeit und er bestimmt, wie viele Setzer in einem Betrieb gebraucht werden. Sie sind die große Arbeitsvermittlungsstelle in Fleet Street. Nicht die Verlage bestimmen die Personalpolitik in ihren Häusern, sondern die „Fathers of the Chapels".

Ihre Machtbefugnisse jedoch gehen viel weiter. Sie bestimmen auch die Auflagenhöhe der Zeitungen. So erschien in der Hauszeitung der „Times" vom Oktober dieses Jahres auf Seite 3 eine erleichterte Mitteilung des Verlages, daß es ihm gelungen sei, mit den „Kapellen" eine Vereinbarung auszuhandeln, wonach die Auflage der „Times" auf 466 000 Exemplare erhöht werden dürfe. Die „Sunday Times" litt jahrelang darunter, daß die „Kapellen" sich weigerten, Ausgaben von mehr als 72 Seiten zu produzieren, obwohl der Verlag genügend Anzeigen hatte, um 80 Seiten zu drucken.

Kaum weniger bemerkenswert ist die Kunst dieser „Aristokraten", ihr Handwerk zu verkaufen. Grundlage dieser Verkaufspraxis war lange Jahre die „Londoner Preisliste". In dieser Liste sind nicht nur die Preise pro Zeile nach verschiedener Schriftgröße festgehalten, sie regelt auch, daß für ein schlecht redigiertes Manuskript ein Aufschlag von 30 Prozent verlangt wird. Enthält ein Manuskript mehrere Fremdwörter, verdoppelt sich der Setzerpreis pro Zeile. Für jedes griechische Wort in einem Manuskript wurde der Preis für eine ganze Zeile berechnet. In dieser Liste war sogar der Preis für den freien Raum, der sich zuweilen am Ende eines Absatzes ergibt, festgelegt. Sie verlangten sogar Geld für Texte, die sie gar nicht zu setzen hatten, beispielsweise für Anzeigen, die als fertige Matern ins Haus kamen.

Harter Widerstand gegen die neue Technologie

Diese Hauslisten, das wußten die NGA-Leute, würden das erste Opfer der bleilosen Zeitungstechnik werden. Daher ihr Widerstand gegen die neue Technologie. Inzwischen sind in den letzten drei Jahren fast alle großen Londoner Zeitungsbetriebe dennoch auf bleilosen Satz umgerüstet worden. Die NGA-Leute verlangten den Verlagen dafür jedoch einen hohen Preis ab: Sie sicherten sich das Monopol für die alleinige Bedienung der neu eingeführten Computer. Weder Journalisten noch Anzeigenleute dürfen auch nur ein Wort direkt in die neuen Computer eingeben. Die zeit- und personalsparenden Möglichkeiten der neuen Technik bleiben weitgehend ungenutzt.

Die „Aristokraten" von Fleet Street sind also alles andere als Revolutionäre, weder politisch noch im handwerklich-technischen Sinne. Um so erstaunlicher ist es, daß ausgerechnet sie nun heute in der vordersten Front des Kampfes gegen die Gewerkschafts-Reformgesetze der Regierung Thatcher stehen und hier nun plötzlich eine Rolle spielen, die man eher den militanten Bergarbeitern oder Stahlkochern zugetraut hatte. Denn man erinnert sich: Als Edward Heath im Jahre 1971 neue Gewerkschaftsgesetze einbrachte, war es die NGA, die als erste mitzog und auf den Heath-Kurs einschwenkte. Sie wurde dafür damals aus dem Gewerkschafts-Dachverband TUC gefeuert.

Die Erklärung: Als jener Arbeitskampf, der am Freitag alle Fleet-Street-Zeitungen stillegte, vor fünf Monaten in Nordengland begann, dachte niemand bei der NGA auch nur im geringsten an einen Aufstand gegen die neuen Gewerkschaftsgesetze. Es ging ihr in diesem Arbeitskampf statt dessen um das wichtigste Prinzip, das es in ihrem Katechismus gibt, um die Bewahrung des „Closed shop", das ja auch von der Regierung Thatcher in ihrer Gewerkschaftsreform nicht angetastet wird. Die NGA weigerte sich nicht, die richterlich auferlegten Geldbußen zu zahlen, weil sie gegen die Gewerkschaftsgesetze protestieren wollte, sie kämpfte damit zuerst und vor allem um ihre unverminderte Souveränität und Autorität in allen britischen Druckbetrieben.

Nun, da sie eher zufällig ins Gefecht gegen die Gewerkschaftsreform hineingezogen worden ist, muß sie wohl oder übel mitspielen. Wie lange sie diesen Streik durchhalten kann? Wenn es nur eine Frage des Geldes ist, haben diese „Aristokraten" einen langen Atem. Mit einem Vermögen von umgerechnet über 40 Millionen Mark ist die NGA eine der reichsten Gewerkschaften im Lande. Sie überstand mit diesen Reserven vor vier Jahren auch eine einjährige Aussperrung bei der „Times". Die Abschlußbilanz jenes legendären Konflikts belegt es: Er kostete damals die NGA 700 000 Pfund. Der „Times"-Verlag dagegen betrauerte einen Verlust von 40 Millionen Pfund.

Von der Qual der Wahl des ersten Mannes im Staat

Bundeskanzler Kohl wird heute Richard von Weizsäcker für das Amt des Bundespräsidenten vorschlagen. Kritiker haben Kohl vorgeworfen, mit dieser Entscheidung zu lange gewartet zu haben. Für den Kanzler galt es jedoch, Fehler bei der Kür früherer Staatsoberhäupter zu vermeiden.

Von GEORG SCHRÖDER

Nicht ohne Nutzen liest man in diesen Tagen, da die Wahl eines Bundespräsidenten wieder einmal näherrückt, wie es denn 1949 war, als der aus der Asche sich mühsam erhebende Staat ein Oberhaupt küren mußte. Daß der damalige FDP-Vorsitzende Heuss nicht von der FDP, daß er von dem das Kanzleramt anstrebenden Konrad Adenauer zum Kandidaten emporgehoben wurde, daß damit die kleine Koalition besiegelt werden sollte, daß Heuss aber erst im zweiten Wahlgang gegen den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, gegen den Zentrumsmann Amelunxen und gegen den CDU-Befürworter einer großen Koalition Hans Schlange-Schöningen gewählt wurde – das ist wohl in Erinnerung.

Aber weiß man noch, daß damals die Kommunisten auf einen eigenen Kandidaten verzichteten und geschlossen für Schumacher stimmten? Vergessen ist auch, daß Schumacher sich in seiner Fraktion selbst als Kandidat für den Bundespräsidenten vorgeschlagen hat und es damals in der SPD einige Gegenstimmen gab. Schumacher protestierte: „Jemand, den die SPD zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat, ist damit eo ipso zum Bundespräsidenten qualifiziert."

Auch Parteivorsitzender Heuss hatte in der FDP-Fraktion nicht nur Freunde. Noch am Vortag der Wahl meldete die Nachrichtenagentur AP: „Über die Persönlichkeit des ersten Bundespräsidenten besteht noch keine Einigkeit. Dies bestätigte mit Nachdruck auch der Vorsitzende der FDP Bayern, Dr. Thomas Dehler, indem er hervorhob, daß der ursprüngliche Plan, Professor Dr. Heuss von der FDP zum Bundespräsidenten zu wählen, von mehreren einflußreichen Politikern torpediert worden sei. Sowohl Abgeordnete des linken CDU/CSU-Flügels als auch Vertreter der FDP hätten sich gegen Heuss mit der Begründung ausgesprochen, kein Parteiführer dürfte Bundespräsident werden."

Als Brandt ablehnte, kandidierte Scheel

Vier Jahre später bestand Bundespräsident Heuss gegenüber Adenauer darauf, daß Thomas Dehler nicht seinem zweiten Kabinett angehören solle. Vierzehn Jahre danach griff ein anderer FDP-Parteivorsitzender Schumachers Worte auf, als er seine eigene Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten auf den Weg bringen wollte. Walter Scheel versuchte Willy Brandt davon zu überzeugen, daß das wichtige Amt des Bundespräsidenten eigentlich immer von einem Parteivorsitzenden wahrgenommen werden sollte. Deshalb sei es jetzt an dem SPD-Vorsitzenden, die Nachfolge von Heinemann anzutreten. Der wehrte entsetzt ab. Ja, dann bleibe ihm, Scheel, nichts anderes übrig, als selbt zu kandidieren. Brandt stimmte zu.

Das ist eine der vielen Geschichten aus der Vergangenheit. Kann man aus ihnen lernen? Parteivorsitzender Helmut Kohl hat in den vergangenen Wochen die ihn zur schnellen Entscheidung in der Kandidatenfrage drängenden Parteifreunde gewarnt, Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Fast allgemein wurde das als Hinweis auf die für Konrad Adenauer so schädlichen Turbulenzen verstanden, die der Präsidentenwahl 1959 vorangingen. In einem beschämenden Schauspiel waren nacheinander erst Ludwig Erhard, der dann verzichtete, daraufhin Konrad Adenauer, der sich wieder zurückzog, als er merkte, daß er Erhard nicht von der Kanzlerschaft ausschalten konnte, und am Ende dann Heinrich Lübke Präsidentschaftskandidat der CDU/CSU. Lübke, der noch im März 1959 spöttelte, als ich ihn auf die Gerüchte ansprach, er solle der Präsidentschaftskandidat werden: „Der Karneval in Bonn ist doch vorbei."

Die Union verpaßte 1969 eine Gelegenheit

Nein, man hat Grund zu der Vermutung, daß Helmut Kohl weniger an 1959, daß er vor allem an 1969 als das Jahr der verpaßten Gelegenheiten der CDU/CSU bei seinen Warnungen dachte. Damals gehörte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zu den Männern, die wie der Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, und auch Bundeskanzler Kiesinger für eine Kanzlerkandidatur Richard von Weizsäckers eintraten. Sie waren überzeugt, daß zumindest ein Teil der FDP-Wahlmänner nicht für Heinemann, sondern für Weizsäcker stimmen würde, wenn es zum Schwur käme.

Walter Scheel wußte, daß es für ihn schwierig sein würde, bei einer Kandidatur Weizsäckers eine gespaltene Stimmenabgabe der FDP zu verhindern. Er verhehlte das nicht in einem Gespräch mit Kiesinger am 23. Oktober 1968. Dennoch votierte das Wahlmännergremium der CDU/CSU drei Wochen später gegen Weizsäcker. Er erhielt nur 20 Stimmen von Delegierten aus dem Südwesten. 65 Stimmen gingen an Gerhard Schröder. Die Wahl Heinemanns, wenn auch erst im dritten Wahlgang und nur mit relativer Mehrheit, war damit programmiert. Kurt Georg Kiesinger beklagte Jahre später, daß er damals nicht so weit gegangen sei, in den eigenen Reihen mit seinem Rücktritt zu drohen, um Weizsäcker durchzubringen.

„Es wird keine innerdeutsche Eiszeit geben“

hrk. Berlin

Die Bundesregierung macht Garantien für neue Milliardenkredite an die „DDR“ vom kompletten Abbau der Todesautomaten an der innerdeutschen Grenze abhängig. „Im Moment sind erst zehn Prozent der Grenze von diesen schrecklichen Mordinstrumenten gesäubert“, berichtete der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig (CDU) vor dem „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ im Berliner Reichstagsgebäude. Im Hinblick auf Äußerungen des Staats- und Parteichefs Erich Honecker vor dem SED-Zentralkomitee meinte Hennig jedoch: „Sie belegen, daß es keine innerdeutsche Eiszeit geben wird.“

Der Unionspolitiker kündigte an, Bonn werde alsbald mit einer „Reihe neuer Detailvorschläge“ an Ost-Berlin herantreten. In die nach achtjähriger Pause wieder aufgenommenen Gespräche über ein Kulturabkommen, die im Januar fortgesetzt würden, sei die Bundesregierung mit einem „neuen Gesamtvorschlag“ hineingegangen.

Anschlagserie gegen Rüstungsbetriebe?

ms. Bonn

Nach mehreren Anschlagsversuchen in jüngster Zeit haben Sicherheitsfachleute des Bundesinnenministeriums mit Repräsentanten von Wirtschaftsunternehmen Konzepte zur Bekämpfung von Brand- und Sprengstoffanschlägen besprochen.

Ziel des Linksterrorismus ist es nach Erkenntnissen der Polizei offenbar, Anschläge gegen Unternehmen zu planen, die mit der Herstellung von Militärgütern zu tun haben. Zu dem mißglückten Sprengstoffanschlag am 20. November gegen die in Düsseldorf ansässige Firma Honeywell Bull hatte es in einem Bekennerbrief geheißen, dieser Konzern produziere die Elektronik für amerikanische Rüstungsgüter. Der Kreis der Täter – die Polizei spricht von „regionalen Anhängern der RAF“ – sollen am selben Tag auch den Anschlag gegen das Landeskriminalamt in Düsseldorf verübt haben. Zu der Verbrechensserie rechnet die Polizei auch eine Reihe von Brandattentaten gegen Baufahrzeuge einer Firma, die für Gorleben arbeitet, und den Versuch eines Sprengstoffanschlages auf eine Stromleitung in Dannenberg.

In SED-Führung deuten sich Veränderungen an

Krenz neuer ZK-Sekretär / Erkrankung von Paul Verner?

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In Ost-Berlin kursieren ernstzunehmende Gerüchte über eine schwere Erkrankung des nach Erich Honekker wichtigsten Mannes der „DDR“. Sicherheitschef Paul Verner (72), nur ein Jahr älter als Honecker, soll aus Krankheitsgründen angeblich aus dem Politbüro ausscheiden. Inzwischen wählte das SED-Zentralkomitee nach Angabe der Parteizeitung „Neues Deutschland“ den engen Honecker-Vertrauten und Chef der 2,3 Millionen FDJ'ler, Egon Krenz, zum ZK-Sekretär.

Das Blatt teilte in seiner Wochenend-Ausgabe allerdings nicht mit, welches Ressort der 46jährige Krenz übernimmt. Seine Aufnahme in den engsten Führungszirkel der SED signalisiert jedoch in jedem Falle wichtige Personal-Veränderungen im ZK-Sekretariat. Dort amtiert bisher Verner als Stellvertreter Honeckers.

Mit Paul Verner – der noch am 9. November neben Honecker an der Luther-Feier in der Ostberliner Staatsoper teilnahm – schiede der für die innere Sicherheit und das Verhältnis der SED zu den Kirchen verantwortliche Spitzenfunktionär aus der SED-Führung aus. Erste Hinweise auf bevorstehende Änderungen im SED-Politbüro waren in der vergangenen Woche gezielt aus höheren Funktionärskreisen in Ost-Berlin gegenüber westlichen Gesprächspartner gestreut worden. Auch die Bundesregierung erhielt auf diese Weise von möglichen Veränderungen in der „DDR“-Spitze Kenntnis.

Ungünstiger Zeitpunkt

Eine aus Krankheitsgründen notwendige Entbindung Verners von seinem Posten käme für Honecker zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Die sinkende Stimmungslage in der „DDR“-Bevölkerung angesichts westlicher und östlicher Raketenstationierung, der enorme Zulauf zu kirchlichen Veranstaltungen während der „Friedensdekade“ und eine zunehmende Aussteiger-Mentalität in der „DDR“-Jugend führen aus Sicht der SED zu wachsenden Sicherheitsproblemen. Den „Falken“ Paul Verner jedoch angesichts dieser sensiblen innenpolitischen Lage zu ersetzen, kann Honeckers Interessen nicht entsprechen. Nach Berichten aus Ost-Berlin soll als möglicher Verner-Nachfolger der Erste Staatssekretär der SED-Bezirksleitung in Ost-Berlin, Konrad Naumann, im Gespräch sein. Er gilt als ausgesprochener „Hard-liner“.

Mit seiner Ernennung zum ZK-Sekretär tritt der von Honecker seit Jahren in seiner Partei- und Staatskarriere sichtbar geförderte Ex-Lehrer Egon Krenz aus Pommern (Kolberg) in den Kreis der wichtigsten Partei-Manager. Dem Sekretariat gehören beispielsweise mit Günter Mittag (Wirtschaft), Kurt Hager (Kultur), Hermann Axen (Internationale Verbindungen) und Joachim Herrmann (Agitation und Propaganda) führende Politiker der „DDR“ an.

Offenes Blauhemd

Krenz – sein „Erkennungszeichen“ ist in der Regel der offene Blauhemdkragen der FDJ – gehört bereits seit 1976 als Kandidat dem SED-Politbüro an. 1981 rückte er in den Staatsrat auf. Für Honecker organisierte er in diesem Sommer die FDJ-Kampagne „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen“, an der sich Millionen junger „DDR“-Bürger beteiligen mußten. Krenz brachte auf Ostberliner Seite auch den deutsch-deutschen Jugendaustausch in Gang, an dem aus der „DDR“ bislang fast nur ausgewählte FDJ-Kader teilnehmen durften. Der FDJ-Chef war auch federführend daran beteiligt, das westliche „DDR“-Jugendidol Udo Lindenberg für ein „Friedenskonzert“ in den Ostberliner „Palast der Republik“ zu verpflichten und ihn damit der offiziellen Propaganda dienstbar zu machen.

Bei deser Gelegnenheit ergriff Krenz vor 4000 FDJ'lern auch das Wort und legte die „DDR“-Jugend schon vor der NATO-Doppelbeschluß-Debatte im Bundestag ungefragt fest: „Die Jugend der DDR hält alles für richtig und wird dahinterstehen, was die Sowjetunion, was die DDR, was die Warschauer Vertragsstaaten für die Sicherung des Friedens für notwendig halten.“

In Ost-Berlin vermuten Insider, daß Egon Krenz alsbald die Führung der FDJ abgibt und sich im ZK-Sekretariat weiter zu einem der wichtigsten Mitarbeiter Honeckers entwickelt. Vermutlich fällt ihm die Aufgabe zu, verstärkten Einfluß auf die Ideologisierung der Jugend zu nehmen und dem „DDR“-Nachwuchs gleichzeitig mehr Abwechslung im Arbeitsalltag zu bieten.

Höffner warnt vor einem Bruch der Gesetze

KNA, Köln

Ziviler Ungehorsam, wie er von der „Friedensbewegung“ propagiert wird, ist für den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, ein „sehr schillernder Begriff“. Wenn darunter die Verletzung von Gesetzen verstanden werde, so sei dieser Ungehorsam kein friedlicher Akt, betont Höffner in der Zeitschrift „Christ und Bildung“.

Es gebe in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend Möglichkeiten, die Meinung frei zu äußern und für die eigene Überzeugung zu werben, ohne mit dem Gesetz in Konflikt geraten zu müssen.

Höffner gibt zu bedenken, daß die DKP und auch ihre Jugendorganisation SDAJ eine „pazifistische“ Haltung einnähmen. Demgegenüber seien in dem offiziellen „Lehrbuch für die Ausbildung an den Universitäten, Hochschulen und Fachschulen der DDR“ zum wissenschaftlichen Kommunismus folgende Sätze zu finden: „Die Geschichte lehrt, daß der bloße Wunsch nach Frieden, das passive Verhalten gegenüber aggressiven Kräften oder die pazifistische Ablehnung jeder Armee und jeder Waffe Kriege nicht verhindern, sondern der aktiven Friedenssicherung entgegenwirken.“ Es gehe nicht darum, so Höffner weiter, ein „Feindbild“ aufzubauen, sondern nüchtern die Aussagen des Marxismus-Leninismus zur Kenntnis zu nehmen. „Dabei muß klar sein, daß kein Volk schlecht ist, daß man kein Volk mit einer Ideologie identifizieren kann, ab er es bleibt die Tatsache, daß sich eine Ideologie, die ein Menschenbild hat, das nicht von der Würde und der Freiheit der Person bestimmt ist, mit einer gewaltigen Militärmacht paart.“ Dies sei das Gefährliche am derzeitigen Zustand.

Zwischen katholischen und kommunistischen Gruppen darf es nach den Worten Höffners keine Zusammenarbeit geben, was nicht bedeute, daß Gespräche ausgeschlossen seien. Allerdings seien die Ausgangspositionen zu gegensätzlich, um in der Frage des Friedens kooperieren zu können. Eine wichtige Voraussetzung für den Frieden sei, so bekräftigt Höffner, die Verwirklichung der Menschenrechte, die überall dort, wo der Marxismus-Leninismus zum politischen System geworden sei, mißachtet würden.

Handlos will auch im Norden Stimmen holen

Neue Partei „Die Republikaner“ in München gegründet

PETER SCHMALZ, München

Rauten sind in Bayern gewöhnlich weiß und blau, bilden das Herzstück des bayerischen Wappens und wurden als blaues Einzelstück zum Werbe-Signum der CSU. Als sich die einstigen CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt gestern vormittag mit dem Publizisten Franz Schönhuber im Ballsaal des Münchner Hilton-Hotels einfanden und vor 700 Zuhörern die Gründung der jüngsten deutschen Partei, „Die Republikaner“, bekanntgaben, waren wieder Rauten mit von der Partie: Gleich drei von ihnen schmückten die Wand hinter dem Vorstandstisch. Aber sie waren nicht bemalt mit den Farben der Bayern, sondern mit denen der Deutschen: schwarz, rot, gold. Und womit die Verpackung symbolisiert, was die Gründer fühlen. Wie etwa Schönhuber, der auf dem ersten Republikaner-Kongreß gestern bekannte: „Ich halte mich für einen Deutschen vom Stamme der Bayern.“

Aus Bayern kommt die zumindest vorläufige Spitze der Jungpartei: Aus Niederbayern Handlos, der einstimmig zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, aus dem Allgäu Voigt und aus Oberbayern Schönhuber, die zu den Stellvertretern gekürt wurden. Und Voigt darf sich nun auch noch kommissarischer Landesvorsitzender in Bayern nennen. Andere wichtige Positionen sollen „Nordlichtern“ reserviert bleiben, denn die „Republikaner“ fühlen sich als die Kraft, die nicht nur das Land südlich der Mainlinie aus den Fängen des Franz Josef Strauß befreien kann, sondern die allen Deutschen die wahre Wende bringen wird, nämlich „die Offensive der Erneuerung“, wie Voigt selbstbewußt verkündete: „Nicht Reform, sondern Reformation.“

„Fackel der Hoffnung“

Zumindest an der Kraft der Worte zeigt sich der Ex-CSU-Mann und Wehrpolitiker Voigt mächtiger als seine Mitstreiter. Natürlich sind die Republikaner gegen Worthülsen in der Politik, sagte er, um sie sogleich schockweise zu liefern, wobei manchmal der Eindruck entstand, man habe ähnliches bereits vor längerer Zeit einmal gehört. „Wir sind die Fackel der Hoffnung“, dröhnte es über die Saallautsprecher. „Wir Republikaner wollen dieses Land in eine optimistische Zukunft führen und wir können dies auch, weil wir wissen, wir können uns aufeinander verlassen.“ Wobei der Redner zu erwähnen vergaß, ob er damit die Verläßlichkeit der noch unbekannten künftigen Mitstreiter meinte oder die der bekannten Führungs-Troika, die Handlos die drei Musketiere nannte. Sei's drum, sie sind auf jeden Fall Freunde, sagte Schönhuber, der die Rolle der neuen Partei mit Sitz in Bonn ein wenig bescheidener als sein Freund Voigt umschrieb als die des „Wadlbeißers“.

„Weder links noch rechts“

Was sie wollen, steht auf den 49 Seiten des Grundsatzprogramms: Ein Sammelsurium von Forderungen, die wild durch die verschiedenen Ideologien springen, in der Mehrzahl aber rechts der Mitte zu finden sind. Ins gängige Polit-Schema will sich Handlos ohnehin nicht einordnen lassen und antwortete auf die Frage nach dem Standort: „Wir sind weder links noch rechts der CSU, wir sind auf dem Weg nach oben.“

Und der ist gepflastert mit gefälligen Programmpunkten: Ein Bürgerbeauftragter soll „die Macht organisierter Interessen begrenzen“, der Bundespräsident soll vom Volk gewählt werden, Tierversuche müssen eingeschränkt und die Wälder durch ein „Großaufforstungsvorhaben unter Einsatz von Arbeitslosen“ gerettet werden. Die deutsche Teilung soll durch einen Dreistufenplan und einen Deutschen Bund nach dem Muster von 1815 überwunden werden, der Jugend soll ein Solidarbeitrag durch einjährigen Dienst in einem Jugendcorps abverlangt werden.

Für all das wird der Wähler aber noch lange kein Kreuz auf den Stimmzettel malen dürfen, denn Handlos will erst bei der bayerischen Landtagswahl 1986 zu einem Probelauf starten und – falls er hierbei die Fünf-Prozent-Marke überschreitet, wovon er „zutiefst überzeugt“ ist – zur Bundestagswahl 1987 bundesweit antreten. Damit man dann überhaupt noch von den „Republikanern“ spricht, wünschen sie schon jetzt Franz Josef Strauß ein langes politisches Leben, denn „Herr Strauß wird weiter jede Dummheit machen und damit der neuen Partei in die Hände arbeiten“, hofft Handlos.

Protest gegen Schießausbildung an „DDR“-Schulen

epd, Halle

Vertreter der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland erneuerten ihre Kritik daran, daß in der „DDR“ das schulische und berufliche Fortkommen Jugendlicher von ihrer Bereitschaft zur Schießausbildung abhängig gemacht werde. Die Situation christlicher Jugendlicher, die dazu nicht bereit sind, wurde bei der in Halle tagenden Synode der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen öffentlich diskutiert. Dabei beklagten mehrere Sprecher, daß die Entscheidung von Schülern, an der vormilitärischen Schießausbildung nicht teilzunehmen, immer wieder zu Schwierigkeiten bis hin zum Schulverweis führe.

Mitglieder der Synode wiederholten die Forderung nach einer zivilen Alternative zum Wehrdienst in der „DDR“-Armee. Bischof Christoph Demke (Magdeburg) sagte, die Kirche müsse dem Staat gegenüber immer wieder den Verfassungsgrundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit geltend machen. Wer einen Lehrvertrag zur Berufsausbildung mit Abitur abschließt, muß sich ausdrücklich zur Teilnahme an der Schießausbildung verpflichten.

Gesetzentwurf zur Vermögensbildung

dpa, Bonn

Das Bundeskabinett wird Mitte Dezember einen Gesetzentwurf zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer verabschieden, um ihre Beteiligung am Produktivkapital der Unternehmen zu erhöhen. Dies kündigte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in einem Interview mit Radio Luxemburg (RTL) an. Voraussetzung dafür sei, sagte Blüm, daß die Tarifpartner die Beteiligung am Produktivkapital in die Tarifpolitik einführen. In Zukunft sollten staatliche Prämien für jährliche Sparleistungen von 936 Mark gezahlt werden. Bisher sind es 624 Mark im Jahr. Von der jetzigen Regelung sei nur ein Prozent in das Produktivkapital geflossen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Amerikaner warnen vor Stimmungsumschwung

Konferenz im Aspen-Institut über zukünftige Beziehungen

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Die Aktualität des Themas und die Brisanz der Probleme, die im Berliner Aspen-Institut wenige Tage nach der Entscheidung des Bonner Parlaments über die Aufstellung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik zur Diskussion gestellt wurde, war unüberhörbar. Das Haus auf Schwanwerder hatte zu einer Konferenz über die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen eingeladen.

Deutsche und Amerikaner, Politiker, Diplomaten, Publizisten und Schriftsteller, darunter der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker, der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam, und der Schriftsteller Günter Grass waren der Einladung von Shepard Stone gefolgt. Die Frage der zukünftigen deutsch-amerikanischen Beziehungen erhielt in den Gesprächen auf Schwanwerder zusätzliches Gewicht, angesichts der Aufkündigung des außenpolitischen Konsens zwischen den beiden großen politischen Parteien im Bereiche der Sicherheitspolitik durch das Nein der Sozialdemokraten zur Raketenstationierung.

Eine Mehrheit für die Nachrüstung bei einem Scheitern der Genfer INF-Verhandlungen habe es schon lange vor dem Kölner SPD-Parteitag bei den deutschen Sozialdemokraten nicht mehr gegeben, erklärte eine Tagungsteilnehmerin, die SPD-Mitglied ist und die Stationierung befürwortet. Das Nein der SPD sei vorprogrammiert gewesen, weil in der Stationierungsdebatte von vorneherein bei den Sozialdemokraten die Frage nach den sowjetischen Absichten mit der forcierten Aufstellung von SS-20-Raketen ausgeklammert worden sei. Statt dessen habe sich vor allem die jüngere sozialdemokratische Generation ausschließlich mit den Vereinigten Staaten und der Reagan-Administration befaßt, der vorgeworfen worden sei, sie strebe mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion an.

„Wirkungsvolle Heuchelei"

Diese Einstellung wurde auf der Tagung durch die Bemerkung eines der SPD zugehörigen Schriftstellers deutlich, der den amerikanischen Präsidenten Reagan als ein „weltweites Sicherheitsrisiko" bezeichnete. Die hochpolitische Frage, ob die massive Kritik der Nachrüstungsgegner und der Friedensbewegung an den USA nicht Ausdruck einer antiamerikanischen Haltung sei, versuchte er mit dem Hinweis zu „privatisieren", er habe zahlreiche amerikanische Freunde. Es sei deshalb Unsinn, von Antiamerikanismus zu sprechen.

Gleichwohl stand die Frage unbeantwortet im Raum, ob sich mit dem massenhaften Zulauf vor allem Jugendlicher zur „Friedensbewegung" nicht ein Bewußtseinswandel und neue Wertvorstellungen im Hinblick auf die Einschätzung der Bedeutung des atlantischen Bündnisses vollzieht. Daß zu den Wertvorstellungen des westlichen Bündnisses ein „Friede in Freiheit" gehört, wurde von einem Nachrüstungsgegner als „wirkungsvolle Heuchelei" bezeichnet. Im übrigen sei die Bundesrepublik nach wie vor ein „besetztes Land".

Diese Behauptung wurde freilich von dem größten Teil der Gesprächsrunde entschieden zurückgewiesen. Ein deutscher Sozialdemokrat wies darauf hin, daß die Auffassung, die Bundesrepublik sei ein „besetztes Land", keineswegs repräsentativ für den größten Teil der deutschen Bevölkerung sei. Im übrigen sei es unlogisch, die amerikanischen Soldaten als Besatzungstruppen zu bezeichnen und zugleich von ihnen zu erwarten, daß sie als Schutzmacht für die Sicherheit der Bundesrepublik zu sorgen hätten. Er sei absolut davon überzeugt, daß die amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik abziehen würden, wenn die deutsche Bevölkerung ihre Anwesenheit nicht wünsche. Vielen in der Bundesrepublik sei offensichtlich nicht bewußt, daß die Ost- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalitionsregierung nur im Schutze des atlantischen Bündnisses möglich gewesen sei.

Wandel in Moskau

In diesem Zusammenhang wurde sowohl von deutschen als auch von amerikanischen Gesprächsteilnehmern hervorgehoben, daß das Ende der Entspannungspolitik mit Wandlungen der sowjetischen Außenpolitik zu tun habe. In Moskau habe das Militär an Einfluß gewonnen. Die Reagan-Administration habe sich durchaus in den traditionellen Bahnen amerikanischer Außenpolitik bewegt, wurde von amerikanischer Seite hervorgehoben.

Mit Sorge wurde von den Amerikanern die wachsende Provinzialisierung des politischen Denkens vor allem in der „Friedensbewegung" und bei den Nachrüstungsgegnern registriert. Der Versuch, sich vom weltpolitischen Geschehen abzunabeln, wofür die Amerikaner auf der Tagung einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht erhielten, sei bedenklich und nicht ohne Gefahren. Es sei engstirnig zu glauben, daß Europas Sicherheit allein auf europäischem Boden verteidigt werde.

Die Arbeitsteilung innerhalb des westlichen Bündnisses könne nicht darin bestehen, daß die Amerikaner an allen weltweiten Konfliktherden die Feuerwehr zu spielen hätten und dafür auch noch von den europäischen Bündnispartnern beschimpft würden, während die Deutschen sich ihrer Mitverantwortung für die Sicherheit der westlichen Allianz zu entziehen versuchten.

Die Amerikaner betonten zwar das vitale Interesse, das die Vereinigten Staaten nach wie vor an der Bundesrepublik haben; sie wiesen jedoch mit Nachdruck darauf hin, daß die zunehmende Amerikafeindlichkeit, die sich in der „Friedensbewegung" manifestiere, zu einem Stimmungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit mit schwerwiegenden Folgen für die Bundesrepublik und Berlin führen könne. Wenn die Amerikafeindlichkeit anhalte und sich noch verstärke, könne sich für die Amerikaner ernsthaft die Frage stellen, in welchem Umfange ihre Truppenpräsenz in Deutschland noch aufrechtzuerhalten sei.

Kollek: Israel sollte jetzt mit den Palästinensern reden

WELT-Interview mit dem Bürgermeister von Jerusalem / „Zeit für Kanzler-Besuch"

BERNT CONRAD, Bonn

Der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, hat sich in einem Interview der WELT für Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern, möglicherweise unter Einschluß der Jordanier, zur Lösung umstrittener Zukunftsprobleme eingesetzt. „Wenn wir das jetzt nicht tun, werden wir eine Gelegenheit vorübergehen lassen, die wertvoll ist. Das wäre ein großer Schaden", sagte Kollek während eines Besuches in Bonn.

Damit antwortete der Zweiundsiebzigjährige – der noch ebenso vital und einfallsreich wirkt wie vor fast zwei Jahrzehnten, als er an die Spitze Jerusalems rückte – auf die Frage der WELT, welche Folgen die Entmachtung des PLO-Chefs Arafat für Israel haben könnte. „Ich habe nie geglaubt, daß die PLO wirklich die Palästinenser vertritt", meinte Kollek. „Aber ob die PLO nun existiert oder nicht – das palästinensische Problem existiert. Nehmen wir an, die PLO würde ganz verschwinden; die Frage der Palästinenser würde nicht verschwinden."

Der gebürtige Wiener, der schon 1934 als Dreiundzwanzigjähriger ins damalige Palästina gekommen war, lenkte seinen Blick zurück: „Im Laufe der Jahre haben die Palästinenser, die früher vielleicht keine Identität hatten, eine Identität gewonnen. Vielleicht war es ein Resultat des Zionismus, eine Kopie des Zionismus. Vielleicht war es ein Resultat der vielen Kämpfe. Die Palästinenser vor 20 Jahren haben sich sicherlich nicht als Palästinenser gesehen, sondern als Araber. Aber es ist keine Frage, daß sie während der letzten 20 Jahre Palästinenser geworden sind."

Nachdenklich fügte Kollek hinzu: „Sie sind eine Nation, die ihre Probleme, ihre Rechte hat. Und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Mit der PLO haben wir uns so nie auseinandersetzen können, denn wir können, wir wollen nicht mit Mördern sprechen. Aber ich bin davon überzeugt, daß in der jetzigen Situation, da die geschwächte PLO praktisch nicht mehr darauf bestehen kann, daß sie die einzige Vertretung der Palästinenser sei, die Zeit gekommen ist oder in der allernächsten Zukunft kommen wird, daß man sich mit den Palästinensern allein oder gemeinsam mit den Jordaniern zusammensetzen muß, um Lösungen zu finden."

Aber wird der jordanische König Hussein bereit sein, sich daran zu beteiligen? Kollek: „So hoffe ich. Auf lange Sicht jedenfalls muß es zum Frieden zwischen uns und den Arabern kommen."

Der Jerusalemer Bürgermeister, der einst Kibbuzim, Waffenkäufer für den jüdischen Widerstand und später israelischer Botschafter in den USA war, weiß, wovon er spricht. Denn er leitet eine Stadtverwaltung, die sich für Juden und Araber gleichermaßen verantwortlich fühlt. Als wir ihn vor Jahren in der israelischen Hauptstadt besuchten, standen die Türen seines Arbeitszimmers und seines Vorzimmers weit offen – nirgendwo war eine Wache zu sehen. Hat sich das inzwischen angesichts der verschärften Sicherheitslage geändert?

Kollek: „Nein, das ist immer noch so. Warum sollte ich Angst haben? Meine arabischen Freunde, die mit uns große politische Diskussionen führen, sagen: Was auch immer unsere Streitpunkte sind – es ist hier sicherer als in Beirut, Damaskus oder in Tripolis bei Khadhafi. Es gibt keine arabische Hauptstadt, in der man so frei reden kann. Es kommen immer Leute, auch Araber, die sich nicht ganz wohl fühlen und darum bitten, in Jerusalem leben zu dürfen."

WELT: „Erkennen die Araber in Jerusalem denn an, daß Sie auch ihr Bürgermeister sind?"

Kollek: „Das ist ein bißchen kompliziert. 13 000 Araber sind vor einem Monat zur Kommunalwahl in Jerusalem gekommen. Es waren 30 Prozent der wahlberechtigten Männer. Immerhin hatte es Boykottaufrufe über



Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem FOTO: NICO NAGEL

die Grenze hinweg gegeben. Man hatte gesagt: ‚Geht nicht wählen; das wäre Anerkennung.' Trotzdem sind 13 000 Leute wählen gekommen, darunter 3000 Frauen. Vor fünf Jahren hatten wir nur 100 Frauen dabei."

WELT: „Warum kamen diesmal mehr Frauen?"

Kollek: „Das ist ganz interessant. Denn wir haben uns sehr um Erwachsenenbildung bemüht und den arabischen Müttern geholfen, die ebenso wie ihre Kinder lesen und schreiben lernen wollten. Man hat mit 300 Frauen begonnen, und wir haben heute 2000 arabische Frauen in Kursen nachmittags, meistens in denselben Schulen, in die ihre Töchter gehen, arabische Schulen. Und von den Frauen, die noch lernen oder schon gelernt haben, sind 3000 zum Wählen gekommen."

WELT: „Würden die Araber in Jerusalem, wenn sie wirklich frei und unbeeinflußt entscheiden könnten, nach Ihrer Ansicht die Stadt wieder teilen wollen, oder würden sie an der Einheit Jerusalems festhalten?"

Kollek: „Ich glaube schon, sie würden an der Einheit festhalten. Und sie würden versuchen, in dieser Einheit irgendeine unabhängige Leitung zu haben. Es gibt, glaube ich, keinen Araber in Jerusalem, der sagen würde, daß er die Mauer wieder haben will."

WELT: „Ist das so wegen der wirtschaftlichen Vorteile für die Araber?"

Kollek: „Gewiß, sie haben wirtschaftliche Vorteile. Aber nicht nur das – es war schwer, mit der Mauer zu leben. Jerusalem ist heute eine Weltstadt. Jeder kommt her, im Januar auch Bundeskanzler Kohl. Und die führende arabische Schicht in Jerusalem ist wahrscheinlich die bestgeschulte, die besterzogene in der ganzen arabischen Welt. Es ist etwas anderes für sie, in einem Dorf zu wohnen, das abgeschnitten ist, mit Amman, das sie nicht besonders schätzen, weil das den Beduinen gehört, als Hauptstadt – oder in einer Stadt Jerusalem, wo sie von jedem aufgesucht werden, der sich für Politik interessiert. Jeder trifft sich mit ihnen, spricht mit ihnen. Es gibt keine Beschränkungen."

Kollek, der immer noch Deutsch mit unverkennbar wienerischem Akzent spricht, hatte sich fast in Rage geredet. Alles, was Jerusalem, Israelis und Araber betrifft, ist für ihn eine Herzenssache. Darum beurteilt er auch den längst fälligen Kanzlerbesuch in der israelischen Hauptstadt mit persönlichem Engagement: „Sehen Sie, mich hat es immer bedrückt, daß Herr Schmidt nicht gekommen ist. Ich glaube, Schmidt war stets ein Freund Israels. Er ist nicht gekommen wegen Begin. Nun habe ich nie für Begin gestimmt. Aber ich glaube nicht, daß Beziehungen zwischen Staaten darauf aufgebaut werden können, daß man die eine oder andere Partei oder Person nicht anerkennt. Jedenfalls ist es höchste Zeit, daß endlich wieder ein deutscher Bundeskanzler Israel einen Besuch abstattet."

WELT: „Helmut Kohl ist in den arabischen Ländern, die er kürzlich besucht hat, immer wieder gedrängt worden, die Deutschen sollten eine größere politische Rolle im Nahen Osten spielen. Was halten Sie davon?"

Kollek: „Ich persönlich freue mich über jeden, der guten Willens ist und eine größere Rolle spielen will. Und ich glaube, daß die Deutschen mit ihrer Freundschaft gegenüber Israel im Nahen Osten sicher eine wichtige Rolle spielen."

WELT: „Befürchten Sie, daß die gegenwärtige kritische Zuspitzung im Nachbarland Libanon zu einer akuten Kriegsgefahr für Israel führen könnte?"

Kollek: „Die Entwicklungen im Nahen Osten sind unberechenbar. Aber ich glaube nicht, daß es im Interesse der Syrer oder der Russen liegt, einen Krieg zu beginnen. Und wir werden ihn sicher nicht beginnen."

WELT: „Was könnte Israel tun, um zu einer Stabilisierung der Lage beizutragen?"

Kollek: „Zum Beispiel das, was wir gerade eben getan haben: 5000 Palästinenser gegen sechs Israelis auszutauschen. Und wir sind froh, daß wir diese 5000 nicht mehr halten müssen, daß sie zu ihren Familien zurückkehren können. Vielleicht werden ein paar hundert von denen wieder für oder gegen Arafat oder gegen uns kämpfen. Aber uns sind unsere Israelis, die in Gefangenschaft gerieten, unerhört teuer, die Familien teuer. Wir haben andere Beziehungen zum einzelnen Individuum."

Syriens Machtzuwachs erhöht die Kriegsgefahr

Szenarios wie vor einem Waffengang / Was ist mit Assad?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der Nahe Osten zeigt Anzeichen fiebriger Erregung. Dem Massaker an den Marines und Paras am 23. Oktober folgte das Attentat von Tyros, gleichen Typs wie die Kamikaze-Kommandos in Beirut. Vergeltung und weitere Schüsse aus dem Dunkel des schiitischen Fanatismus und syrisch-palästinestischer Terror setzten die Reihe fort. Es ist schwierig, den Zeitpunkt für den Beginn der neuen Eskalation auszumachen. Es ist die Summe der militärischen und politischen Handlungen in kurzer Zeit, die die Krisenstäbe in den Kanzleien der beteiligten Mächte aktiviert und wie immer in solchen Situationen auch Spekulationen hervorbringt.

Die Aktionen der Westmächte sind in dieser Lage wie Schläge mit einem kleinen Knüppel. Sie verhindern vorerst die Ausweitung des Brandes, sie löschen nicht. Der französische Einsatz bei Baalbek gleicht einem Ausfall von der sicheren schwimmenden Festung des Trägers Clémenceau. Auch den israelischen Schlägen fehlt die Wucht einer gewonnenen Schlacht. Der Westen weicht aus, nicht zurück; der Schatten einer nahenden Entscheidung aber senkt sich über Land und Region.

Es ist der Schatten des Syrers Assad. Auch er weicht der offenen Feldschlacht aus. Aber im Norden Libanons domestiziert er die Reste der halbwegs autonomen PLO, im zentrallibanesischen Bergland massiert er Hilfstruppen und Munition. Mit ständigem Artilleriebeschuß auf die Wohnviertel Beiruts, Schulen und Krankenhäuser inbegriffen, setzt er die libanesische Regierung unter Druck. Sie soll das Abkommen mit Israel annullieren, in ihren eigenen „Anschluß" in den großsyrischen Lebensraum einwilligen.

Der Machtzuwachs des syrischen Diktators hat zwar noch nicht den militärischen, aber längst den politischen Rubikon überschritten. Er ist seit dem Krieg im Schuf, den sein Vasall Dschumblad dank der syrischen Hilfe für sich entscheiden konnte, und seit der Schlacht um Tripoli, die seine PLO-Söldner für ihn und mit seinen Panzern bestreiten, auch für die Sowjets unkontrollierbarer geworden. „Kümmert euch nicht um die roten Linien, von denen Amerikaner und Israelis sprechen", sagte er 1976 zu einer Delegation Libanesen, solche Linien gebe es nicht, „jedenfalls sehe ich sie nicht. Wahrscheinlich bewegen sie sich, oder werden hin- und hergetragen."

Die Grenzen der militärischen Konfrontation sind heute in der Tat fließend. Die Stellvertreter, seien es schiitische Fanatiker, Drusen oder Palästinenser, können sie nahezu nach Belieben überschreiten. Es wird für den Westen immer schwieriger, die Vorhut der Syrer und Sowjets zu stellen, ohne eine größere militärische Konfrontation heraufzubeschwören. Die Folge: Beiderseits werden Vorbereitungen getroffen, die dem Präludium eines begrenzten Waffengangs ähneln.

Das Szenario ist typisch. Vor der Küste Libanons massiert sich mittlerweile eine gewaltige Armada, auch London hat drei Kriegsschiffe an die Levante entsandt. Jerusalem und Washington rücken wieder enger zusammen. Heute wird der israelische Premier Schamir von US-Präsident Reagan im Weißen Haus zum Schulterschluß erwartet. Seit Anfang November nennt man das wieder „strategische Kooperation". Die USA bereiten außerdem Pläne für eine Kontingentierung der Ölreserven vor, für den Fall, daß der Konflikt auf den Golf übergreift oder der zweite Brandherd, der irakisch-iranische Krieg, sich plötzlich gefährlich zuspitzen sollte. Auch dafür gibt es Anzeichen. Und auch in diesem Konflikt spielt Assad als Verbündeter der Mullahs eine wichtige Rolle. Die Achse Damaskus–Teheran wird in manchen Planspielen bereits als Terror-Paar bezeichnet. Die Ausbildung schiitischer Fanatiker aus Iran für Selbstmordkommandos gegen israelische Truppen und Verbände der westlichen Friedenstruppe in Beirut wird in Syrien und in syrisch besetzten Gebieten Libanons betrieben.

Auch Saudi-Arabien trifft Vorbereitungen. In größeren Tankern wird vor der Straße von Hormuz Rohöl eingelagert. Damit will Riad seine

DIE ANALYSE

Einnahmen auch im Kriegsfall sichern. Ägypten seinerseits probt mit britischen Verbänden die Landung am Golf, wie es manche Ernstfallpläne vorsehen. Libanesische Delegationen reisen durch Europa, um die handlungsfähigen Westmächte zu einer Bekräftigung ihres Engagements zu bewegen. Denn, so sagte ein Delegationsleiter in Bonn, Elie Karamé (Nummer zwei der libanesischen Kataeb-Partei), „seit Beginn der Krise stand Libanon nie so hart bedrängt vor der Alternative: Unterwerfung unter die Syrer oder Zerfall und Tod."

Das militärische Szenario stellt sich so dar: Weder Israel noch die Westmächte sind bereit, Bodentruppen in den Kampf zu schicken. Sie können die Luftüberlegenheit sichern, die sowjetischen Raketenbatterien auf den Höhenkämmen Libanons ausschalten, die syrischen Artilleriefestungen in den Bergen um Beirut zerstören. In das Vakuum vorstoßen jedoch muß die libanesische Armee. Sie hat alle wehrfähigen Männer eingezogen, ihre Depots mit amerikanischen Lieferungen aufgefüllt, ihre Mobilität erhöht. Sie verfügt jetzt auch über einsatzbereite moderne Kampfhubschrauber.

Der Schlüssel für Krieg und Frieden liegt heute in der Hand Assads. Der Syrer gilt als Paradebeispiel des „Principe" Machiavellis. Andere sehen in ihm den „Bismarck der Araber". Er ist unbestritten die Hauptstütze Moskaus im Nahen Osten. Die Sowjetunion, die die kontrollierten Spannungen in der Region am Moskauer Mischpult koordiniert, muß aber befürchten, daß der Machtzuwachs des Partners die Kontrolle erschwert. Nur: Was soll werden, wenn die Gerüchte zutreffen, wonach Assad nicht an einer akuten Blinddarmentzündung erkrankt, sondern einem Attenatat zum Opfer gefallen ist? Immer noch ist er im Krankenhaus, und 40 000 alawitische Elitesoldaten sind in Damaskus, Aleppo und Latakia mobilisiert worden. Und auch die zwei libanesischen Leibärzte Assads, deren Fachbereiche Herz und Neurochirurgie sind, hat man eilends nach Damaskus gerufen.

Weltweites Interesse an deutschem BTX-Modell

Gespräch mit Bernhard Dorn, dem Projekt-Chef bei IBM

DW. **Berlin**

Am 29. und 30. November veranstaltet der Computer-Riese IBM in Berlin einen Kongreß zum Thema Bildschirmtext (BTX). Als Partner der Bundespost erstellt IBM-Deutschland ein umfangreiches komplexes Computer-Netz, das die gesamte Bundesrepublik Deutschland bereits Ende 1984 mit Anschlußmöglichkeiten für BTX versorgen soll. In der Kommunikationstechnik gibt es in der Welt nichts Vergleichbares. Bundespostminister Schwarz-Schilling hat dieses „Unternehmen BTX" mit der Komplexität und Größe des „Apollo"-Raumfahrtprogramms verglichen. Nachdem sich der Start von BTX mit der neuen IBM-Technik verzögert hat – eigentlich sollte das System schon zur Funkausstellung in Berlin *im September '83 fertig sein* –, sprach die WELT mit Bernhard Dorn, einem der Generalbevollmächtigten von IBM, dem Leiter des Direktionsbereichs Informationsprodukte und Dienstleistungen, verantwortlich für die Durchführung des Großprojektes BTX. Die Fragen stellte Jürgen Höfle.

Frage: Als neuen Start-Termin für das System Bildschirmtext wird der Mai '84 genannt. Wird dieser Termin eingehalten?

Dorn: Ja. Die Empfehlung unseres Hauses war tatsächlich, die Einführung *zu verschieben, weil wir* gemeinsam mit der Bundespost aus BTX ein noch größeres System entwickelt haben – sicher eine sehr weitgehende, technisch hochqualitative Lösung.

Um sicher zu sein, daß der Service, der Hunderttausenden und Millionen von Teilnehmern angeboten wird, eine ausreichende Stabilität hat, haben wir der Bundespost geraten, mit uns einen sogenannten „Live-Test" durchzuführen, der jetzt im neuen Jahr beginnt.

Dieser „Live-Test" hat den Sinn, daß man neben der von uns erstellten Zentral-Logik – also ein Computer-Netzwerk über drei Hierarchien – alles testet, was das BTX-System ausmacht. Dazu gehören die Verbindungen zu externen Rechnern und der neue EHKP-Übertragungsstandard. Übrigens auch eine Premiere in der Kommunikationstechnik. Alles in allem kann ich die Entwicklung von unserem Hause aus als sehr positiv bezeichnen. Es soll jetzt niemand den Drang haben, sich beim BTX-Start auf den 1. Mai, 20. Mai oder 5. Juni festzulegen. Wenn es in diesem Zeitrahmen klappt, ist das gut.

Frage: Viele Informationsanbieter, die Versandhäuser, unser Haus, haben schon während der Feldversuche recht intensiv in BTX investiert. Eine weitere Verteuerung *durch eine erneute* Startverschiebung würde auf wenig Verständnis in der Öffentlichkeit stoßen.

Dorn: Ich gebe Ihnen recht, daß die Startverzögerung so in der Öffentlichkeit ankam, als hätten wir oder die Post etwas nicht eingehalten. Aber BTX befindet sich eben nicht mehr in einem Versuchsstadium. Wir bieten einen Service nicht für eine begrenzte Anzahl von Leuten an, sondern eine Lösung, die erweiterbar ist, eigentlich unendlich erweiterbar. Es gibt keine Entschuldigung, wenn die Post sagt, statt zwei Millionen werden es vier Millionen Teilnehmer. Die technische Lösung muß so sein, daß die Investition der Post – und auch der Anbieter – erhalten bleibt.

Frage: Postminister Schwarz-Schilling hat das Unternehmen BTX mit dem Apollo-Raumfahrt-Programm verglichen. Was sagen Sie zu diesem Vergleich?

Dorn: Ich glaube, der Minister wollte einfach die Komplexität, die wir hier realisiert haben, vergleichen mit Lösungen wie dieses Apollo-Programm. Ich kann das schon unterstreichen. Es werden erstmalig Computer vieler verschiedener Hersteller und unterschiedlicher Größe miteinander über ein Netzwerk verbunden. Das ist das Faszinierende an der Idee.

Frage: BTX ist also eine einmalige Premiere in der Kommunikationslandschaft.

Dorn: Richtig. Das *kann man* so sagen.

Frage: „Teilen Sie die Meinung – trotz dieser von Ihnen erläuterten Entwicklung bei BTX – daß Deutschland auf dem Gebiet der Mikroelektronik weit hinter den Amerikanern und Japanern zurückliegt?

Dorn: Hinsichtlich der Produktion sehe ich, daß einige Firmen, die hier in Deutschland Computer vertreiben, ihre Chancen nur zum Teil genutzt haben. In den USA haben wir im Minimum einen zweijährigen Vorsprung in der *Akzeptanz* dieser Geräte und in der Nutzung, was natürlich auch damit zu tun hat, daß in den Schulen früher begonnen wurde, die jungen Menschen darauf vorzubereiten, daß diese Geräte ein interessanter Produktivitäts- und Verbesse*rungsfaktor der eigenen* Arbeitswelt sind und eben nichts zu tun haben mit Menschenersetzen und Arbeitsplatzverlust.

Frage: Verbesserung der Arbeitswelt durch rechtzeitiges Beschäftigen mit neuen Techniken: Wird das nicht auch von den Gewerkschaften falsch verstanden, indem sie die neuen Techniken verteufeln anstatt zu sagen: Wir wollen die Leute so rechtzeitig mit diesen neuen Techniken konfrontieren, daß sie ihre Arbeitsplätze nicht verlieren?

Dorn: Ja. Ich glaube, da liegt der Punkt. Es kommt darauf an, die Bereitschaft zu wecken, solche Dinge anzunehmen, aber man muß den Menschen auch die Furcht nehmen.

Frage: Man sagt in der Branche, IBM setzt bei der Entwicklung von BTX in Deutschland zu, hätte sich übernommen und würde Mühe haben, im Kostenrahmen zu bleiben. Was sagen Sie dazu?

Dorn: Die Mitarbeiterzahl ist wechselnd in den einzelnen Phasen. Wir haben jetzt einen größeren Mitarbeiter-Stab als wir seinerzeit geplant hatten. Aber ich kann keinesfalls bestätigen, daß wir finanziell nicht zurechtkommen. Wir sehen das Projekt auch als Einstieg in eine neue Technik, und versprechen uns auch international zusätzliche Chancen.

Frage: Sie rechnen also mit Anschluß-Aufträgen *aus dem* Ausland?

Dorn: Das Interesse an dieser speziellen deutschen Bildschirmtext-Lösung ist international ganz enorm. Nur wir müssen jetzt erst einmal sehen, daß Bildschirmtext in Deutschland läuft. Danach denken wir daran, wie wir anderen helfen können.

Fünf Regierungschefs fordern neue Impulse für die Einigung Europas

Kohl hält an der Paketlösung für den Gipfel fest / Sozialisten weiter im Zwiespalt

ULRICH LÜKE, **Brüssel**

Besorgt über die Stagnation der Europäischen Gemeinschaft haben sich am Wochenende die Vorsitzenden der christlich-demokratischen Parteien Europas gezeigt. Nach einem Treffen in Brüssel erklärte der Vorsitzende der Europäischen Volks-Partei (EVP), der belgische Außenminister Leo Tindemans, für seine Parteiengruppierung gebe es keinen Zweifel an dem Willen, der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas treuzubleiben. Die in der EVP zusammengeschlossenen Parteien seien nicht bereit, eine Veränderung der Europäischen Gemeinschaft zu einer „bloßen Freihandelszone" zu erörtern. „Wenn es verschiedene Mitglieder gäbe, die nicht an einer Weiterentwicklung der EG interessiert sind, dann müßten wir prüfen, wie die, die weiter für Europa eintreten, zu größerer Integration kommen könnten", erklärte Tindemans.

Ob sich die Europäische Gemeinschaft künftig auf „zwei Geschwindigkeiten" wird einstellen müssen, hängt nach Auffassung der christlich-demokratischen Parteivorsitzenden wesentlich vom Verlauf des Athener EG-Gipfels am kommenden Wochenende ab. Tindemans forderte im Namen der EVP von diesem Gipfel einen „Impuls für die politische Union Europas". Die Wirtschafts- und Währungsunion müsse vollendet, eine echte europäische Außenpolitik geschaffen werden. Dazu zählte Tindemans auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, betonte jedoch, der „europäische Pfeiler in der NATO" werde sich nicht von den USA abkoppeln.

An dem eintägigen EVP-Treffen in Brüssel nahmen mit Helmut Kohl, Ruud Lubbers (Niederlande), Wil*fried Martens (Belgien), Pierre Wer*ner (Luxemburg) und Garret Fitzgerald (Irland) fünf Regierungschefs aus Ländern der Gemeinschaft teil. Der Bundeskanzler bekräftigte in der Konferenz die deutsche Auffassung, an einer „Paketlösung" in Athen festzuhalten. Die anstehenden Probleme (neue Finanzierung, Reform der Agrarpolitik, Ausbau neuer Politiken und Erweiterung der EG) könnten nur gemeinsam geregelt werden. Mit Hinweis auf die schwierigen Verhandlungen in Athen enthielt sich der Bundeskanzler jeglicher öffentlicher Äußerungen, um, wie er sagte, „Kompromisse nicht zu gefährden". Der EVP-Vorsitzende Tindemans beurteilte die Erfolgsaussichten für Athen jedoch pessimistisch: Es gibt noch eine Chance, aber es wird sehr schwierig sein.

Einen Tag *vor der Parteivorsitzen*denkonferenz der EVP war in Brüssel eine zweitägige Sitzung des Vorstandes der Sozialistischen Internationale unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Willy Brandt zu Ende gegangen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution appellierten die Mitgliedsparteien der SI an die Sowjetunion und an die USA, die Abrüstungsverhandlungen so früh wie möglich wieder aufzunehmen.

Die SI sprach sich für eine Zusammenlegung oder zumindest eine sehr enge Koordinierung der Verhandlungen über interkontinentale und eurostrategische Atomwaffen aus. Endgültige Resultate in Abrüstungsverhandlungen seien zudem nur zu erreichen, wenn neben den USA und der *Sowjetunion auch „andere Atom*mächte" in die Gespräche einbezogen würden, heißt es in der Resolution, die auch von den französischen und italienischen Sozialisten mitgetragen wurde.

Dennoch zeigten die zweitägigen Verhandlungen von Brüssel, daß der Bruch zwischen den französischen und italienischen Sozialisten einerseits, die den Nachrüstungsbeschluß stützen und den deutschen und den Sozialdemokraten aus Nordeuropa andererseits nicht zu überbrücken war. Ein Resolutionsentwurf der Niederländer, der die USA zum sofortigen Stationierungsstopp und die Sowjetunion zum Abbau ihrer SS 20 und zum Verzicht auf die Stationierung von SS 21, 22 und 23 aufforderte, wurde nur zu Protokoll gegeben. Die französischen, italienischen und *portugiesischen Sozialisten* verweigerten die Unterschrift unter diesem Text, während die Mehrheit der Mitgliedsparteien ihm zustimmte.

Der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Lionel Jospin, betonte auch in Brüssel die Notwendigkeit, das Gleichgewicht in Europa wieder herzustellen. Dagegen sprach der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nicht von Balance, sondern von einer Rüstungsspirale auf einem immer höheren Niveau, deren Ende nicht abzusehen sei.

Nakasone zählt Hu drei Vorbehalte Tokios auf

Zwischen Japan und China steht nicht alles zum besten

FRED de *LA TROBE*, **Tokio**

Der für Januar 1984 vorgesehene Staatsbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in den USA müsse aus Protest gegen die amerikanische Taiwan-Politik mög*licherweise abgesagt werden.* Das erklärte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang am Wochenende in Tokio. Hu hält sich zu einem achttägigen Besuch in Japan auf.

Peking hat gegen die Resolution eines amerikanischen Senatsausschusses in der letzten Woche über die Zukunft Taiwans Protest eingelegt. In der Resolution hieß es, die Zukunft der Insel solle friedlich, ohne Zwang und in einer Weise gelöst werden, die für die Bevölkerung Taiwans annehmbar sei. Hu bezeichnete die Resolution als einen Vorwand für amerikanische Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten.

Nach dem Urteil japanischer Beobachter ist der Einfluß der Taiwan-Lobby im amerikanischen Kongreß und der Regierung Reagan so stark, daß Washington von der Resolution kaum abrücken dürfte. Als einen weiteren „unerfreulichen Vorfall" bezeichnete Hu eine Bemerkung von Präsident Reagan während seines kürzlichen Japan-Besuches, in der er Taiwan mit dem Namen „Republik *China" belegt hatte. Die* Volksrepublik erhebt seit langem den Alleinanspruch auf den Namen China.

Japanische Beobachter weisen darauf hin, daß die „China-Karte" gegenüber der Sowjetunion zwar für die Regierung Carter eine überragende politische Bedeutung gehabt habe. Für die Ostasienpolitik der Reagan-Administration würden jedoch andere Akzente gelten. Jetzt stünde die Festigung der Allianz mit Japan im Vordergrund. Eine Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen wegen der Taiwan-Frage hätte aber auch beträchtliche Auswirkungen auf die japanische Außenpolitik. Tokio unterhält keine diplomatischen und politischen Beziehungen zu Taiwan, treibt aber einen florierenden Handel mit dem Inselstaat.

In einem Gespräch zwischen Hu und Ministerpräsident Nakasone am Samstag nannte der japanische Premier drei Vorbehalte bezüglich der Beziehungen seines Landes zu China: Wird sich das gegenwärtig gute Einvernehmen erhalten lassen? Bleibt es bei der chinesischen Politik der offenen Tür? Wie weit sind die wirtschaftlichen Hilfsleistungen und Investitionen Japans in China gesichert? Der KP-Generalsekretär erklärte die Bedenken, die in diesen Fragen erkennbar werden, für unbegründet. (SAD)

Papandreou scheut die Verantwortung

Streit zwischen Athen und Nikosia / Dreierkonferenz oder bilaterale Verhandlungen?

EVANGELOS ANTONAROS, **Athen**

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen in Athen und Nikosia im Zusammenhang mit der künftigen Handhabe der Zypern-Frage sind am Wochenende völlig unerwartet publik geworden. Eine Reihe von Erklärungen, die Athens Ministerpräsident Andreas Papandreou am Rande seiner Gespräche in Bonn und Rom und Nikosias Staatschef Spyros Kypiranou während der Commonwealth-Konferenz in Neu-Delhi innerhalb von wenigen Stunden abgegeben haben, hat verdeutlicht, daß die beiden Regie*rungen von Grund auf unterschiedli*che Auffassungen vertreten. Der Tenor dieser Äußerungen ließ am Sonntag nicht den geringsten Zweifel daran, daß eine große Verstimmung vorhanden ist.

Hauptstreitpunkt ist die Teilnahme *Griechenlands an einer Konferenz* der drei Zypern-Garantiemächte Griechenland, Großbritannien und Türkei. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hatte diese Dreier-Konferenz unmittelbar nach der Ausrufung des türkischen Teilstaates im Nordteil der zweigeteilten Insel vorletzte Woche angeregt. Papandreou hatte die Teilnahme sofort mit der Begründung abgelehnt, er könne mit den Türken an einem Verhandlungstisch nicht sitzen, so lange türkische Besatzungstruppen auf der Insel stationiert seien. Statt dessen hatte er bilaterale Beratungen Londons mit Athen und Ankara vorgeschlagen.

Der Streit zwischen Papandreou und Kyprianou begann in der Nacht zum Sonnabend, als Zyperns Staatsoberhaupt während einer Rede vor der Commonwealth-Konferenz an die drei Garantie-Mächte appellierte, sich in der Zypern-Frage aktiv zu betätigen. Von Bonn aus reagierte Papandreou mit Entrüstung: Er interpretierte diese Äußerung Kyprianous als einen geheimen Wunsch Nikosias, Griechenland solle an der Dreier-Konferenz teilnehmen, und sagte, daß Griechenland „diesem Wunsch folgen" und an der Konferenz doch teilnehmen werde. „Aber sofort wird die Verantwortung für die künftigen Entwicklungen auf Zypern von der Regierung in Nikosia getragen, weil die griechische Regierung nicht bereit ist, diese Verantwortung zu schultern", sagte Papandreou.

Bald hatte sich jedoch herausgestellt, daß Papandreou, wie oft zuvor, voreilig und impulsiv reagiert hatte. Von Neu-Delhi aus erläuterte Kyprianou, daß er „niemals direkt" eine Dreier-Konferenz vorgeschlagen habe. Er habe nur den Wunsch geäußert, daß die Garantieverträge von *1960*, dem Gründungsjahr der Republik Zypern, angewandt werden sollten.

Auch diese Erklärung entsprach Papandreous Erwartungen offenbar nicht. Auf dem Flug von Rom nach Athen sagte er zu den mitreisenden Journalisten, daß Kyprianou „nun endlich direkt und öffentlich sagen muß, ob er die Dreier-Konferenz haben will oder nicht".

Eine weitere Erklärung Kyprianous, ebenfalls aus Neu-Delhi, machte den Krach perfekt: „Mit großem Erstaunen" habe er festgestellt, daß Papandreou diese hochpolitische Auseinandersetzunq in der Öffentlichkeit austrage. Vertrauliche Absprachen seien notwendig. Er könne im übrigen der griechischen Regierung keine Vorschriften über ihre Haltung in wichtigen außenpolitischen Fragen machen. Die Entscheidung, ob eine Teilnahme an einer Dreier-Konferenz sinnvoll sei, müsse daher in Athen gefaßt werden.

Obwohl Papandreou mit seiner ersten Erklärung die Teilnahme Grie*chenlands an der Konferenz zugesagt* hatte, herrschte am Sonntag in Athen Unklarheit über die Absichten der Athener Regierung. Der Schlagabtausch macht jedoch deutlich, welche Positionen die beiden Regierungen inzwischen eingenommen haben: Die Regierung Kyprianou befürwortet offenbar eine Reaktivierung der Garantieverträge im Sinne Londons, weil sie sich davon konkrete Ergebnisse erhofft. Papandreou hingegen befürchtet, daß die Teilnahme Griechenlands an einer Konferenz ihn viele Sympathien im Inland kosten könnte. (SAD)

Eine ‚Internationale' hilft russischen Überläufern

Ehemaliger sowjetischer Soldat in Afghanistan berichtet

BODO RADKE, **Brüssel**

Auf einer Pressekonferenz im Brüsseler Gebäude des Europa-Parlaments stellte der Autor des Welt-Exklusiv-Berichts in der „Daily Mail" und konservative Abgeordnete im Europäischen Parlament Lord Bethell am Freitagnachmittag den 19jährigen Ex-Gefreiten der Roten Armee, Nikolaj Ryschkow, vor. Nikolaj Ryschkow – rotgesichtig und mit modischem Haarschnitt westlichen Stils – gab sich während der eineinhalbstündigen Fragenkanonade weit zurückhaltender, als die meisten Teilnehmer der Pressekonferenz nach der Lektüre der „Daily Mail" vom gleichen Tag erwartet hatten. Flankiert war er von einer attraktiven Dolmetscherin, dem Publizisten Wladimir Maximow in seiner Eigenschaft als Direktor der „Internationale des Widerstands", Edward Kuznetzow von der gleichen Organisation sowie Olga Swintsowa von „Radio Free Kabul".

Vor Antritt seiner zweijährigen Dienstzeit in der Roten Armee hat der aus der Sowjetrepublik Kasachstan stammende Ryschkow Kfz-Handwerker gelernt. Auf eine Zwischenbemerkung, daß er aber gar nicht aussehe wie ein Mensch aus Kasachstan, antwortete er, sein Vater sei Russe und seine Mutter Ukrainerin. Beide sowie sein älterer Bruder lebten noch in der Sowjetunion.

Den Entschluß zum Überlaufen habe er in Afghanistan nach einem sowjetischen Propagandafilm „aus politischen Gründen" gefaßt und eine Woche später in Kabul ausgeführt.

Lord Bethell, Wladimir Maximow und Edward Kutznetsow bezeichneten die Organisation „Resistance International" als eine private Vereinigung ohne jegliche Kontakte mit irgendwelchen Geheimdiensten, die ihre Aktivitäten nur aus Spenden finanziere und mehrere Abgeordnete des Europaparlaments zu ihren Mitgliedern zähle.

„Resistance International" habe sich auch zur Aufgabe gesetzt, zu afghanischen Freiheitskämpfern übergelaufene Sowjetsoldaten in den Westen zu holen, falls sie das wünschten. Im Fall Ryschkow sei ihnen das auf Wegen gelungen, die aus naheliegenden Gründen geheimgehalten werden müßten. Es gebe nun darum, auf dem Wege über Rundfunksendungen von „Radio Liberty" und „Radio Free Kabul" Sowjetsoldaten am Beispiel von Ryschkow zu zeigen, daß auch für sie die Flucht in den Westen möglich sei.

Scharfe Kritik richteten der Lord und Maximow an die Adresse der französischen Regierung, auf deren Anordnung die zunächst für Frankreich beantragten Transitvisa abgelehnt worden seien. Auch die ursprüngliche Absicht Lord Bethells, seinen Überläufer in der vergangenen Woche während der Plenarsitzung des Europaparlaments in Straßburg der Öffentlichkeit zu präsentieren, sei von der französischen Regierung durchkreuzt worden. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wetterfühlig

Sehr geehrte WELT,

mit unseren Wettersatelliten kriegen wir unsere Wettervoraussage immer mehr in den Griff, nie aber den Gesamtverlauf des Wetters. Ein Hoch oder ein Tief wird der Mensch nie machen können. Damit auch keinen immer gleich hohen Wasserstand unserer Flüsse. Darum bleiben alle Verkehrsträger wetteranfällig.

Dabei war das Jahr 1983 ein trockenes Jahr, das bis weit in den November hinein, der normalerweise ein Nebel- und Regenmonat ist. Das hatte Folgen. Der Wasserstand von Rhein und Donau ist niedrig. Die Rheinschiffe können zu 60 Prozent, die Donauschiffe nur zu 40 Prozent beladen werden. Das wird sich ändern, kann sich aber immer wiederholen.

Diese Wetteranfälligkeit der Verkehrsträger wird bleiben. Sie trifft sie aber nicht gleichmäßig. Auch die Bundesbahn ist wetteranfällig. Frost und Schnee setzen auch ihr zu. Entgegen dem Auto aber, und entgegen dem Wasser unserer Flüsse, sind ihr Nebel und Glätte, wie die Höhe des Wasserstandes kein Hindernis.

Ich bin mit freundlichen Grüßen
Ihr Leser
O. Schulten,
Wuppertal 2

Geschichte und Goggo?

„Haus der Geschichte in Bonn nimmt Gestalt an"; WELT vom 17. November

Meine sehr geehrten Herren,

mit Staunen erfährt der Leser von der Art, in der das Bonner „Haus der Geschichte" gestaltet werden soll: Die Lebenswelt der deutschen Geschichte in ihrer gesamten Breite! Man darf – im Hinblick auf die besondere Art der Berliner Preußen-Ausstellung – gespannt sein, was dann noch für die eigentliche Geschichte übrigbleibt. Dabei, wenn man z. B. die „Tatsachen der deutschen Geschichte" von Geoffrey Barraclough (Berlin 1948) betrachtet, so ist an Hand des Inhaltsverzeichnisses zu fragen, ob zum Verständnis der deutschen Geschichte, das ein geschichtlich interessierter Besucher gewinnen will, wirklich ein Goggomobil und eine elektrische Waschmaschine nötig ist.

So lesen wir bei Barraclough (der freilich kein Deutscher, sondern ein Brite ist), u. a.: „Der Aufstieg des deutschen Königtums … Aufstieg und Fall des Hohenstaufenreiches … Der Sieg der Fürsten … Das Vermächtnis de s Mittelalters … Das Problem der Westgrenze … (Nicht zu vergessen, die Franzosen haben keine Vergangenheit zu bewältigen!) … Deutschlands Vordringen nach dem Osten … Die Reformation und die Religionskriege … Der Westfälische Friede und die fürstliche Souveränität …

Und zum Wirtschaftswunder dann Goggomobil und elektrische Waschmaschine?

Dr. G. Jaeckel,
Bonn 1

Wort des Tages

» Es gibt eine Kunst des Gebens. Es ist möglich, ein Leben mit einer Tasse klaren Wassers reich zu machen, man kann aber auch ein Leben arm machen, indem man Geld ohne Liebe gibt. Hier liegt die Probe bei dem Geber, denn ein Geschenk, das gegeben wird, damit der andere sich uns verpflichtet fühlen soll, ist mehr aus Bosheit als aus Liebe gegeben. «

Billy Graham, amerik. Evangelist (geboren 1918)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Der Wirtschaftspolitische Club Bonn, Präsident **Carl Ferdinand von der Heyde**, lud wieder zum traditionellen Jagdessen auf die Godesburg ein. Der Club, 1952 eine Gründung des vor einigen Jahren verstorbenen Generalkonsuls **Paul Conrad**, hält auch heute engen Kontakt zu den Auslandsbotschaften. Großen Zuspruch finden daher immer wieder die Clubreisen ins Ausland. Zu den letzten Zielpunkten gehörten Ungarn, dessen Botschafter **Peter Kövari** an dem Essen teilnahm, und Moskau, wo die Clubmitglieder eine Einladung der Allunionskammer erhielten. Starke Bande pflegt der Club aber vor allem zu Tunesien, dessen Botschafter **Mongi Sahli** kam und zum Donaueuropäischen Institut in Wien, dessen Präsident Vizekanzler a. D. Dr. Bock Ehrenmitglied ist. Österreichs Botschafter **Willibald Pahr** war jetzt zum ersten Mal Gast eines solchen Clubabends. Die ersten Kontakte sind auch zu China geknüpft. Die Anwesenheit von China-Botschafter An Zhiyuan bewies es. Der Club pflegt auch enge Beziehungen zur Bundeswehr, die unter anderen durch Generalleutnant Paul Sommerhoff, stellvertretender Inspekteur der Luftwaffe, präsent war.

Niedersachsens Bundesratsminister **Wilfried Hasselmann** ist in Bonn als außerordentlich gastfreundlich bekannt. An die 120 Gäste kamen in die Landesvertretung, wo ihnen Ostfriesland, jener Raum an der Küste zwischen Wilhelmshaven und der Stadt Emden mit den Kreisen Leer, Aurich und Wittmund vorgestellt wurde. Unter den vielen Prominenten waren auch die Botschafter Italiens und Dänemarks, Professor **Luigi Vittorio Ferraris** und Dr. **Paul Henning Fischer**, Bonner Abgeordnete und Staatssekretäre. Hasselmann begrüßte mit launigen Worten, als er auf die viel zititerte „Wende" einging, nach der immer wieder gefragt wird. Die Wende, ein „langfristiger Prozeß" werde nicht kommen, wenn man sie der Bundesregierung allein überlasse und sich in den Sessel zurücklehne. Der Minister, für bildhafte Vergleiche berühmt: „Auf die Pauke will jeder hauen, nur tragen will sie keiner."



Fachgespräche: Ungarns Botschafter Peter Kövari, links, und Präsident Carl Ferdinand von der Heyde.

UdSSR-Botschaftsrat Jurij Gremitskich, links, und Botschafter a. D. Sigismund von Braun. FOTOS: KEIL

EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** hat die Verdienste von Johannes Binkowski gewürdigt, des früheren Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, der am Sonntag 75 Jahre alt geworden ist. In einem Glückwunschschreiben erinnerte Carstens an das feste Eintreten Binkowskis für die privatwirtschaftliche und freiheitliche Struktur der Presse. Carstens sagte weiter, Johannes Binkowski sei es gelungen, als Herausgeber, Chefredakteur und Verleger und in vielen Ehrenämtern als Journalist von Rang Aufgaben vielfältiger Art zu bewältigen.

*

Der 81jährige Diplomingenieur **Hans Molly** aus dem badischen Malsch wurde Ehrendoktor der Technischen Hochschule Aachen. Die Würde wurde Molly auf Grund seiner hervorragenden schöpferischen und wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Konstruktion hydrostatischer Maschinen verliehen. Seine Erfindungen in der hydraulischen Antriebs- und Steuerungstechnik gelten als bahnbrechend.



Außenminister der „DDR“ für gutes Klima mit Bonn

dpa. Berlin

Die Bedeutung der deutsch-deutschen *Beziehungen für das Ost-West*-Verhältnis hat „DDR“-Außenminister Oskar Fischer unterstrichen. Als Mitglieder der jeweiligen Bündnisse könnten die „DDR“ und die Bundesrepublik „mit guten, normalen Beziehungen wohltuend besonders auf das europäische Klima wirken“, sagte Fischer in seiner am Samstag auszugsweise in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ abgedruckten Rede vor dem SED-Zentralkomitee.

„Schlechte, angespannte oder gar feindselige Beziehungen müssen dagegen auch die internationalen Spannungen erhöhen“, äußerte der Minister. Daher und aus ihrer Lage und Geschichte hätten beide deutsche Staaten eine besondere Verantwortung für die Friedenssicherung. Die „DDR“ sei in der heutigen Situation zu noch mehr politischen, ökonomischen und militärischen Anstrengungen gezwungen.

Unmut über Sowjet-Raketen

● Fortsetzung von Seite 1

es, die Stationierung in der CSSR wäre „in der Tat eine außergewöhnliche Bruderhilfe durch die Sowjetunion – sie würde uns auf dem Weg zum nächsten Friedhof behilflich sein“.

Rumänien setzte am Wochenende seine Demonstration einer eigenständigen Haltung fort. Im Gegensatz zu den übrigen Staaten des Warschauer Paktes kritisierte die Partei- und Staatsführung in Bukarest sowohl die Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa als auch die von Andropow angekündigten sowjetischen Gegenschritte. Außerdem wird ein Treffen zwischen den Außenministern der UdSSR und der USA noch in diesem Jahr vorgeschlagen. Gleichzeitig sollen „so rasch wie möglich Vorbereitungen für eine Gipfelkonferenz zwischen dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets und dem US-Präsidenten getroffen werden, die schon in der ersten Jahreshälfte 1984 stattfinden sollte“.

Ebenfalls als Bekräftigung der relativ unabhängigen Haltung Rumäniens veröffentlichte die Parteizeitung „Scinteia“ einen Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, der die sowjetischen Rüstungspläne scharf kritisiert.

Schmude (SPD) nimmt Lambsdorff in Schutz: Vorwürfe stimmen nicht

■ Fortsetzung von Seite 1

und Anschuldigungen zu schützen, muß jedes Ermittlungsverfahren strikt geheim bleiben“.

Scholz: „Es darf nicht in die Öffentlichkeit gezerrt werden, weil dies in der Tat zur Vorverurteilung führt mit der Konsequenz, daß Richter, Schöffen, Staatsanwälte und Zeugen in unzulässiger Weise beeinflußt werden können.“ Wenn man dieses nicht mehr gewährleisten könne, dann sei ein Eckstein des Rechtsstaates bedroht.

Neben der Wahrung des Persönlichkeitsrechtes habe jeder Büger zugleich Anspruch auf ein faires Verfahren, das ihm rechtliches Gehör gebe. Scholz: „Das rechtliche Gehör bekommt man durch Vernehmungen und gegebenenfalls später beim Richter. Wenn Ermittlungsverfahren in beliebigen Stadien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürften, würde dies dazu führen, daß auch ohne das Recht, sich zu verteidigen, Vorabverurteilungen erfolgen können. Und das darf nicht sein.“

Die Frage, ob er angesichts der „Vorverurteilung“ Lambsdorffs in einem Teil der Medien noch ein faires Verfahren gewährleistet sehe, beantwortete Scholz mit „grundsätzlich ja“, „weil sich bei uns die Justiz vor allem auf Berufsrichter stützt“. Von einem auf Lebenszeit ernannten Richter, dessen Unabhängigkeit auch verfassungsrechtlich gesichert sei, „muß man natürlich auch die innere Stabilität und Widerstandskraft erwarten, daß er vor solchen Einflußnahmen aus der Öffentlichkeit heraus gefeit bleibt“. Das sei eine Grundbedingung für ein unabhängiges *Richtertum und damit auch für* eine faire rechtsstaatliche Rechtsprechung. Dies sehe in manchen Fällen freilich anders aus, betonte Scholz, wenn man den Laienrichter (Schöffen) dazunehme.

Die Amerikaner, bei denen der Berufsrichter im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland eine Ausnahme sei, hätten diese Gefahren erkannt. Die amerikanischen Gerichte setzten sich hauptsächlich aus Geschworenen, aus Laien, zusammen. Dadurch seien die Risiken, die sich aus einer Vorverurteilung ergeben könnten, beachtlich. In der amerikanischen Rechtsprechung habe es Fälle dieser Art gegeben. Sie verfüge in solchen Situationen, daß das Verfahren an einem ganz anderen Ort und vor anderen Richtern geführt werde – „damit schafft man räumliche und sachliche Distanz“ – und es würden Geschworene abgelehnt, wenn sie in den *Verdacht* der *Befangenheit* geraten seien.

Ohne auf Einzelheiten des Verfahrens gegen den Bundeswirtschaftsminister eingehen zu wollen, betonte Scholz, wenn es zu einer Anklage gegen Lambsdorff kommen sollte, müsse man auf die Unabhängigkeit des Gerichts vertrauen. „Trotz der eingetretenen großen Belastung der Richter müssen wir auf deren Kraft zur Unvoreingenommenheit vertrauen. Ich glaube nicht, daß wir bereis in *einer Situation sind, wo wir unseren* Richtern nicht mehr vertrauen dürften.“

Zu dem Fall Lambsdorff könne er sich nicht äußern, weil er den Sachverhalt nicht im Detail kenne und weil er sich nicht selbst an Spekulationen beteilige. Aber wenn es so sei, daß „schuldhaft aus dem Verantwortungsbereich von Justizbehörden, Justizministerium oder Staatsanwaltschaft Informationen in die Öffentlichkeit, in die Presse gegeben worden sind, dann muß dies ohne Nachsicht strafrechtlich verfolgt werden und es muß auch disziplinarrechtliche Konsequenzen haben“. Und, so fügte Scholz hinzu, es erfordere „besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Staatsanwaltschaft“. Jeder Bürger, und dazu gehöre auch jeder Politiker, habe vollen Anspruch auf die Wahrung seines Persönlichkeitsrechts und der Vermutung seiner Unschuld bis zum definitiven Beweis des Gegenteils. „Hier gibt es nicht etwa Bürger zweiter Klasse.“ Dieser verfassungsrechtliche Anspruch „gilt bis zur Rechtskraft eines Urteils, bis in die letzte Instanz“.

„Erhebliche Mehrkosten für Betriebe“

Warnungen vor 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich / Breit widerspricht

DW. Köln/Hamburg

Die Diskussion über eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche konzentrierte sich am Wochenende auf die Frage nach den tatsächlichen Auswirkungen einer solchen Regelung. Professor Norbert Walter vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel sieht durch eine 35-Stunden-Woche keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern vielmehr die vorhandenen gefährdet.

Walter, der bei dem Institut federführend für das gemeinsame Konjunkturgutachten ist, das die fünf großen deutschen Wirtschaftsinstitute regelmäßig für die Bundesregierung erarbeiten, sagte in einem Interview der „Bild am Sonntag“: „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen für die Arbeitnehmer erhöht die Kosten für die Betriebe ganz erheblich. Die Folge liegt auf der Hand: mehr Rationalisierung oder, wenn möglich, Ausweichen in Länder, in denen die Arbeit nicht so teuer ist.“ Statt dessen plädierte der Wirtschaftswissenschaftler für eine flexible Arbeitszeitregelung.

Auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, lehnte gewerkschaftliche Forderungen ab. Der WELT am SONNTAG sagte er: „Ich halte eine solche abrupte Verringerung der Wochenstunden für kaum durchführbar.“

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit vertrat demgegenüber die Auffassung, daß die Arbeitnehmer durch Einbußen im Realeinkommen von drei bis 3,5 Prozent in den vergangenen drei Jahren Mehrkosten des Einstiegs in die verkürzte Wochenarbeitszeit bereits vorfinanziert hätten.

Die Christlich Demokratischen Arbeitnehmer (CDA) haben sich für die von der Bundesregierung geplante Vorruhestandsregelung als wichtigen Einstieg in eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen, ohne andere Möglichkeiten wie die 35-Stunden-Woche abzulehnen. Auf der Betriebsrätekonferenz der CDA-Sozialausschüsse zeigte sich ihr Vorsitzender, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, in Köln jedoch überzeugt, daß die meisten Arbeitnehmer eine Vorruhestandsregelung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung vorziehen würden.

Tritt Diepgen vorzeitig Weizsäcker-Nachfolge an?

Heute Nominierung für Amt des Bundespräsidenten

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kohl, wird heute auf einer Pressekonferenz in Bonn offiziell den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), *für das Amt des Bundespräsidenten* vorschlagen. Kohl hat sich die Zustimmung des CDU-Präsidiums und des CSU-Vorsitzenden Strauß dazu eingeholt.

Eine Überraschung ist die Nominierung von Weizsäckers nicht mehr. Wochenlange öffentliche Spekulationen darüber haben in Berlin Verwirrung und Enttäuschung geschaffen.

Nachfolger von Weizsäckers im Amt des Regierenden Bürgermeisters soll der 42jährige *CDU-Politiker* Eberhard Diepgen werden, der bisher die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus führt. Diepgen, von Beruf Rechtsanwalt, hat gemeinsam mit dem FDP-Landesvorsitzenden Rasch die Koalition zwischen CDU und FDP begründet. Im Bundeskanzleramt und auch in der Berliner CDU-Führung ist man der Meinung, von Weizsäcker sollte jetzt, wo er sich zum Weggang von Berlin entschlossen *habe, alsbald das Amt des Regierenden* Bürgermeisters Diepgen überlassen, damit dieser möglichst viel Zeit habe, um in diesem Amt Profil zu gewinnen.

Die Motive, die letztlich von Weizsäcker bewogen haben, doch Bundespräsident werden zu wollen, obwohl ihn viele und der FDP-Vorsitzende Genscher eindringlich gebeten hatten, zu bleiben, sind nicht genau auszumachen. Man spricht davon, daß von Weizsäcker, der 1974 von der Union als „Zählkandidat“ in der Bundesversammlung gegen Walter Scheel (FDP) nominiert war, fest davon überzeugt ist, jetzt einen Anspruch auf das Amt des Staatsoberhauptes zu haben.

Offensichtlich hat sich bei von Weizsäcker der Gedanke, Bundespräsident zu werden, aktualisiert, als er von dem Verzicht von Bundespräsident Karl Carstens auf eine zweite Amtsperiode hörte. Gewißheit darüber hat der CDU-Politiker in einem Gespräch mit dem Bundespräsidenten offenbar Anfang des Jahres bekommen. Schon auf dem CDU-Bundesparteitag im Mai in Köln soll hinter den Kulissen über die Kandidatenrolle der CDU-Politiker von Weizsäcker und auch des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht – beide sind protestantisch und Repräsentanten der norddeutschen CDU – gesprochen worden sein. Über Albrecht hieß es, er habe frühzeitig eine solche Kandidatur ab*gelehnt, da sie auch aufgrund seines* noch jungen Alters nicht in seine Lebensplanung passe. Gespräche mit dem CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl bis in den August hinein, haben von Weizsäcker offenkundig zusätzliche Gewißheit gegeben, daß auch Kohl ihn für den geeignetsten Mann für das Amt des Bundespräsidenten halte. Im Bundeskanzleramt heißt es dagegen, Kohl habe darüber mit Weizsäcker *keine* „substantiellen Gespräche“ geführt. Ein verändertes Verhalten, so heißt es in der Umgebung von Weizsäcker, habe man bei Kohl erst nach den Wahlen in Hessen und Bremeb, die für die CDU nicht gut ausgegangen sind, erkennen können. Von diesem Zeitpunkt an habe bei Kohl die Besorgnis Oberhand gewonnen, Berlin könne nach einem Weggang von Weizsäckers ebenfalls wieder für die CDU/FDP verlorengehen und an die *SPD zurückfallen. Kohl hat sich des*halb offensichtlich bemüht, einen anderen Kandidaten zu finden.

Zeitwellig wurden die Namen Gerhard Stoltenberg, Ernst Albrecht und Hans Maier (CSU) diskutiert. Parallel hatte es Sondierungen Kohls gegeben, für von Weizsäcker einen Bundespolitiker für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zu finden. Dabei wurde der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann genannt. Aber auch dies ließ sich nicht realisieren, was auch mit der Abneigung der Berliner CDU zu tun hatte, wieder einen Politiker aus dem Bundesgebiet zu akzeptieren.

Kohl, so wird berichtet, hätte es zum Schluß aus politischen Interessen heraus vor allem in Hinblick auf die Wahl 1985 lieber gesehen, wenn die Senatorin Hanna-Renate Laurien Regierende Bürgermeisterin geworden wäre. Sie ist bekannter und resoluter als Diepgen und eine Frau hätte man nicht an einem männlichen Vorgänger, eben von Weizsäcker, gemessen. Erinnerungen an die SPD-Bürgermeisterin Louise Schröder hätten sich aufgedrängt. Für Diepgen sprach allerdings seine starke Verankerung in der Berliner CDU.

Wilms skeptisch gegenüber kurzen Studiengängen

dpa. Bonn

Extrem kurze Studiengänge sind nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) nicht geeignet, die Überlastung der Hochschulen zu lindern. Auf der Jahrestagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn meinte die Ministerin, ein viersemestriges Studium, wie es vom Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Professor Theodor Berchem, propagiert werde, könne nicht mehr die Qualität der *Hochschulausbildung* gewährleisten. Die Konzentrierung von Inhalten führe automatisch zu einer „engen Professionalisierung“ und schränke die Möglichkeiten der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt weiter ein.

Auf der Tagung hatte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, auf Klagen der Arbeitgeber verwiesen, nach denen Universitäts- wie auch Fachhochschulabsolventen nicht in der Lage seien, theoretisch-methodisches Wissen auf konkrete berufliche Probleme anzuwenden.

Leinen bleibt BBU-Sprecher

dpa/AP, Mörfelden

Der 35jährige Rechtsanwalt Jo Leinen ist gestern nach heftigen Auseinandersetzungen in Mörfelden wieder zum Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gewählt worden. Leinen, der sich in der mehrstündigen Diskussion trotz der Kritik deutlich für weitere Offenheit bei den Gesprächen der BBU-Führung mit Vertretern des Staates und der Polizei einsetzte, erhielt 93 Stimmen und damit das beste Ergebnis bei der Wahl zum dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand.

Gegen die Wahl Leinens, der seit fünf Jahren dem BBU-Vorstand angehört, hatte sich eine Gruppe um die Mörfelder Bürgerinitiative gegen die Startbahn West ausgesprochen. Sie warf der BBU-Führung unter Leinen vor, sich nicht immer in ausreichender Weise zu „direkten Aktionsformen des Widerstands“ bekannt zu haben. Der ehemalige Sprecher der Aktion „Keine Startbahn West“, Alexander Schubart, und andere Vertreter dieser Gruppe hatten zuvor vergeblich dafür plädiert, Leinen aus dem Vorstand abzuwählen.

Furcht vor Billigware

Ha. (Brüssel) – Ins Schwärmen geraten die Brüsseler Experten schon lange nicht mehr, wenn sie die Zukunftsperspektiven des China-Handels beschreiben. Offensichtlich stehen die aufmunternden Worte Pekings für den Zusammenschluß Europas auf einem Blatt, die hartnäckige Vertretung nationaler Wirtschaftsinteressen auf einem anderen.

So haben die Vorgespräche der EG-Kommission über ein neues Textilabkommen mit Peking bereits vor Monaten deutlich gemacht, daß die Chinesen alles andere als bequeme Partner sind. Die formellen Verhandlungen in dieser Woche werden sich voraussichtlich bis ins neue Jahr hinziehen. Ohne neue Opfer wird es dabei auch für die deutsche Industrie nicht abgehen.

Schon bisher war China nach Hongkong und Südkorea der drittgrößte Lieferant des europäischen Marktes. Ein überproportionaler Anteil seiner Textilexporte landete auf deutschen Ladentischen. Trotz der Krise der EG-Industrie verlangen die Pekinger Unterhändler jetzt eine kräftige Aufstockung der Kontingente für die besonders „sensiblen" Erzeugnisse (Baumwollgarne, Synthetiks, Hemden, Pullover und Hosen). Dagegen möchte die europäische Textilindustrie sie in die Gruppe der „Hauptlieferländer" einstufen, was der Kommission die Möglichkeit geben würde, die bisherigen Mengen zugunsten kleinerer Exporteure zu kürzen.

Bonn hat sich in der Vergangenheit stets für eine liberale Importpolitik eingesetzt. Es fühlt sich gewiß auch dieses Mal beim Wort genommen. Wie beim Stahl dürfte die Bundesregierung jedoch jetzt ihre Forderung bekräftigen, daß nicht alle Billigware einfach auf dem deutschen Markt „abgeladen" wird.

Verschönerungen

J. Sch. (Paris) – Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, überschreitet in Frankreich die Arbeitslosenziffer nun schon seit über einem Jahr kaum noch die Zwei-Millionen-Marke. Im Jahresvergleich Oktober ist sie sogar um 0,5 Prozent zurückgegangen. Doch dies scheint eher ein statistischer Erfolg der sozialistischen Regierung zu sein. Die französische Wirtschaft hat nämlich in den letzten zwölf Monaten erheblich mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. Die Zahl der offenen Stellen ist ebenfalls zurückgegangen. Doch auf der Seite der Stellengesuche hat man jetzt eine Reihe von Verschönerungen vorgenommen: Nach Expertenschätzungen sollen insgesamt 350 000 Personen, die früher als Arbeitslose gezählt worden sind, ausgeklammert worden sein – vor allem zahlreiche Jugendliche und Frauen, die einen ersten Arbeitsplatz suchen, sind von der offiziellen Liste gestrichen worden. Genaue Angaben liegen jedoch nicht vor. Die Regierung hat wohl kein Interesse daran, den Schleier des Geheimnisses zu lüften.

Deutliche Warnung

Von GÜNTER DEPAS, Mailand

Die jährlichen „Abschlußbetrachtungen", die der Internationale Währungsfonds (IWF) seinen verflossenen und gegenwärtigen Schuldnern widmet, haben im Falle Italiens in diesem Jahr ein weit größeres Echo gefunden als in der Vergangenheit. Das hat seine guten Gründe. Die Mahnungen und Forderungen, die der Europa-Verantwortliche des IWF, Alan Whittome, mit seinem Bericht der Regierung Craxi ins Stammbuch geschrieben hat, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Massiv und unmißverständlich warnt der IWF die Verantwortlichen der italienischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik vor der Illusion, mit den bisher geschnürten Fiskalpaketen bereits das Notwendige zur Stabilisierung getan zu haben und fordert sie auf, schnellstmöglich noch einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen.

Alarmiert zeigt sich der IWF vor allem über die Tatsache, daß die italienische Staatsschuld im Jahre 1983 gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent, real um zwei Prozent gewachsen ist und damit jetzt einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 78 Prozent erreicht. Mit diesem Verhältnis wird Italien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nur noch von Irland und Belgien übertroffen, während der Zinsendienst (9 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) genau doppelt so hoch ist wie der EG-Durchschnitt.

Inhaltlich und der Form nach unterscheidet sich diese Schelte nicht von den zahlreichen Stellungnahmen, die in den letzten Wochen sowohl von Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi als auch von den Verantwortlichen der italienischen Währungs- und Kreditpolitik, dem christdemokratischen Schatzminister Giovanni Goria abgegeben wurden und die allesamt von großer Sorge um die außen- und binnenwirtschaftliche Stabilität erfüllt sind.

Ausgangspunkt der Kritik ist vor allem die Tatsache, daß alle bisherigen Maßnahmen zur Erhöhung der Staatseinnahmen und der Reduzierung der Ausgaben nicht ausreichen, um das Haushaltsdefizit des kommenden Jahres – wie in dem Ende September verabschiedeten Finanzgesetz vorgesehen – auf der Höhe des diesjährigen Kassenfehlbetrages einzufrieren. Wachsende Sorge bereiten Zentralbank und Schatzministerium dabei nicht nur die auf mehr Expansion ausgerichteten Initiativen der Opposition im Parlament, sondern auch die Querschüsse aus den eigenen Reihen.

Sicherlich hat der sozialistische Arbeitsminister und wirtschaftspolitische Sprecher der Sozialistischen Partei im Kabinett Craxi, Gianni de Michelis, nicht ganz Unrecht mit seiner Erklärung, daß „die Herren vom IWF ihre Betrachtungen praktisch diktiert bekommen". Das ist auch in den vergangenen Jahren stets so gewesen, wenn der IWF die Sorgen der italienischen Zentralbank und des Schatzministeriums in eigene Ermahnungen umsetzte. Die Tatsache, daß sich der IWF bei seinen Jahreskontrollen auf die Unterlagen stützt, die ihm von den einheimischen Währungs- und Kreditbehörden vorgelegt werden, nimmt seiner Kritik aber nichts an der Autorität.

So wird in Italien und im Ausland wohl kaum so schnell verhallen, was der IWF jetzt an Mahnungen und Klagen an die Adresse der italienischen Regierung gerichtet hat. Zu denken geben wird in diesem Zusammenhang nicht nur die Feststellung, daß es Italien als einzigem westlichen Industrieland nicht gelungen ist, die Rezession der letzten Jahre für strukturelle Veränderungen zu nutzen, sondern auch die vom Internationalen Währungsfonds ausgedrückte Sorge, daß Italien eine erneute inflationäre Beschleunigung zu gewärtigen hat, sobald auch die italienische Wirtschaft die internationale Konjunkturbelebung zu spüren bekommt.

Sarkastisch gemeinte Bemerkungen wie die des Sozialisten Gianni de Michelis, daß „wir schließlich heute anders als 1976 keine Kreditverhandlungen mit dem IWF führen müssen", helfen vor diesem Hintergrund nur wenig. Notwendig ist nicht nur eine härtere haushaltspolitische Linie, sondern auch der Wille, in die Lohn- und Lohnkostendynamik mit einkommenspolitischen Maßnahmen einzugreifen. Und das alles nicht nur in redseligen Diskussionsrunden, sondern so konkret, daß davon schon im Jahr 1984 die ersten Wirkungen zu spüren sind.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Für engere Zusammenarbeit mit Dritter Welt

Hilfe beim Abbau der Bodenschätze kommt auch Mitgliedstaaten zugute

WILHELM HADLER, Brüssel

Für eine gemeinsame Strategie zur Erschließung der Bodenschätze in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum will die Brüsseler Kommission die Regierungen der EG und AKP-Staaten gewinnen. Zu Beginn der Verhandlungen über die Erneuerung des Lomé-Abkommens übermittelte sie dem Ministerrat eine Mitteilung, in der sie den Nachweis zu erbringen versucht, daß eine engere Kooperation sowohl im Interesse der Zehnergemeinschaft wie der Länder der Dritten Welt liegt.

Die AKP-Staaten verfügen nach diesem Bericht über ein bedeutendes Bergbaupotential, das bisher nur zu einem geringen Teil erforscht oder ausgebeutet werden konnte. Eine Verwertung dieser natürlichen Reichtümer könne einen erheblichen Beitrag zur Entwicklungspolitik leisten. Die Gemeinschaft ihrerseits sei der wichtigste Rohstoffimporteur der Welt. „Es ist von vitalem Interesse für sie, ihre Versorgung zu garantieren und zu diversifizieren."

Insgesamt ist die EG gegenwärtig zu 75 Prozent, Japan zu 90 und Nordamerika zu 15 Prozent von Rohstoffimporten abhängig. Die Zahlen spiegeln jedoch nur allgemeine Größenordnungen wider. So variiert der Grad der Abhängigkeit Europas je nach Erzeugnis zwischen 25 Prozent (Fluor) und fast 100 Prozent (Titan, Mangan und andere Edelmetalle). Außer Fluor liegen nur Eisen und Blei unter der 50-Prozent-Marke.

Unter den Entwicklungsländern ist Afrika nach den EG-Zahlen wertmäßig mit rund 20 Prozent der Gesamtimporte der wichtigste Rohstofflieferant der Gemeinschaft. Eine dominierende Rolle kommt ihm u. a. bei Kobalt, Phosphaten, Kupfer und Mangan zu, während Südamerika vor allem Eisen, Aluminium und Zink, Asien Zinn und Nickel liefern. Trotzdem kommen die meisten mineralischen Rohstoffe gegenwärtig noch aus industrialisierten Ländern (Australien, Kanada und Südafrika sowie den USA). Nach Meinung der Kommission ist dies weniger auf die Vorräte in diesen Ländern zurückzuführen als vielmehr auf die Existenz der großen multinationalen Gesellschaften.

Die Gemeinschaft sei wegen ihrer einseitigen Bezugsstruktur für einen beachtlichen Teil ihrer Versorgung von Entscheidungs- und Planungszentren abhängig, die sich außerhalb Europas befänden, heißt es in dem Bericht. Daraus ergibt sich das Risiko, in Krisenfällen keine genügende Priorität zu haben. Die verarbeitende Industrie in Europa laufe außerdem Gefahr, von den integrierten Bergbaugesellschaften in „die Zange genommen" zu werden. Diese hätten nämlich die Möglichkeit, gleichzeitig die Preise für Rohstoffe anzuheben und die für Verarbeitungserzeugnisse zu senken.

Gegenwärtig betreiben die EG-Staaten nach den Ermittlungen Brüssels eine recht unterschiedliche Politik zur Sicherung ihrer Versorgung. Eine Koordinierung dieser Anstrengungen wäre deshalb wünschenswert. So sei in allen Mitgliedsstaaten nur dank der Intervention dieser spezialisierten Unternehmen die Versorgung der Gemeinschaft bisher „global befriedigend" gewesen.

Zugleich ergäbe sich aber daraus auch Anlaß für eine Reihe von Besorgnissen, meint die Kommission. So führe der Versuch der europäischen Industrie, möglichst billig und störungsfrei einzukaufen, durchweg zu einer Begünstigung der in den Industriestaaten gelegenen Produktionsanlagen, was in Krisenzeiten Versorgungsprobleme mit sich bringen könne. Festzustellen sei ferner eine gewisse Zersplitterung der europäischen Interessen auf internationale Abbauvorhaben.

Deshalb plädiert die Kommission dafür, den AKP-Staaten über das bisherige Maß hinaus bei der Erschließung ihrer Bergbauressourcen zu helfen. Die Unterstützung sollte von der Schaffung der technischen Voraussetzungen des Bergbaus bis zur finanziellen Beteiligung an Prospektions- und Förderprojekten gehen. Bei den Verhandlungen über internationale Rohstoffabkommen müsse die EG die Rolle eines Motors spielen.

AUF EIN WORT

„Ich sehe eine Zukunft für die deutsche Stahlindustrie, wenn es dort wieder eine Marktwirtschaft gibt. Denn die ist ja nicht existent, wenn die gesamte Konkurrenz 25 Prozent des Umsatzes laufend von ihren Regierungen dazugezahlt bekommt. Ich frage mich, welche andere Branche, welches andere Unternehmen das über so lange Zeit überhaupt durchgestanden hätte."

Dr. Herbert Gienow, Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Werke AG, Duisburg. FOTO: DIE WELT

Günstige Bilanz für Berlin gezogen

AP, Berlin

Eine positive Einschätzung der Entwicklung der Berliner Wirtschaft im Jahr 1983 hat der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth gegeben. In einem Interview in der Sonntagsausgabe der „Berliner Morgenpost" erklärte Pieroth, die erheblich gestiegene Investitionsbereitschaft der Berliner Industrie, die Erhöhung der Beschäftigtenzahl im Handwerk um etwa 5000 auf 135 000 im Jahresverlauf sowie die Verringerung des Arbeitsplatzabbaus gegenüber dem Vorjahr seien Beispiele für die Erfolge der Strukturpolitik in dieser Stadt. Die günstige Entwicklung sei Auswirkung der Anstrengungen aller Beteiligten, betonte Pieroth.

WEIHNACHTSGESCHÄFT

Der erste lange Samstag brachte dürftige Ergebnisse

JOACHIM GELHOFF, Düsseldorf

Regenschauer, Windböen und plötzlicher Wärmeeinbruch haben den Auftakt des Weihnachtsgeschäfts am ersten langen Samstag weithin zu einem trüben Ereignis für den Einzelhandel gemacht. Zu viele Kunden blieben zu Hause. Nach einem ersten Überblick wurden nur vereinzelt die zeitgleichen Vorjahresumsätze übertroffen. Sie waren schon damals wegen des gleichfalls vor dem Monatsultimo liegenden ersten langen Samstags relativ mager ausgefallen.

Kennzeichnend für den schwachen Auftakt des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts sind Meldungen aus dem Kreis der Warenhauskonzerne, die von sieben bis acht Prozent Umsatzminus gegenüber dem Vorjahr sprechen. Ausgesprochen schwach war insbesondere das Geschäft mit warmer Kleidung und Wintersportgeräten, erst recht das Pelzgeschäft. Auch Groß-Elektrogeräte wurden nur dürftig gekauft. Gut angelaufen scheint dagegen bei geschenkorientierten Käufern der Bereich klassischer Spielwaren (Puppen, Plüschtiere, Eisenbahnen).

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels sieht nach diesem dürftigen Auftakt noch keinen Anlaß zum Widerruf ihrer Prognose, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft einen Zusatzumsatz von 19 Milliarden Mark oder 4,3 des gesamten Jahresumsatzes bringen werde. Dieser wird für 1983 mit einer Steigerungsrate von bis zu drei Prozent bei 445 Milliarden Mark erwartet, was auch real ein minimales Plus bedeute. Erinnert wird von den Händlern daran, daß auch 1982 das Weihnachtsgeschäft nach schwachem Beginn wider Erwarten noch einigermaßen rege wurde.

FINANZPOLITIK

Ministerium verteidigt Haushaltsentwurf 1984

HEINZ HECK, Bonn

Finanzstaatssekretär Friedrich Voss (CSU) hat sich in einem Schreiben an seine Abgeordneten-Kollegen gegen den Vorwurf des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gewandt, wonach der Haushaltsentwurf 1984 durch eine wirtschaftspolitisch falsche Sparpolitik und soziale Demontage gekennzeichnet sei. DGB-Chef Ernst Breit hatte die Parlamentarier zur Ablehnung des Haushaltsentwurfs aufgefordert.

Voss bemüht in seinem Acht-Thesen-Papier vor allem die Fünf Weisen mit ihrem jüngsten Gutachten als Kronzeugen, die der Politik der Bundesregierung ein „überwiegend positives Zeugnis" ausgestellt hätten.

Dort heißt es: „Der bisherige Konsolidierungskurs hat die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert, diese möglicherweise über einen günstigen Einfluß auf die Zinsen und die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sogar stärker gefördert, als die Mindersteigerung der öffentlichen Ausgaben sie beeinträchtigt hat. Konjunkturelle Rücksichten stehen einem Fortgang der Konsolidierung im bisherigen Tempo also nicht entgegen. Im Gegenteil, nachdem eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist, sinkt der Bedarf an konjunkturstützenden Impulsen der Defizitpolitik."

Damit werde Breits Behauptung widerlegt, die Konsolidierung sei Selbstzweck und führe zu einer Nachfragelücke, meint Voss. Zwar gingen bei rein kreislaufmäßiger Betrachtung kontraktive Wirkungen von der Konsolidierung aus. Doch müsse die „zentrale Rolle der Erwartungen der privaten Wirtschaftssubjekte" von der Wirtschafts- und Finanzpolitik berücksichtigt werden.

US-AKTIENMÄRKTE

AT&T und höhere IWF-Quoten verbessern das Kaufklima

H.-A. SIEBERT, Washington

Ermutigt durch weiterhin positive Konjunktursignale und nachlassende internationale Schuldensorgen haben sich die US-Aktienmärkte in der vergangenen Woche auf breiter Front erholt. Der Dow-Jones-Industrie-Index schnellte um 26,42 (Freitag: plus 1,83) auf 1277,44 Punkte und liegt nun nur noch um knapp acht Punkte unter dem am 10. Oktober aufgestellten Rekord. Der Nyse-Index, der 1500 Werte umfaßt, erholte sich um 1,09 (0,15) auf 96,55 Punkte. Durch „Thanksgiving" am Donnerstag verkürzt, sank der Wochenumsatz an der New York Stock Exchange allerdings von 417 auf 381 Millionen Papiere.

Dominiert wurde das Börsengeschehen vom Antitrust-Opfer American Telephone & Telegraph (AT&T) und den unabhängig operierenden regionalen Holdinggesellschaften. Die am 1. Januar fällige Aufsplitterung des größten Privatunternehmens der Welt führte zu Überraschungen bei der Kursbildung: Seit der Aufnahme des Handels am letzten Montag stieg die „neue" AT&T-Aktie um 1⅞ auf 20⅞ und die „alte" um 2⅝ auf 66⅛ Dollar. Die Gewinnaussichten des künftig flexibleren Konzerns, der groß in das Computer- und Mikroinformatikgeschäft einsteigt, werden günstig beurteilt.

Gemessen an den gesetzten Anfangskursen, haben nur BellSouth und Southwestern Bell an Boden verloren. Diese Aktien fielen bis Freitag um 2⅛ auf 86⅞ und um ein auf 61 Dollar. Von den anderen Holdings, die den regionalen Telefonverkehr in Amerika abwickeln werden, verbesserte sich Bell Atlantic von 65¾ auf 68⅞, US West von 56 auf 58½, Nynex von 60½ auf 62⅝, Ameritech von 63 auf 65⅞ und Pacific Telesis von 51½ auf 54⅝ Dollar. Der Handel findet zunächst nur auf dem Papier statt; ausgeliefert werden die neuen Aktien erst im Februar.

Wie eine starke Beruhigungspille hat an der Wall Street die vom Kongreß abgesegnete Teilnahme der USA an der Quotenerhöhung des Internationalen Währungsfonds (IWF) gewirkt. Man geht davon aus, daß die Privatbanken nun nicht mehr so heftig von der Schuldenkrise geschüttelt werden. Immerhin ist der Rettungsring durch die Erhöhung des Fondsvermögens von 61 auf 90 Milliarden Sonderziehungsrechte (1 SZR = 2,813 Mark) erheblich vergrößert worden.

Nach Angaben des IWF haben bis Freitag 99 der 146 Mitgliedsstaaten, auf die 59,3 Prozent der Gesamtquote entfallen, der Aufstockung zugestimmt. Sein Plazet gab auch Bonn. Für das Inkrafttreten sind 70 Prozent der Stimmen erforderlich. Präsident Reagan wird das Gesetz Anfang dieser Woche unterzeichnen, so daß alles perfekt ist, da der Quotenanteil der USA 20,6 (Bundesrepublik 5,3) Prozent beträgt.

Für die gute Stimmung an Amerikas Börsen sorgten auch die Rekord-Auftragseingänge im Oktober und das weiterhin hohe wirtschaftliche Wachtumstempo im dritten Quartal (drei und real 7,7 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Preiskontrollen bleiben bestehen

Paris (AP) – Das französische Finanzministerium hat am Freitag in Paris bekanntgegeben, die im Land geltenden Preiskontrollen würden als Teil der Maßnahmen der Regierung gegen die Inflation auch im kommenden Jahr fortgeführt. Die Preiskontrollen waren im November 1982 eingeführt worden, nachdem die Regierung den von ihr zuvor verhängten Lohn- und Preisstopp aufgehoben hatte. Bis Ende 1983 wollte die französische Regierung die Inflation auf acht Prozent drücken. Nach Ansicht von Fachleuten dürfte sie jedoch am Jahresende neun Prozent betragen.

Hoher Fehlbetrag

Washington (rtr) – Die USA sind mit einem hohen Defizit in ihr neues Haushaltsjahr gestartet. Wie das US-Finanzministerium mitteilt, betrug der Haushaltsfehlbetrag im Oktober, dem ersten Monat des neuen Haushaltsjahres, 25,07 Milliarden Dollar (rund 68 Milliarden Mark). Das Defizit lag damit leicht unter dem von Oktober 1982 mit 26,17 Milliarden Dollar. Im September dieses Jahres hatte das US-Budget einen leichten Überschuß von 1,95 Milliarden Dollar aufgewiesen. Im gesamten Haushaltsjahr 1982/83, das am 30. September zu Ende gegangen ist, erreichte der Haushaltsfehlbetrag der USA die Rekordhöhe von 195,35 Milliarden Dollar.

Kredit für Ecuador

Washington (VWD) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) legt an Ecuador einen Kredit im Wert von etwa 90 Mill. Dollar heraus. Nach IWF-Angaben sollen damit die sinkenden Exporteinnahmen ausgeglichen werden.

Anleihe für den Eiffelturm

Paris (AFP) – Mit einer Anleihe von 150 Millionen Franc sollen die Reparaturarbeiten am Pariser Eiffelturm bezahlt werden. Heute werden 30 000 Obligationen zu je 5000 Franc aufgelegt. Die Stadt Paris hat die Bürgschaft für die Anleihe übernommen, die auf zwölf Jahre mit einem Nominalzins von 14,3 Prozent angelegt ist. Insgesamt werden die Arbeiten, die bis Jahresende dauern, 205 Millionen Franc kosten.

Arbeitsschutz attraktiv

Düsseldorf (Py.) – Der Arbeitsschutz hat an Attraktivität gewonnen. Diese Feststellung wird von den Besucherzahlen der Ausstellung „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin" unterstrichen, die am Wochenende in Düsseldorf zu Ende gegangen ist. Fast 22 000 Besucher zählte die „A+A", 15 Prozent mehr als 1981. Weitere 5300 Fachleute besuchten den parallel laufenden Kongreß. Hinsichtlich der Geschäftsabschlüsse und der Erwartungen für das Nachmessegeschäft äußerten sich die Aussteller übereinstimmend zufriedener als vor 2 Jahren. Die nächste „A+A" findet vom 1. bis 4. Oktober 1985 in Düsseldorf statt.

Mittel zugesagt

Washington (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik Deutschland hat den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington informiert, daß ihr Beitrag von umgerechnet 6,2 Milliarden Mark zur geplanten Kapitalaufstockung des Fonds um knapp 50 Prozent auf 96 Milliarden Dollar jetzt endgültig bereitsteht. Ein IWF-Sprecher teilte in Washington mit, daß jetzt 99 der 146 Mitgliedsländer mit 59,33 Prozent der derzeitigen Quoten ihre Beteiligung an der Kapitalaufstockung zugesagt haben. Notwendig sind Zusagen von Ländern mit 70 Prozent des Gesamtkapitals.

Weg der Kurse

	25. 11. 83	18. 11. 83
Boeing	43,625	40,875
Chrysler	26,50	27,125
Citicorp	35,75	34,75
Coca-Cola	54,25	55,125
Exxon	37,875	36,875
Ford Motors	63,625	65,25
IBM	123	123,25
PanAm	8,375	8,125
US Steel	29,125	27,875
Woolworth	38,625	37,875

PRIVATISIERUNG

Breuel: Keine Pläne für Verkauf von VW-Beteiligung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das Land Niedersachsen hat „keine fertigen Pläne in der Schublade", die 20prozentige Beteiligung an der Volkswagenwerk AG zu veräußern. Mit diesen Worten reagierte Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel auf die Kritik, die ihr die Bemerkung eingebracht hat, das Land müsse nicht unbedingt Anteile an VW halten. Prinzipiell stehe sie und die Landesregierung weiter zu dieser Aussage. Die Stiftung Volkswagenwerk, der die Dividendenzahlungen aus der Beteiligung des Landes zufließen, dürfe dadurch aber keine Benachteiligung erfahren.

Weiter diskutiert werden soll nach den Worten Frau Breuels die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Befürchtungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, damit verbunden sei ein Abbau des Sozialstaates, seien grundlos. Auch Vorhaltungen in der Richtung, daß nur florierende Beteiligungen der öffentlichen Hand bei Privaten auf Interesse stoßen, sei kein Grund, entsprechende Überlegungen fallen zu lassen. Notleidende Unternehmen müßten eben erst auf eine gesunde Basis gestellt werden.

Dezidierte Vorstellungen entwickelte Frau Breuel zur Privatisierung der Bundesbahn. Nach ihrer Ansicht kann die Bahn „nur bei der Trennung von Schiene und Betrieb aus der Krise fahren". Schon im ersten Schritt der Diskussion auf Bundesebene müsse deutlich zwischen einem konkurrenzfähigen Bahnfahrbetrieb auf der Schiene einerseits sowie dem Bau und der Unterhaltung des Schienennetzes aus gesamtstaatlicher Notwendigkeit andererseits unterschieden werden. Für den Fahrbetrieb könne dann an eine private Geschäftsführung gedacht werden.

IFO-KONJUNKTURTEST / Entwicklung erneut optimistischer beurteilt

Höhere Auslandsnachfrage erwartet

DANKWARD SEITZ, München

Noch etwas zuversichtlicher als im September beurteilten die deutsche Industrie und weite Teile des Handels im Oktober die konjunkturelle Entwicklung in den kommenden sechs Monaten. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Geschäftserwartungen haben sich dagegen nach dem kurzen Zwischenhoch im Juli wiederum erneut etwas verschlechtert.

Die erneute Verbesserung der Geschäftsaussichten im verarbeitenden Gewerbe beruht nach Feststellungen des Ifo zum einen auf der günstigeren Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und zum anderen auf einer Abnahme der negativen Urteile über die Auftragsreserven bei kaum veränderter Produktionstätigkeit. Zudem erwarten die Firmen für die nächsten Monate eine weiter wachsende Auslandsnachfrage, so daß häufiger als bisher Produktionssteigerungen geplant werden.

Getragen wird diese Beurteilung sowohl von den Vorproduktherstellern als auch den Gebrauchs- und Verbrauchsgüterherstellern. Sie alle berichteten von einer befriedigenden Lage und recht positiver Nachfrageentwicklung.

Lediglich die Investitionsgüterindustrie spürt noch immer keine Klimaverbesserung, so daß sich die Erwartungen trotz einer etwas weniger ungünstigen Lagebeurteilung als im Vormonat wieder eingetrübt haben. Hierbei schlägt zu einem erheblichen Teil die schlechte Geschäftslage des Maschinenbaus und der Nutzfahrzeughersteller zu Buche. Von steigender Nachfrage berichteten die Sparten elektrotechnische Investitionsgüter sowie die Büro- und Informationstechnik.

Im Groß- und Einzelhandel hat sich zwar das Geschäftsklima, so das Ifo-Institut, aufgrund der ungünstigeren Einschätzung der aktuellen Lage etwas verschlechtert. Die Aussichten haben sich jedoch leicht aufgehellt. Im Einzelhandel dürfte das Umsatzniveau vom Oktober 1982 nicht ganz erreicht worden sein.

Besser als im Durchschnitt des Einzelhandels entwickelte sich wieder die Nachfrage bei den Großfirmen dieses Bereichs. Vor allem die Verbrauchermärkte und der Versandhandel berichteten von einer guten Geschäftslage. Die Warenhäuser bezeichneten sie nahezu einhellig als befriedigend. Hohe Erwartungen werden insgesamt an das bevorstehende Weihnachtsgeschäft geknüpft.

Das Bauhauptgewerbe beurteilte bei etwas verschlechterten Aussichten die derzeitige Lage als unverändert günstig. Die Bautätigkeit bewegte sich auf dem Niveau der vorangegangenen drei Monate ebenso wie die Reichweite der Auftragsbestände mit saisonbereinigt 2,6 Monaten.

SCHERING / Wieder Spitzendividende angekündigt

Hoher Zuwachs bei Pharma

PETER WEERTZ, Berlin

Die Schering-Gruppe, Berlin und Bergkamen, hat sich 1983 bisher trotz *erheblicher Belastungen weiter günstig* entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr wuchsen die Umsätze bis Ende September in der Gruppe um 2,4 Prozent und in der AG um 5 Prozent. Im Vorjahr hatte der Umsatz in der Gruppe 3,5 und in der AG 1,8 Mrd. DM erreicht.

Für das gesamte Jahr erwartet Finanzvorstand Klaus Pohle zwar wieder ein Ergebnis in Vorjahreshöhe, aber wegen der unterschiedlichen Entwicklung in den Unternehmenszweigen und auf den Weltmärkten ist er mittelfristig besorgt. Es kann jedoch für 1983 wieder mit einer Spitzendividende von 21 Prozent gerechnet werden.

Zufrieden ist Pohle mit dem Inlandsgeschäft, das sich belebt hat. Mit hohen Zuwachsraten haben auch die Unternehmenssparten Pharma (plus 5 Prozent) und Industrie-Chemikalien (plus 13 Prozent) abgeschnitten. Weniger zufrieden ist Pohle mit Pflanzenschutz und Galvanotechnik. Überschattet wird zudem der Unternehmensbereich Feinchemikalien vom Verlust der Tochtergesellschaft Diamalt AG. Hier drückt *die starke Konkurrenz aus Japan und* China.

Zum erstenmal haben andererseits die US-Töchter („früher als erwartet") zum Gruppen-Gewinn beigetragen. Auch mit dem Auslandsgeschäft in Österreich, der Schweiz und Fernost ist Pohle zufrieden. Doch in Lateinamerika gibt es weiterhin inflationsbedingte Verluste. Schließlich haben auch, wie erwartet, die Kosten für Forschung und Entwicklung zugenommen, die aber als Voraussetzung für zukünftige Erfolge angesehen werden.

Mit der Übernahme des britischen Pflanzenschutz-Herstellers FBC (Jahresumsatz rund 600 Mill. DM) in Hauxton ist es Schering gelungen, für den Konzern ein zweites Standbein auszubauen. Der Umsatz dieser Pflanzenschutzsparte bei Schering hat sich dadurch auf 1,2 Mrd. DM verdoppelt. Sie hat damit einen Anteil am Gruppenumsatz von etwa 30 Prozent, nur der Pharmaanteil ist noch größer.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Wirtschaftliche Jahresbilanz der Kommission

Gesetze behindern die Unternehmen

WILHELM HADLER, Brüssel

Das Gewicht des öffentlichen Sektors hat in den Volkswirtschaften der meisten europäischen Länder derartige Proportionen angenommen, daß Ersparnis und Investitionen immer stärker durch exzessive Steuern beeinträchtigt werden. Dies stellt die EG-Kommission in ihrer wirtschaftlichen Jahresbilanz 1983/84 fest.

Innerhalb von zehn Jahren – von 1973 bis 1983 – sind die öffentlichen Ausgaben danach im Durchschnitt der Gemeinschaft von 40 Prozent auf 52 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen, was einer durchschnittlichen Erhöhung um 1,2 Prozent jährlich entspricht. „Der relative Niedergang des produktiven Sektors hat ganz offensichtlich eine Verlangsamung der globalen Zunahme der Produktivität und Erzeugung gehabt und möglicherweise auch ungünstige Rückwirkungen auf die Investitionen der Unternehmen."

Hinzu kommt nach der Analyse der EG-Experten, daß sich die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben auf Ausgabenkategorien erstreckt hat, die – wie die sozialen Transferleistungen – nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum beitragen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für die Entwicklungshilfe und öffentliche Investitionen seien demgegenüber stark eingeschränkt worden und in manchen Fällen sogar absolut zurückgegangen.

Als weitere wichtige Schwachpunkte der europäischen Wirtschaft nennt die Kommission mangelhafte Fortschritte bei den strukturellen Anpassungen und den weitgehenden Stillstand der wirtschaftlichen Integration in der EG. Es scheine, daß das wirtschaftliche Wachstum auch dadurch gebremst worden sei, daß die Unternehmen der Gemeinschaft nicht voll die Vorteile hätten nutzen können, die ein europäischer Binnenmarkt eigentlich mit sich bringen müsse. Dies gelte vor allem für den Bereich der neuen Technologien und der Dienstleistungen.

Das Kommissionspapier verzeichnet jedenfalls einen „ernsthaften Rückstand" der EG gegenüber den USA und Japan bei der Einführung neuer Technologien und neuer Produktionsmethoden. Schwerer noch wiege, daß in Europa eine Vielzahl von Gesetzen und Reglementierungen die Unternehmen daran hindere, die Möglichkeiten von Produktivitätssteigerungen zu nutzen. Statt dessen würden nicht rentable Produktionseinheiten mit Subventionen und anderen staatlichen Hilfsprogrammen am Leben erhalten.

In den letzten zehn Jahren seien bei der wirtschaftlichen Integration nur noch sehr bescheidene Fortschritte gemacht worden, kritisiert die Kommission. So seien die öffentlichen Märkte noch immer weitgehend nationalen Unternehmen vorbehalten. Trotz des theoretisch existierenden freien Warenverkehrs seien die für den Warentransport von einem in ein anderes Land der EG erforderlichen Formalitäten ebenso schwerfällig – manchmal noch komplexer – wie bei Lieferungen in Drittländer.

Der Verwaltungsaufwand an den innergemeinschaftlichen Grenzen könne auf etwa 0,5 Prozent des BIP veranschlagt werden, was fast soviel ist wie die Gesamtkosten der europäischen Agrarpolitik.

DAIMLER-BENZ / Weiter Tauziehen im Aufsichtsrat

Kampfabstimmung um Vorsitz?

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Das seit längerer Zeit anhaltende Tauziehen im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG um die Nachfolge für den verstorbenen Vorstandsvorsitzenden Gerhard Prinz tritt nun offenbar in die entscheidende Phase: Dem sicheren Vernehmen nach soll auf einer Aufsichtsratssitzung am *kommenden Donnerstag, dem 1. De*zember, die Kür eines neuen Daimler-Benz-Chefs stattfinden.

Noch immer scheint aber Unklarheit darüber zu bestehen, wer das „Rennen" macht. Die bestehenden unterschiedlichen Ansichten zwischen der Kapital- und der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat konnten auch bei einer weiteren Gesprächsrunde zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die 28,5 Prozent des Daimler-Benz-Kapitals hält, und dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats Lucy nicht ausgeräumt werden.

Der Kapitalseite wird zugeschrieben, als Kandidat für den Vorstandsvorsitzenden Entwicklungschef Werner Breitschwerdt (56) zu favorisieren. Breitschwerdt trat bereits 1953 in die Daimler-Benz AG ein. 1960 wurde er mit der Leitung des Konstruktionsbüros für Pkw-Aufbauten betraut und 1973 wurde ihm der gesamte Verantwortungsbereich der Entwicklung von Pkw-Aufbauten und für die Stilistik von Pkw und Nutzfahrzeugen übertragen.

Demgegenüber scheint die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat auf ihrer Meinung zu beharren, daß Finanzchef Edzard Reuter (55), der auch lange Zeit für die Unternehmensplanung des Stuttgarter Automobilkonzerns verantwortlich zeichnete, der künftige erste Mann sein sollte.

Die Kapitalseite im Aufsichtsrat kann es offenbar nicht verwinden, daß Reuter sich zu einigen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen für ihre Begriffe allzu weit „aus dem Fenster lehnte". So gesehen könnte alles auf eine Kampfabstimmung hinauslaufen, obwohl von beiden Seiten die Zielsetzung bekannt ist, den neuen Vorstandsvorsitzenden möglichst mit einem einstimmigen Votum küren zu wollen.

Kooperation der GFC mit der TU Berlin

Wz. Berlin

Optimistisch ist die GFC AG für Computersysteme in der Medizin, Berlin, für die zukünftige Entwicklung. Das Unternehmen ist spezialisiert auf Programmentwicklungen (Software) für unterschiedliche Computersysteme in der medizinischen Labortechnik auf der Basis der nord*amerikanischen Computerfirma* Hewlett-Packard. Ein rascher Austausch von erarbeiteten Programmen ist durch die Koppelung von Computern in verschiedenen Entwicklungszentren wie West-Berlin und Houston/Texas gewährleistet. Im Vertrieb kooperiert GFC mit Nixdorf.

Vorstandsmitglied Jürgen Knipps begründet seine Zuversicht mit der Notwendigkeit des Austausches von Computersystemen untereinander. Allein für Laborcomputersysteme in Krankenhäusern wird das vorhandene Marktpotential auf 150 bis 200 Installationen in den nächsten Jahren geschätzt. Mit der Technischen Universität Berlin besteht ein Technologietransfer-Abkommen für Computeranwendungen in der Medizin.

An der Börse in München wurden im Oktober 40 Prozent des Aktienkapitals der Gesellschaft plaziert. Bei ei*nem Emissionskurs von 200 beträgt* der Aktienkurs gegenwärtig 470. Für 1983 wurde das Umsatzziel von 7,6 Mill. DM übertroffen. Mit der ersten Dividende wird für 1984 gerechnet.

STAHL-SERVICECENTER / Hoher Zuwachs

Glänzende Ergebnisse

dpa/VWD, New York

Trotz der noch immer nicht völlig überwundenen Absatzkrise der amerikanischen Stahlindustrie geht es den Stahl-Servicecentern im größten Industrieland der Erde glänzend. Faktoren wie die hohen Zinsen, die schwerste Nachkriegsrezession und die unsichere Absatzlage für die meisten Stahlverarbeiter haben den Service-Centern in den letzten Jahren einen großen Kundenzuwachs gebracht.

*Der Hauptgrund ist die vorsichtige*re Inventarpolitik der Maschinen-, Nutzfahrzeug- und Zubehörfirmen sowie anderer Stahlverarbeiter. Sie alle konnten sich während der schwersten Nachkriegs-Wirtschaftskrise keine kostspielige Stahl-Lagerhaltung mehr leisten, sondern verlagerten ihre Stahleinkäufe von den Stahlkonzernen auf die Servicecenter. Außerdem haben es viele Stahlverarbeiter aufgegeben, die Vorarbeiten wie das Schneiden, Aufspalten, Biegen und Formen von Blechen und Draht selbst vorzunehmen. Denn die Servicecenter haben in den letzten Jahren diese auf den Kundenwunsch abgestellten Arbeiten übernommen.

So ist es nicht verwunderlich, daß über die amerikanischen Stahl-Servicecenter inzwischen rund 20 bis 23 Prozent der gesamten Stahlproduktion der inländischen Stahlkonzerne vermarktet werden. Sie sind damit die größten Einzelkunden der Produzenten. In den ersten neun Monaten 1983 sind von den Servicecentern nach Schätzungen des American Iron and Steel Institute in Washington 10,25 Millionen Tonnen Stahl verkauft worden. Die Gesamtauslieferungen der Stahlindustrie lagen im gleichen Zeitraum bei 44,5 Millionen Tonnen.

„Wir repräsentieren 375 Firmen mit insgesamt 940 Servicecentern", erklärte Andrew G. Sharkey, Präsident des Steel Service Center Institute. Darunter befinden sich auch deutsche Stahlkonzerne wie Thyssen, Krupp und Klöckner, die in den USA eigene Servicecenter unterhalten.

„Wir haben mit unseren Firmen im letzten Jahr 12,97 Millionen Tonnen Stahl ausgeliefert. In diesem Jahr werden es 15,42 Millionen Tonnen *oder 20 Prozent mehr sein", schätzte* der Verbandspräsident. Er bezifferte das gesamte Umsatzvolumen der Servicecenter auf zehn bis zwölf Milliarden Dollar (zwischen 27 und 33 Milliarden DM). 1974 hatten die Servicecenter *ihr höchstes Auslieferungsvolumen* mit über 18,14 Millionen Tonnen erreicht. An diesen Rekord könnten die Betriebe laut Sharkey 1984 fast wieder herankommen.

Stärkere Nachfrage nach Baukrediten

dos, Oldenburg

Die Oldenburgische Landesbank (OLB) rechnet für 1983 wieder mit *einem zufriedenstellenden Abschluß*, obwohl im Vergleich zu den Vorjahren nur geringe Zuwachsraten erzielt wurden. So erhöhte sich die Bilanzsumme in den ersten neun Monaten nur um 2,6 (i. V. 5,6) Prozent auf 4,34 Mrd. DM. *Das gesamte Kundenkreditvolumen* wurde um 4,2 (4,7) Prozent auf 3,19 Mrd. DM ausgeweitet. Die stärkere Nachfrage nach Baufinanzierungen ließ die Ausleihungen an Kunden um 5,6 (6,4) Prozent auf 2,86 Mrd. DM ansteigen. Dagegen blieb die Nachfrage nach Investitionskrediten gering.

Auf der Passivseite nahmen die Kundeneinlagen nur um 2,1 Prozent auf 2,75 Mrd. DM zu. Davon entfielen auf Spareinlagen 1,55 Mrd. DM (plus 4,6 Prozent). Der Verkauf von Anleihen erhöhte sich um 21 Prozent auf 355 Mill. DM.

Die bisherige Gewinnentwicklung war nach Angaben der OLB von einer *„noch befriedigenden Zinsspanne"*, die allerdings leicht unter dem Niveau des Vorjahres lag, gekennzeichnet. Das zinsunabhängige Geschäft verlief bei einem Ertragsplus von 2,4 Prozent positiv. Betriebsergebnis und Brutto*gewinn erreichten nicht ganz den Vor*jahreswert. Für den Rest des Jahres rechnet der Vorstand nicht mehr mit einer bedeutenden Belebung des Geschäfts.

FERTIGBAU-INDUSTRIE / „Sehr guten Muts"

Geschäft hat sich belebt

J. BRECH, Hamburg

Bei der deutschen Fertigbau-Industrie hat sich das Geschäft in diesem Jahr deutlich belebt. Wie der Bundesverband Montagebau und Fertighäuser e. V. in Hamburg erklärt, gehen die gut 50 dem Verband angeschlossenen Mitgliedsfirmen „sehr guten Muts" in das kommende Jahr. Der Umsatzzuwachs werde voraussichtlich deutlich über dem Wachstum des Jahres 1983 liegen, das mit 10 bis 15 Prozent angenommen wird. Im Wohn- und Nichtwohnbau betrug der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres 11,1 Mrd. DM (plus 30,6 Prozent) und hat damit fast den Umsatz des ganzen Jahres 1982 erreicht (11,6 Mrd. DM). Im Umsatzzuwachs *sind durchschnittliche Preissteige*rungen von 3,5 bis 4 Prozent enthalten. Für 1984 sind nochmals Korrekturen von 4 Prozent geplant.

Nach Angaben des Verbands sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres 17 457 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienfertighäusern genehmigt worden. Das entspricht einem Bauvolumen von 3,3 Mrd. DM, das gut 33 Prozent über dem des Vorjahres liegt. Im Nichtwohnbau ist ein Bauvolumen von insgesamt 7,4 Mrd. DM genehmigt worden. Die Fertigbau-Industrie hält nach Angaben des Verbands bei freistehenden Einfamilienhäusern einen Marktanteil von rund 26 Prozent, bei Betriebsbauten von gut 48 Prozent.

Die günstigste Prognose für 1984 wird gestützt durch einen wesentlich verbesserten Auftragsbestand. Er reicht bei Einfamilienfertighäusern 6,3 Monate, bei Nichtwohnbauten 2,9 Monate. Die rund 28 000 Arbeitnehmer der Branche sind damit beschäftigt. Im Zuge der steigenden Bauaufträge hat die Industrie auch die Investitionstätigkeit intensiviert. Für dieses und das nächste Jahr sind jeweils 120 bis 140 Mill. DM vorgesehen.

Rentenmarkt / Heute kommt NRW-Anleihe

US-Zinssteigerung stört

Zinssteigerungsängste in den USA, für die der am Freitag bis auf 2,7150 DM gestiegene Dollarkurs ein Thermometer ist, verderben das Klima auch am deutschen Rentenmarkt. Außerdem hat die SMH-Affäre den Markt verstört. Die Disponeten bei den Banken riskieren weniger; sie sind kritischer bei der Auswahl der Adressen und bescheidener bei den Volumina ihrer Engagements geworden. Im übrigen wird der Markt derzeit etwas stärker durch Finanzierungen einiger Bundesländer in Anspruch genommen, was bei dem wenig freundlichen Umfeld zinssteigernd wirkt. Heute werden die Konditionen einer 800-Millionen-Anleihe Nordrhein-Westfalens bekanntgegeben. Man erwartet einen 8¼-Prozenter mit zehnjähriger Laufzeit. Bald darauf rechnet man mit einer Bundesanleihe. Ansonsten hat der Bund seinen '83er Bedarf finanziert. (cd.)

Emissionen	25. 11. 83	18. 11. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,76	7,72	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und *Kommunalverbände*	7,75	7,71	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,84	7,04	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,12	8,13	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,90	7,06	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,65	7,60	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,30	8,37	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,89	7,85	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,14	8,12	8,45	10,32	8,32

FRANKREICH / Der „rote Milliardär" sorgt für Agrarexporte in den Ostblock

In Moskau fast überall offene Türen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

So schwer es sich Frankreich mit seinen Industriegüterlieferungen in die Sowjetunion tut, so reibungslos klappt es bei den Lebensmitteln. Das verdankt man vor allem Jean-Baptiste Doumeng. Der überzeugte Kommunist, der sich vom Schafhirten zum Multimillionär hochgearbeitet hat, ist unter den Kapitalisten des Westens wohl der mit den besten Beziehungen zum Osten. Seine spektakulären Exporterfolge scheinen der Regierung in Paris deshalb einiges Entgegenkommen wert zu sein.

So enthüllte kürzlich der „Canard enchaîné", daß der „rote Milliardär" unlängst einen Steuernachlaß von immerhin 15 Millionen Franc erhalten hat. Kurz darauf wurde bekannt, daß die von Doumeng beherrschte Handelsgruppe Interagrar (Umsatz etwa 10 Milliarden Franc) mit der Sowjetunion einen neuen Weizenliefervertrag über 1,3 bis 1,5 Millionen Tonnen abgeschlossen hat. Dies entspricht etwa der Hälfte der gesamten französischen Getreideausfuhr in die UdSSR vom letzten Jahr.

Der Wert des zum derzeitigen Weltmarktpreis von 147 Dollar je Tonne abgeschlossenen Großauftrags beläuft sich auf 1,5 bis 1,7 Milliarden Franc. Zum Ausgleich der Differenz zwischen dem Weltmarkt- und dem Binnenpreis stellt die EG 50 Dollar je Tonne an Subventionen bereit. Allerdings hatte Doumeng schon häufiger Getreideexporte auch für andere EG-Länder in den Ostblock vermittelt. *Diesmal sind allerdings nur französische Firmen beteiligt.*

Auffällig ist, daß Moskau den Vertrag nicht wie sonst üblich mit mehreren Händlern ausgehandelt hat, um sie gegenseitig in Konkurrenz zu setzen. Hielt man mehr Schützenhilfe für Doumeng etwa deshalb für notwendig, damit dieser die leeren Kassen der KPF auffüllen konnte? Oder will man ihn für seine in letzter Zeit stark forcierte prosowjetische Kampagne belohnen?

Auch fragt man sich, warum die Sowjets Doumeng in die letzte Moskauer Sitzung der höchstamtlichen großen französisch-sowjetischen Kommission eingeschleust haben. Noch mehr Aufsehen erregte allerdings sein Rausschmiß durch Kommissionspräsidentin Edith Cresson, der französischen Außenhandelsministerin.

Dabei sollte er eigentlich die „kesse Cresse" als frühere Landwirtschaftsministerin ablösen – ein Plan, den Präsident Mitterrand aber schließlich *ablehnte. Bei den Agrarverhandlun*gen in Brüssel hätte Doumeng mit seinem polternden Auftreten Frankreich vielleicht manchen Ärger bereiten können. Auf seine Dienste will aber wohl auch die sozialistische Regierung *nicht* verzichten.

So wurde Doumeng kürzlich in den Verwaltungsrat der französischen Exportkreditversicherung Coface berufen. Schließlich verfügt er nicht nur über die Interagrar, sondern über ein ganzes Imperium von Außenhandelsgesellschaften. Selbst der bürgerliche Staatspräsident Giscard d'Estaing hatt sich mehrfach seiner Vermittlung bedient.

VERMÖGENSBILDUNG / Gesetz wird etwas teurer

Kleinbetriebe begünstigt

GISELA REINERS, Bonn

Am Mittwoch wird der Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP einige Änderungen am Vermögensbildungsgesetz beschließen. Zehn Tage später kann es dann zusammen mit den Haushaltsbegleitgesetzen im Bundestag verabschiedet *werden. Die Kosten für den Bundes*haushalt, die auf 150 (1984) bis 570 Millionen (1987) aus dem Mehrwertsteueraufkommen geschätzt werden, erhöhen sich dadurch um rund sechs bis sieben Millionen Mark.

Insgesamt hatte es elf Änderungsanträge gegeben, davon vier rein redaktioneller Natur. Von den verbliebenen sieben fallen ins Gewicht: die Ausdehnung des Anlagenkatalogs als Anpassungslösung für die sogenannten Pionierunternehmen, die Nullförderung und die Erweiterung der Kleinbetriebsvergünstigung. Anträge zur allgemeinen Erweiterung des Anlagenkatalogs sowie zur Senkung der Festlegungsfrist für „unechte Bausparer" von zehn auf sieben Jahre stießen bei Finanzminister Gerhard Stoltenberg auf Ablehnung.

Die Pionierunternehmen hatten in früheren Jahren schon Beteiligungen für ihre Mitarbeiter eingeführt, allerdings zu Konditionen, die nicht unter das neue Gesetz gefallen wären. Um jedoch auch für sie die Steuervorteile gewähren zu können, sollen Genußrechte als Anlageform zugelassen werden, die ohne wertpapiermäßige Verbriefung durch Genußscheine ausgegeben worden waren. Dies traf beispielsweise für die Mitarbeiter des Bertelsmann-Konzerns zu. Weiter sollen Beteiligungen in Form von Genußscheinen, stillen Beteiligungen oder Darlehen an gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften (co op, Edeka) ermöglicht *werden. Stellt ein Arbeitgeber zweck*gebundene Mittel zur Verfügung, damit sich seine Mitarbeiter über eine Gesellschaft indirekt an seinem Unternehmen beteiligen können, dann gilt eine Anpassungsfrist von drei Jahren.

Die Nullförderung wird auf Ratenspar- und Lebensversicherungsverträge erweitert. Danach können Arbeitnehmer die zusätzlichen 312 Mark auf diese Verträge zwar einzahlen, erhalten aber keine Sparzulage: Die ist Kapitalbeteiligungen vorbehalten. Bei der Kleinbetriebsvergünstigung kommen Betriebe mit bis zu 60 Mitarbeitern in den Genuß der Leistungen nach dem Gesetz. Dabei brauchen bei der Mitarbeiterzahl die Lehrlinge, aber neuerdings auch die Schwerbehinderten nicht eingerechnet zu werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte schon vor der *Anhörung deutlich gemacht, daß* mit tarifvertraglichen Initiativen nicht gerechnet werden könne. Das Gesetz soll zum 1. Januar 1984 in Kraft treten.



INTERMETALL / Chips für digitales Fernsehen

Kräftiges Wachstum geplant

WERNER NEITZEL, Freiburg

Die Intermetall Halbleiterwerk der Deutsche ITT Industries GmbH, Freiburg, einer der führenden Chip-Hersteller, steuert im Jahre 1984 die Umsatzmarke von 500 Mill. DM an, was auf eine Steigerungsrate von rund 25 Prozent hinausläuft.

Einer der wesentlichsten Impulsgeber für dieses kräftige Wachstum ist nach Angaben von Geschäftsführer Lubo Micic, der zugleich als Managing Director an der Spitze der gesamten ITT-Semiconductors-Gruppe (Umsatz 1983 rund 200 Mill. Dollar und weiteren Werken in Frankreich, Italien und USA) steht, die große Nachfrage nach von Intermetall entwickelten und produzierten hochintegrierten Schaltungen für das digitale Fernsehkonzept „Digit 2000".

Mit diesem beginnt eine neue Ära in der Fernsehempfängertechnik. In Freiburg wurde mit Investitionen von 60 Mill. DM ein neues Technologiezentrum errichtet und die Großserienfertigung für derartig hochintegrierte Chips gestartet. Für das kommende Jahr rechnet das Unternehmen, das seinen zeitlichen Vorsprung in dieser Technologie (von den etwa 500 Bauelementen im Farbfernseher fallen durch diesen Integrationsschritt rund 300 fort) auf etwa zwei Jahre veranschlagt, mit der Produktion von rund 2 Mill. Bausätzen (Kilts).

Im ablaufenden Jahr 1983 erreicht Intermetall, die in den Werken Freiburg und Nürnberg rund 1600 Mitarbeiter beschäftigt und in ihrer Fertigung hochautomatisiert ist, eine Umsatzsteigerung von 17 Prozent auf 400 Mill. DM. Der Exportanteil liegt über 60 Prozent. Vom Halbleiter-Umsatz entfallen 55 Prozent auf Bauelemente für die Unterhaltungselektronik, etwa 20 Prozent gehen in die Nachrichtentechnik, an die 10 Prozent in die Automobil-Elektronik und der Rest in sonstige Bereiche.

Für Forschung und Entwicklung wurden in den letzten fünf Jahren bei Intermetall über 120 Mill. DM ausgegeben. Die Investitionen beliefen sich in jenem Zeitraum auf über 200 Mill. DM. Für die nächsten fünf Jahre sind weitere Investitionen von 300 Mill. DM geplant.

JCB BAUMASCHINEN / Harter Wettbewerb macht Überleben immer schwieriger

Durch klares Programm gut gerüstet

DANKWARD SEITZ, Köln

Auf weiterhin harte Zeiten, wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie in den vergangenen beiden Jahren, richtet sich die JCB Baumaschinen GmbH, Köln, ein. Es ist die Vorsicht, die Horst Bock, Geschäftsführer der deutschen Tochter des britischen JCB-Konzerns, trotz wieder günstigerer Baumaschinen-Konjunktur im laufenden Jahr dies ratsam erscheinen läßt. Der äußerst harte Wettbewerb, der das Überleben immer schwieriger mache, werde noch lange die Branche belasten.

Eine große Gefahr für den Markt sieht Bock darin, daß der Trend eindeutig weg vom Großgerät geht, denn auch in Zukunft würden in der Bundesrepublik größere Erdbauvorhaben so gut wie nicht mehr durchgeführt. Viele Hersteller hätten diesen Strukturwandel noch nicht erkannt und würden weiter „Lagerbestände mit Antiquitätencharakter" aufbauen sowie noch an einer zu umfangreichen Produktpalette festhalten.

Aus diesem Grunde und um die eigene finanzielle Kraft nicht zu schwächen, sieht Bock, auf den Fall IBH angesprochen, in JCB keinen potentiellen Käufer von Firmenteilen des in große Schwierigkeiten geratenen Mainzer Baumaschinen-Konzerns. Man habe zwar „Augen und Ohren am Markt", sei jedoch, wenn überhaupt, nur an „gesunden Teilen" interessiert, die zudem noch gut zum eigenen Produktprogramm (Baggerlader, Radlader und Teleskopstapler) passen müßten.

Gerade weil sich JCB auf ein klares Produktprogramm mit kleinen und mittleren vielseitig einsetzbaren Baumaschinen konzentriert habe, die vor allem bei den Verkabelungsprojekten der Städte gefragt seien, sieht sich Bock für die Zukunft gut gerüstet.

Für das laufende Jahr erwartet Bock für die deutsche JCB bei einem Absatz von etwas mehr als 300 Geräten einen Umsatz von gut 25 Mill. DM und einen gegenüber 1982 leicht verbesserten Bruttogewinn. Schon für das Vorjahr hatte er sich dieses Umsatzziel gesteckt, aber einen Rückgang von 3 Prozent auf etwas über 20 (21) Mill. DM hinnehmen müssen.

Zufrieden zeigte sich Bock dennoch damit, weil der Gesamtmarkt im Durchschnitt eine Absatzeinbuße von rund 33 Prozent verzeichnete, während JCB mit 220 verkauften Maschinen „nur" um 17 Prozent zurückstecken mußte. Den JCB-Anteil am deutschen Markt für Baggerlader, der 1983 mit etwa 1050 Stück (plus 43 Prozent) wieder das Niveau von 1978 erreichen dürfte, liege derzeit bei 21,5 (21,4 nach 17,5) Prozent.

Für 1984 zeigte sich Bock recht zuversichtlich in der Bundesrepublik 360 bis 400 Maschinen absetzen und einen Umsatz von 29 bis 30 Mill. DM erreichen zu können. Der Bestand bei den 20 Händlern sei äußerst gering, zudem könne man begünstigt durch das Wohnungsbau-Programm der Bundesregierung von einem um 2 bis 4 Prozent wachsenden Marktvolumen ausgehen.

Die britische Mutter in Rochester wird Angaben von Bock 1983 rund 7100 (6000) Maschinen produzieren und einen Umsatz von umgerechnet 520 (450) Mill. DM erzielen. Weltweit (ohne USA) liege ihr Marktanteil bei Baggerladern damit bei 25,4 (mit USA: 15,7) Prozent.

NOVOPAN / Neues Spanplattenwerk für 25 Millionen

Produktion steigt wieder

DOMINIK SCHMIDT, Göttingen

Die seit Jahren anhaltende Talfahrt der deutschen Spanplattenindustrie ist 1983 gestoppt worden. Erstmals seit 1980 rechnet die Branche wieder mit einer steigenden Produktion. Olaf Glunz, geschäftsführender Gesellschafter der zur Glunz-Gruppe gehörenden Deutschen Novopan KG, Göttingen, geht davon aus, daß in der Bundesrepublik im laufenden Jahr 5,6 (1982: 5,49) Mill. Kubikmeter Spanplatten gefertigt werden. Dieses Ergebnis liege aber noch deutlich unter dem von 1980 mit 6,24 Mill. Kubikmeter. Der Export dürfte mit 0,7 Mill. Kubikmeter fast wieder das Niveau des Vorjahres erreichen; gleichzeitig erhöhe sich aber der Spanplattenimport auf 0,9 (0,76) Mill. Kubikmeter. Der Anteil der deutschen Hersteller an der europäischen Produktion liegt bei 34 Prozent.

Zuversichtlich beurteilt Glunz die Entwicklung der eigenen Gruppe, zu der neben Novopan die Firmen Greco in Meppen, Emsland Spanplatten in Papenburg, Agepan in Heusweiler, Triangel in Sassenburg, Nordprofil in Hamburg und Glunz Bauelemente in Papenburg gehören. Hinzu kommen sieben Handels- und Dienstleistungsunternehmen im west- und norddeutschen Raum. Innerhalb der Gruppe werden rund 1800 Mitarbeiter beschäftigt. Den Gruppenumsatz beziffert Glunz auf etwa 500 Mill. DM.

Die Deutsche Novopan, an der Glunz 1979 die Mehrheit erworben hatte, rechnet 1983 mit einer Produktion von 190 000 Kubikmeter und einem Umsatz von rund 78 Mill. DM. In dem Werk in Göttingen werden 230 Mitarbeiter beschäftigt. Im Rahmen der derzeit vorbereiteten Neuordnung der Glunz-Gruppe soll die Rechtsform der Novopan in eine GmbH geändert werden.

Das Unternehmen nimmt jetzt das größte Umbauprojekt seiner Geschichte in Angriff. Die beiden vorhandenen Form- und Pressenstränge, Kernstück der Spanplattenfertigung, sollen durch eine moderne Siempelkam-Bandanlage und ein automatisches Reifelager mit angeschlossener Schleifstraße und Abstapelsystem ersetzt werden. Die Investitionen dafür werden mit 25 Mill. DM veranschlagt.

BASF FARBEN + FASERN / Standort Hamburg

Wird Werk geschlossen?

JAN BRECH, Hamburg

Die BASF Farben + Faser AG, Hamburg, die mit acht Werken zu den führenden deutschen Lack- und Farbenherstellern zählt, plant, ihr Werk in Hamburg Wandsbek, die frühere Glasurit-Werke Max Winkelmann AG, zu schließen und den Sitz der Gesellschaft nach Münster-Hiltrup zu verlagern. Eine endgültige Entscheidung, so heißt es, soll Anfang nächsten Jahres fallen. In einer Betriebsversammlung hat der Vorstand des Unternehmens aber keinen Zweifel daran gelassen, daß eine Aufgabe des Standorts Hamburg aus betriebswirtschaftlicher Sicht unausweichlich sein werde. Die Verlagerung soll im Fall einer Entscheidung gegen Hamburg Ende 1985, Anfang 1986 vollzogen werden.

Aus dem Hamburger Werk ist bereits im Herbst dieses Jahres aus bautechnischen Gründen die Produktion von Coil-Coating-Lacken nach Münster verlagert worden. Betroffen waren 45 Mitarbeiter. In Wandsbek werden zur Zeit noch Blechemballagen-Lacke (Produktionswert rund 40 Mill. DM) hergestellt. Diese Produktion, betont der Vorstand, reiche aber nicht mehr aus, um die Kosten des Standorts zu tragen. Andererseits sei die Aufnahme einer anderen Produktion wegen der stagnierenden Märkte bei Lacken und Farben nicht möglich. Von den Maßnahmen nicht betroffen ist das zweite Hamburger BASF-Werk im Stadtteil Billbrook.

In Wandsbek werden zur Zeit 390 Mitarbeiter beschäftigt, davon 180 in der Produktion, 210 in der Verwaltung. Mehr als der Hälfte aller Mitarbeiter soll ein Arbeitsplatz in Münster angeboten werden. Mitarbeiter über 55 Jahre können vorzeitig pensioniert werden, so der Vorstand.

Die Farben- und Lackgruppe des Chemiekonzerns BASF hat im vergangenen Jahr rund 1,4 Mrd. DM umgesetzt. Beschäftigt werden rund 6000 Mitarbeiter. Als Jahresüberschuß wurden knapp 70 Mill. DM ausgewiesen. Auch dieses Jahr schreibe die Gruppe mit schwarzen Zahlen, erklärte der Vorstand.

LEITENDE ANGESTELLTE / Kampf um eine eigenständige soziale Gruppe

Ausschüsse rechtlich verankern

KAREN SÖHLER, Bonn

Die leitenden Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland, eine Minderheit im Meer der Beschäftigten, bemühen sich seit Jahren darum, als eigenständige soziale Gruppe anerkannt zu werden. Schon 1951 gründeten sie die Union der Leitenden Angestellten (Ula), die Spitzenorganisation der deutschen Führungskräfte. Unter diesem Dach haben sich sieben Mitgliedsverbände vereint, wobei der Ula-Verband der angestellten Akademiker und Leitenden Angestellten der chemischen Industrie (VAA) das meiste Gewicht in den Zusammenschluß einbringt. Denn mit 20 000 Mitgliedern stellt dieser Unterverband gut die Hälfte aller Mitglieder – etwa fünf Prozent der führenden Arbeiterschaft. So wundert es nicht, wenn der VAA häufig als Sprachrohr der leitenden Angestellten auftritt.

Auf möglichst viele offene Ohren soll dabei vor allem eine Forderung stoßen: die rechtliche Anerkennung der Sprecherausschüsse. Zwar hätten sich die seit mehr als zehn Jahren bestehenden, freiwillig gebildeten Gremien bewährt, erklärte Winfried Wiegräbe, zweiter Vorsitzender der VAA, gegenüber der WELT. Aber eine umfassende frühzeitige Benachrichtigung über mittelfristig anstehende Entscheidungen im Unternehmen fehlte in den meisten Fällen. Konsequenz: Die leitenden Angestellten stehen vor vollendeten Tatsachen. Eine gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse hingegen ermöglichte es, die Führungskräfte in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen. In diesem Zusammenhang betonte Wiegräbe allerdings, daß es nicht darum gehe, einen Betriebsrat für leitende Angestellte zu schaffen.

Neben diesem die Betriebsverfassung betreffenden Anspruch rangiert nahezu gleichwertig die Forderung nach einer bestimmten Durchführung des Mitbestimmungsrechtes. Bislang ist es im allgemeinen üblich, daß in Unternehmen mit mehr als 8000 Mitarbeitern Wahlmänner die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat bestimmen, wobei das Verhältniswahlrecht angewandt wird. Dieses Verfahren entspricht nach Meinung der leitenden Angestellten weder den demokratischen noch den ordnungspolitischen Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland. Sie halten daher grundsätzlich eine Urwahl für die angemessenere Methode.

Nun läßt sich die Urwahl in Gruppen oder gemeinsam durchführen. Der Verband sieht mehr Gerechtigkeit in einer Gruppenwahl. Denn bei diesem Verfahren wählen Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte jeweils ihre eigenen Vertreter in den Aufsichtsrat. Der Vorteil der Kombination „Urwahl in Gruppen" ist, daß Minderheiten nicht in den Sog der Masse geraten, sondern wirklich von selbstbestimmten Repräsentanten vertreten werden. Ob diese schon seit langem bestehenden Forderungen auf fruchtbaren Boden fallen, läßt sich trotz Regierungswechsel nicht sagen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Otto H. Jacobs: Internationale Unternehmensbesteuerung, C. H. Beck Verlag, München 1983, 575 S., (Ln.), 128 Mark.

Die Neuerscheinung untersucht die Möglichkeiten und Methoden zur Vermeidung von Doppel- und Minderbesteuerungen, die ein deutsches Unternehmen bei der Gestaltung seiner Auslandsbeziehungen ausnutzen kann. Die materiellen Grundlagen der internationalen Unternehmensbesteuerung bilden den ersten Teil der Darstellung. Die in- und ausländischen Folgen der verschiedenen Handlungsalternativen zeigt der sehr ins Detail gehende zweite Teil. Praktische Beispiele und Gegenüberstellungen verdeutlichen die steuerlichen Belastungsdifferenzen, die wiederum Grundlage für eine steueroptimale Gestaltung der unternehmerischen Auslandsbeziehungen sind. Mit einmaligen Besteuerungssachverhalten beschäftigt sich der dritte Teil und mit verfahrensrechtlichen Fragen der vierte und abschließende Teil.

Bärmann/Pick/Merle: Wohnungseigentumsgesetz, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1037 S., (Ln.), 148 Mark.

Wohnungseigentum ist zu einer Massenerscheinung geworden. Die Vielfalt der aufgetretenen Erscheinungsformen bei Begründung, Bau und Verwaltung von Eigentumswohnungen führte dazu, daß sich in zunehmender Zahl Rechtsprobleme stellten und zu gerichtlichen Entscheidungen führten. Dabei war die rechtliche Konstruktion des Wohnungseigentums außer Frage, hingegen die innere Organisation der Eigentümergemeinschaften Stein des Anstoßes. Probleme ergeben sich auch aus den der Errichtung von Eigentumswohnungen zugrundeliegenden rechtlichen Verträgen und ihrer Abwicklung, sowohl was den Erwerb vom Bauträger als auch was die Bauherrenmodelle betrifft. Dieser Teil wurde von Grund auf neu formuliert, das Sachregister wurde erweitert und erleichtert den Zugang zu den Einzelbestimmungen, die im Licht der neuesten Rechtssprechung (Stand Anfang 1983) erläutert sind.

REPUBLIK KOREA

Ihr hundertjähriges Jubiläum feiern in diesen Tagen die deutsch-koreanischen Beziehungen. Es begann mit einem Freundschaftsvertrag, den der Hof mit dem Deutschen Reich schloß, und heute sind die Beziehungen eng, obwohl deutsche Investitionen sich eher bescheiden ausnehmen. Grund dafür gibt es nicht. Auch die Disziplin, mit der das Land schwere Schläge hinnahm, zeugt von seiner Kraft.

Chun konnte Zweifel an seiner Aufgabe zerstreuen

Von MANFRED NEUBER

Südkorea hat die schweren Schicksalsschläge der vergangenen Monate in disziplinierter Haltung überwunden. Die Trauer um die Opfer kommunistischer Gewaltakte stärkte den Gemeinschaftssinn und schuf eine besondere Solidarität zwischen dem Volk und der Führung.

Wenn die Feinde des Landes das Gegenteil erreichen wollten, haben sie sich *getäuscht. Nach dem Abschuß* des koreanischen Verkehrsflugzeuges mit 269 Menschen an Bord durch die Sowjets und nach dem Attentat auf die Regierungsdelegation in Birma, wo durch Agenten Nordkoreas zwanzig Personen ums Leben kamen, gewann Seoul auch an Sympathie draußen in der Welt.

Der kürzliche Staatsbesuch von US-Präsident Ronald Reagan in Südkorea trug wesentlich dazu bei, die Stellung des Staatschefs Chun Doo Hwan zu festigen. Indem die USA ihre Sicherheitsgarantien *für* Seoul bekräftigten, schreckten sie den potentiellen Aggressor im Norden von einem Überfall ab.

In der Bevölkerung hält sich jedoch Argwohn über ihre Regierung. Nach konfuzianischer Denkschule können *die Herrscher – auch ohne eigenes* Verschulden – von den Göttern verlassen sein. Sie werden dann zu einer Bürde für die Untertanen und verlieren das „Mandat des Himmels" zum Regieren.

Gilt das auch für Präsident Chun? Daß er dem Attentat in Rangun durch eine glückliche Fügung entging, läßt eher die Deutung zu, er sei durch die Vorsehung gerettet worden. Durch sein entschlossenes Handeln in ernsten Krisenfällen konnte er viele Zweifel an seiner geschichtlichen Aufgabe zerstreuen.

Von den Göttern verlassen?

Nach eigenem Bekunden will Chun das Land aus der autoritären Herrschaft in eine demokratische Ordnung führen. Darin ist er jetzt von Präsident Reagan bestärkt worden, der in Seoul erklärte: „Das würde ein unschätzbar wertvolles Erbe für das koreanische Volk sein."

Der Fallschirm-Jäger General Chun kam 1980 durch einen „kalten Putsch" an die Macht, nachdem Präsident Park im Oktober 1979 vom eigenen Geheimdienst ermordet worden war. Chun will nach Ablauf seiner Amtszeit im März 1988 eine „verfassungsmäßige *Übergabe der Regierungsgewalt*" garantieren.

Politische Beobachter in Seoul sehen fürs erste keine personelle Alternative. Solange das Parlament nur eine untergeordnete Rolle spielen kann und die Opposition gegen das Regime am kurzen Zügel gehalten wird, können sich kaum Anwärter auf die Nachfolge entfalten. Wann kommt die Einsicht, daß deshalb Lockerungen nötig sind?

Gegenwärtig stehen noch etwa 300 Politiker unter dem Verbot öffentlicher Betätigung. Die Angaben über die Zahl politischer Häftlinge, vorwiegend Studenten, schwanken zwischen 400 und 1000. Die Presse befleißigt sich einer Selbstzensur, und Arbeitnehmer-Vertretungen, die als Gewerkschaften gelten können, gibt es *nicht*.

Verglichen mit der Anfangsphase des Chun-Regimes, als die Studenten-Revolte in Kwangju blutig niedergeschlagen wurde, hat es in jüngster Zeit einige ermutigende Entwicklungen gegeben. So wurden in August mehr *als hundert politische Gefangene* freigelassen, und eine ähnlich große Anzahl von Politikern unterlegt seither keinen Beschränkungen.

Westliche Diplomaten glauben, daß Seoul ohne die Rückschläge der zurückliegenden Monate auf diesem Wege *schneller vorangeschritten* wäre. Man erwartet weitere Erleichterungen, ist sich aber auch bewußt, daß der Test für den Willen zur Liberalisierung darin besteht, ob auch die Oppositionsführer Kim Young Sam und der im Exil lebende Kim Dae Jung einbezogen werden.

Über die zugelassene Opposition in der Nationalversammlung wird neuerdings ausführlicher in der Presse berichtet. So erfährt die Öffentlichkeit über deren Forderung nach einer Amnestie für politische Gefangene und nach der Direktwahl des Präsidenten durch das Volk.

Im Jahre 1985 stehen Wahlen zur Nationalversammlung an. Sie könnten zu einem Markstein in Richtung eines demokratischen Wandels in Südkorea werden. Im Hinblick auf internationale Großveranstaltungen, von der Jahrestagung der Interparlamentarischen Weltunion im vorigen Monat bis hin zu den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul, dürfte die *Regierung an weltweitem* Ansehen interessiert sein.

Die Kabinettsneubildung, die nach dem Blutbad in Rangun notwendig wurde, hat nach allgemeinem Eindruck an dem wirtschaftspolitischen Kurs einer Verringerung des Staatsanteils an der Volkswirtschaft mit gleichzeitiger Ausdehnung des privaten Unternehmertums sowie der Liberalisierung des Außenhandels nichts geändert.

Mit diesen Leitlinien für eine freie Marktwirtschaft könnte Südkorea bis Ende der achtziger Jahre einen Durchbruch in seiner Entwicklung erreichen, so wie ihn der Nachbar Japan vor fünfzehn Jahren schaffte. Zunächst konnte eine Vertrauenskrise vermieden werden, *der nach dem Tod führender* Minister der Wirtschaftsequipe befürchtet wurde.

In Südkorea, das einige Jahre der Stagnation hinter sich hat, lernt man aus früheren Fehjlern. So war die Mitte 1980 angeordnete Umstrukturierung der Wirtschaft ein Fehlschlag, und auch der 1981 entworfene Fünfjahresplan schien in der ursprüglichen Form zu scheitern, weil der Präsident damals mehr auf militärische Berater als auf zivile Experten hörte.

Bemüht um Kapital und fremdes Know-how

Die Wende zum Besseren kam mit einer Regierungsumbildung 1982, als hochkarätige Fachleute in die Wirtschaftsressorts rückten. Sie zögerten nicht lange, irreale Vorstellungen im Fünfjahresplan zu ändern. Mitte dieses Jahres, nach einem weiteren Revirement, *stellten sich die Zeichen* wieder auf Aufschwung.

Seoul bemüht sich um mehr ausländisches Kapital und Know-how, um seine Wettbewerbsfähigkeit bei hochentwickelten Erzeugnissen auf dem Weltmarkt zu verbessern. Gleichzeitig *muß es dazu übergehen, den* heimischen Markt für ausländische Waren mehr zu öffnen.

Während die Diplomatie eine wichtige Rolle dabei spielt, die Rohstoffzufuhr zu sichern und neue Absatzmärkte für koreanische Erzeugnisse in *Asien und Afrika zu gewinnen, soll die* Zahlungsbilanz durch zwei dringende Vorhaben verbessert werden: eine Leistungssteigerung der Landwirtschaft, um Einfuhren von Lebensmitteln einzusparen, und einen Ausbau der Kernenergie-Anlagen, um die Einfuhren an Rohöl *reduzieren und Devisen sparen zu können.



Korea im Herbst, Nebel verwandeln die Landschaft in zarte Aquarelle Foto: KLAUS KUGLER

Seoul rechnet mit Zuwachs von 9,9 Prozent

Von FRED DE LA TROBE

Die Wirtschaftspolitiker Südkoreas haben drei vorrangige Ziele im Visier: fortgesetztes hohes Wachstum, Preisstabilität und eine verbesserte Einkommensverteilung.

Der *erste Zielpunkt ließ sich mit* einer realen Zuwachsrate von 9,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres schon vorläufig erreichen. 1982 hatte das Wachstum 5,8 Prozent betragen. Für die Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr waren vor allem die steigenden Exporte und der inländische Bauboom, aber auch ein noch kräftiger Privatkonsum verantwortlich.

Auch die zweite Zielsetzung hat sich bisher verwirklichen lassen, die Wirtschaftspolitiker bekamen die Preisentwicklung gut in den Griff. Die Verbraucherpreise lagen im September um nur 2,3 Prozent über dem Stand des gleichen Vorjahresmonats, die Großhandelspreise sogar um 0,4 Prozent niedriger. Die Nominallöhne haben sich im ersten Halbjahr 1983 um durchschnittlich 12 Prozent erhöht, nach wie vor ist aber die Einkommensverteilung durch außerordentlich große Gegensätze gekennzeichnet.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Südkorea hatten bis Ende 1982 einen Wert von 3,6 Milliarden Mark erreicht. Davon entfielen reichlich zwei Drittel auf Japan und die USA, während die Bundesrepublik Deutschland nur mit einem kleinen Betrag von *62 Millionen Mark beteiligt* ist. Die koreanischen Investitionen im Ausland belaufen sich bisher auf eine Summe von 918 Millionen Mark.

Die Exporte waren 1982 nur um knapp zwei Prozent gestiegen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erhöhten *sie sich aber um fast* 7 Prozent, während gleichzeitig die Einfuhren um 4,2 Prozent zunahmen. Das Defizit der Handelsbilanz kam in dieser Periode auf 3,1 Milliarden Mark oder ein Fünftel weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Zwei Drittel kommen aus USA und Japan

Die sinkenden Ölpreise und eine gute Ernte, die zu geringeren Getreideimporten führte, verhinderten eine Zunahme des Defizits der Handelsbilanz. Den Exporten kam die Preisstabilität im Lande und eine De-facto-Abwertung des gleitenden Won um etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr zugute. So hat sich auch die Wettbewerbsstärke der südkoreanischen Exportindustrie gegenüber Taiwan, Singapur und Hongkong wieder erhöht.

Mit dem sinkenden Fehlbetrag der Handelsbilanz ist in den ersten neun Monaten 1983 auch das Leistungsbilanzdefizit um 29 Prozent auf 3,5 Milliarden Mark zurückgegangen. Im ganzen Jahr 1982 belief sich der Fehlbetrag auf 6,5 Milliarden Mark. Die Devisenreserven hatten Ende September einen Wert von 16,4 Milliarden Mark. Das waren 1,7 Mrd. Mark weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Um eine Konjunkturüberhitzung und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz zu verhindern, will die Regierung versuchen, den Privatkon*sum zu drosseln und die Staatsausga*ben einzuschränken. Steuervergünstigungen beim Einkauf kurzlebiger Konsumgüter werden rückgängig gemacht. Durch Einwirkung auf die Tarifpartner soll ferner erreicht werden, daß die Lohnerhöhungen im nächsten Jahr auf fünf Prozent begrenzt bleiben. Regierungsbeamte und -angestellte müssen 1984 einen Gehaltsstopp hinnehmen.

Im kommenden Jahr soll auch der Staatshaushalt auf der Höhe des diesjährigen von 35 Milliarden Mark gehalten werden. Da an den Verteidigungsausgaben nicht gerührt wird, müssen öffentliche Projekte beim Wohnungsbau und der Anlage von Eisenbahnstrecken, Straßen und Häfen gestrichen werden. Die Regierung will auch die Währungspolitik flexibel handhaben, um finanzielle Engpässe zu vermeiden.

Statt an eine Ausweitung der Geldversorgung um 12 Prozent, wie am Jahresanfang geplant, ist jetzt eine Zunahme um 16 Prozent vorgesehen. *Diese Grenze wird aber voraussicht*lich überschritten werden, da schon Ende Juli eine Expansion von 19 Prozent zu verzeichnen war.

Als zuverlässiger Zahler bekannt

Südkorea ist gegenwärtig das viertgrößte Schuldnerland der Welt, in internationalen Bankkreisen ist die Republik aber als zuverlässiger Zahler bekannt. Die gesamten Auslandsschulden des Landes belaufen sich auf 101 Milliarden Mark, die Schuldendienstquote (mittel- und langfristig) beträgt 15,5 Prozent.

Das koreanische Entwicklungsinstitut (KDI) hat sich allerdings kürzlich besorgt über die Höhe der Verpflichtungen geäußert, die 57 Prozent des *Bruttosozialprodukts* ausmachen.

Das KDI sieht aber die Wachstumsaussichten der koreanischen Wirtschaft in einem günstigen Licht: Es schätzt die durchschnittliche reale Zuwachsrate in den Jahren zwischen 1983 und 1990 mit 7,5 Prozent ein. Selbst bei einer Zunahme protektionistischer Abwehrmaßnahmen gegen *Lieferungen aus Korea könnten* Exporteinbußen vorübergehend durch verstärkte Nachfrage aus dem Inland ausgeglichen werden. Im Bereich des Wohnungsbaus, der Erziehung, des Verkehrswesens und anderen Bereichen gibt es noch große Möglichkeiten *für öffentliche* und *private* Investitionen.

SEOUL / Für die Sommerspiele 1988 krempelt sich eine Stadt um

35 Mio. Bäume werden gepflanzt, dann ist man für Olympia gerüstet

Fast jeder vierte der rund 40 Millionen Einwohner Südkoreas lebt in der Hauptstadt Seoul. Sie ist damit – je nach Bewertungskriterium – die dritt- oder siebentgrößte Metropole der Welt. Bei einem jährlichen Zuwachs von vier Prozent wird die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 auf fünfzehn Millionen anschwellen.

Der naive Stolz vieler Koreaner über das dynamische Wachstum ist noch kaum durch Sorgen über die Umweltprobleme getrübt. Aber es gibt auch erste warnende Stimmen wie die des Universitätsprofessors Rhee Chong Ik, der befürchtet: „Vieles wächst schneller, als für uns gut sein kann."

Seoul ist eine riesige Baustelle. Tag und Nacht wird an einem ausgedehnten U-Bahn-Netz gearbeitet, für das 4,6 Milliarden Mark aufgewandt werden. Es soll in zwei Jahren fertig sein. So lange müssen die Seouler noch mit riesigen Umleitungen und Stauungen leben.

Vor dreißig Jahren, am Ende des Korea-Krieges, lag Seoul in Schutt und Asche. Was bisher beim Wiederaufbau geleistet wurde, verdient Bewunderung. Was aus Seoul in den nächsten Jahren noch werden soll, ist beinahe unvorstellbar, aber wird mit Sicherheit erreicht.

Eine starke Regierung zieht mit fester Hand ihre grandiosen Pläne durch. Internationale Großereignisse sind dabei die Triebfeder: die Asiatischen Spiele 1968 und die Olympischen Sommerspiele 1988 sowie Tagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

Unvorstellbares wird erreicht

Der Sportkomplex am Han-Fluß ist schon heute imposant: Das Olympiastadion mit 100 000 Sitzplätzen wird Mitte nächsten Jahres fertig sein, die Schwimmhalle und andere Sportanlagen sind bereits seit Jahren erprobt. Korea kennt keine Terminnot wie andere Olympiaorte.

Auch das olympische Dorf, das 12 000 Sportler und 8000 Journalisten aufnehmen soll, wird rechtzeitig zu den Asiatischen Spielen eingeweiht und erlebt so lange vor dem Ertönen der olympischen Fanfaren seine Generalprobe. Auf demselben Komplex entstehen Sporthochschulen.

Alle olympischen Bauten werden von kommerziellen Bauträgern erstellt, die nach den Olympischen Spielen 1988 die weitere Nutzung haben werden. Auf dieselbe Weise – also ohne Kosten für die Organisatoren der Spiele – erhält Korea die Einrichtungen für die Ruder- und die Segelwettbewerbe in den Hafenstädten Inchon und Pusan.

Der erste Koreaner übrigens, der eine Goldmedaille errang, startete für Japan. Damals, im Jahre 1936, stand seine Heimat noch unter japanischer Herrschaft. Es war Son Ki-chong, der in Berlin den Marathonlauf gewann. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Koreaner erstmals 1948 in London unter eigener Flagge teilnehmen.

Die größten Erfolge erzielten sie 1976 in Montreal mit einer Gold-, einer Silber- und vier Bronzemedaillen. Der sportliche Aufschwung im „Lande der Morgenstille" wurde voriges Jahr bei den Asisatischen Spielen in Neu-Delhi deutlich, wo Südkorea hinter China und Japan auf den dritten Rang kam.

Zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele im eigenen Lande hat ein Ausleseverfahren begonnen, bei dem Medaillenanwärter von morgen unter Zehntausenden von Jugendlichen entdeckt werden sollen. Armee und Polizei bildeten besondere Sportkompanien.

Populärste Sportarten in Korea sind Baseball und Fußball. Wie könnte es auch anders sein: Den Fußball brachten Engländer ins Land, mit Baseball begann erstaunlicherweise eine deutsche Sprachschule. Das koreanische Kampfspiel Taekwondo steht 1988 als Schausport ohne Medaillenvergabe auf dem olympischen Programm.

Das olympische Dorf soll nach 1988 eine Satellitenstadt werden – ähnliche Pläne entstehen gegenwärtig auf den Reißbrettern. So hofft man, den Zustrom aus der Provinz abfangen zu können. Seoul bietet zwar mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, aber das Lohngefälle zum Lande ist heute nicht mehr sehr groß.

In einem populären Lied, der „Seoul Changa", heißt es, auf den Straßen der Hauptstadt würden Träume wahr. Bei manchen hat infolge des ständigen Verkehrschaos, der Luftverschmutzung und der Lärmbelästigung freilich ein böses Erwachen eingesetzt. Ein führender Architekt, Kim Swoo Geun, stöhnte bloß: „Wir stecken in einem fürchterlichen Chaos!"

Optimisten halten der Kritik entgegen, daß Seoul trotz der ungeheuerlichen Anspannung wegen seines schnellen Wachstums im großen und ganzen die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Diensten aufrechterhalten kann. Der größte Nachholbedarf besteht bei der Kanalisation und dem Bau von Kläranlagen.

Dieses Problem wird im Zuge der Regulierung des Han-Flusses mit dem Bau von zwei Kläranlagen in nächster Zeit gelöst. Zugleich wird auf den neugewonnenen Flächen eine Parklandschaft angelegt, die Erholungsgebiete für die Seouler bieten soll.

Aus der Music Box kommt Beethoven

Im Großraum Seoul werden rund 40 Prozent des Nationalproduktes Südkoreas erwirtschaftet. Dort hat ein Drittel der gesamten Industrie ihren Standort. Mit 41 Colleges und Universitäten ist die Hauptstadt auch das Zentrum des geistigen und des kulturellen Lebens des Landes.

Für den westlichen Besucher ist es verblüffend, wie beliebt klassische Musik von Bach bis Tschaikowsky in Korea ist: Aus der Musikbox klingt Beethovens „Für Elise". Taxifahrer haben eine Kassette mit Händel eingelegt, und Dvořáks Symphonie „Aus der neuen Welt" dient als musikalischer Vorspann für Werbung im Fernsehen.

Einmal jeden Monat wird die Metropole an eine beängstigende Realität erinnert: Seoul liegt nur drei Flugminuten nordkoreanischer Düsenjäger von der Demarkationslinie entfernt. Deshalb finden Luftschutübungen statt. Für zwanzig Minuten ruht jeglicher Verkehr, und die Bewohner müssen die Luftschutzräume aufsuchen. Ein Student meint dazu: „Das ist sehr lästig, aber es gibt uns bei dem Seouler Tempo eine Verschnaufpause!"

G. K.

Dritte Kultur Ostasiens

Vor hundert Jahren, am 26. November 1883, wurde der erste Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Korea abgeschlossen. Er bildete den Ausgangspunkt für freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nationen.

Schon lange vorher hatten Missionare und Kaufleute versucht, Zugang zu dem fernöstlichen Land zu finden. Doch Korea öffnete sich erst dem Westen, als ein Deutscher, Paul Georg von Möllendorf, von 1882 bis 1885 Berater am Hofe war.

Ein Passus im Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag mit dem Deutschen Reich besagte damals, Deutsche dürfen in Korea „zum Vergnügen oder zu Handelszwecken reisen, mit Ausnahme von Büchern und Drucksachen, welche der koreanischen Regierung nicht genehm sind, Waren aller Art transportieren und verkaufen sowie Landesprodukte einkaufen".

Der Warenaustausch durfte über drei koreanische Häfen abgewickelt werden. Die Einfuhrliste reichte von Ackerbau-Geräten bis Zwirn. Auf Feuerwerkskörpern lag zwanzig Prozent Zoll, Feuerspritzen durften zollfrei ins Land gebracht werden. Die Ausfuhr von rotem Ginseng blieb verboten.

In der kurzen Zeitspanne bis zur Annexion Koreas durch Japan im Jahre 1905 waren Deutsche am Hofe hoch angesehen – ein Hofarzt, ein Hofkapellmeister, mehrere Professoren und Techniker. Sie prägten das Deutschland-Bild in Korea.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlitt Korea wie Deutschland das Schicksal der Teilung. Der kommunistische Norden steht in Verbindung zur „DDR", die Republik Korea, die südliche Hälfte, stellte Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland her.

In Seoul wurde 1981 eine Koreanisch-Deutsche Handelskammer gegründet; im selben Jahr entstand in Düsseldorf die Deutsch-Koreanische Wirtschaftsvereinigung. Maßgeblichen Anteil an der Förderung der beiderseitigen Beziehungen hat die Deutsch-Koreanische Gesellschaft in Bonn.

m. n.

REPUBLIK KOREA
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft der Republik Korea, Adenauerallee 124, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 / 21 80 95

Generalkonsulate in: Ansbacher Str. 5, 1000 Berlin 30, Tel.: 0 30 / 24 30 79 und Hagedornstr. 53, 2000 Hamburg 13, Tel.: 0 40 / 4 10 20 31.

Korean Traders Association, Emanuel-Leutze-Str. 1, 4000 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 59 40 06.

Korea Trade Centre (KOTRA), Mainzer Landstr. 27, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 06 11 / 23 68 95.

Korean Airlines, Baseler Str. 35–37, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 23 92 01.

IN DER REPUBLIK KOREA

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Seoul 100, 4th Floor Dal Han Fire and Marine Insurance Bldg., 51-1 Namchang-Dong, Tel.: 7 79 32 71.
Korea Chamber of Commerce and Industry, Seoul, 111 Sokong-dong, Choong-ku, Tel.: 7 77 80 31.

Lufthansa, Seoul, Hyopsung Airways Corporation 87, Sokong-dong, Choong-ku Chosun Hotel 1th and 2nd Floor, Tel.: 7 76 62 28.



Die Republik Korea liegt an strategisch exponierter Lage und ist geteilt dazu. China und die Sowjetunion sind Nachbarn, der Nordteil der Halbinsel wird von einem Regime regiert, das – wie unlängst in Rangun – auch vor terroristischen Anschlägen nicht zurückschreckt. Und doch ist der Südteil Koreas ein wirtschaftlich solides Land, das sich auch gegen den Wirtschaftsriesen Japan, einen weiteren, indes heute friedlichen Nachbarn behaupten kann.

SCHIFFBAU / Industrie wird weiter stürmisch aufgebaut

Schrittmacherfunktion zugedacht

Koreas Schiffbauindustrie entwickelt sich weiter stürmisch. Von allen Schiffbauaufträgen, die gegenwärtig vergeben sind, fällt jeder zehnte auf eine Werft in Südkorea. Nach Angaben des koreanischen Schiffbauverbandes liegt der Auftragsbestand zur Zeit bei 2,5 Millionen Bruttoregister-Tonnen (BRT) gleich 11,1 Prozent der Weltaufträge und reicht bis weit in das Jahr 1986. Im 1. Halbjahr 1983 wurden 552 000 BRT abgeliefert, das sind 7,7 Prozent aller in der Welt in diesem Zeitraum abgelieferten Schiffe.

Ende 1982 gab es in Korea insgesamt 167 Werften mit rund 50 000 Beschäftigten. Größte Werft des Landes ist die Hyundai Werft in Ulsan. Im April wurde hier ein neuer Betrieb für die Herstellung von Offhore-Strukturen errichtet. Damit ist die Hyundai Werft zur größten Werft der Welt geworden.

Die Geschichte des koreanischen Schiffbaus begann 1937 mit der Gründung einer Werft in Pusan. Mit Beginn der 60er Jahre bemühte sich die Regierung intensiv um den Ausbau der Schiffbauindustrie. Diese Industrie sollte eine Schrittmacherfunktion für die Entwicklung weiterer Industriebetriebe (Stahl, Maschinenbau) sein und erhielt deshalb im Rahmen der Fünf-Jahres-Pläne jeweils eine Schlüsselrolle zugedacht.

Im vorletzten (3. Plan von 1972 bis 1976) wurden mehrere Joint Ventures mit japanischen Werften vereinbart, die jedoch nicht alle durchgeführt wurden. Im Rahmen des laufenden 5-Jahres-Planes (bis 1986) soll die Schiffbauproduktion von jetzt 1,4 Millionen BRT auf 2,8 Millionen BRT im Jahre 1987 verdoppelt werden. Der Wert der Schiffbauexporte soll von 1,4 Milliarden US-Dollar (1981) auf dann 5,4 Mrd. Dollar steigen.

Die Regierung betrachtet den Schiffbau als strategische Schlüsselindustrie. Daher erhalten die Werften auch enorme staatliche Hilfen. Dies beklagt insbesondere der deutsche Schiffbau. Michael Budczies, Vorsitzender des deutschen Schiffbauverbandes und Chef der Hamburger Werft Blohm + Voss, sagte dazu vor dem Schutzverein Deutscher Reeder in Hamburg am 21. Oktober 1983: „Entgegen den immer wieder erhobenen Behauptungen erhalten auch diese Werften erhebliche Subventionen durch staatliche Förderung neuer und moderner Werftkapazitäten in Korea, durch eine Subventionierung nationaler Flottenprogramme, die den Werften eine hohe Auslastung sichern, und durch Zinszuschüsse für Exportkredite.

Dabei geht Korea noch über den im OECD-Abkommen abgestimmten Rahmen durch längere Laufzeit und höheren Kreditanteil weit hinaus. Der Subventionswert erreicht hier beim Export 1982 etwa 15 Prozent des Baupreises."

Die koreanische Schiffbauindustrie, so stellte der Verband der deutschen Schiffbauindustrie in seiner neuesten Studie (Mitteilungen Nummer 6/83) denn auch fest, „profitiert im wesentlichen von den Subventionen und Steuererleichterungen und den Finanzierungshilfen". Neuerdings arbeiten die Werften in Korea sogar mit Verlustübernahmen. Geschäftsführer Werner Fante vom Fachverband: „Dies ist eine gefährliche Entwicklung, bei der die deutsche Schiffbauindustrie nicht mithalten kann."

JAN WALTHER

ERGEBNISSE

Hamburg – Nürnberg	4:0 (2:0)
Frankfurt – Stuttgart	1:3 (1:1)
Düsseldorf – Braunschw.	4:0 (1:0)
K'lautern – München	0:1 (0:0)
Leverkusen – Bochum	3:0 (0:0)
Dortmund – Köln	0:0
Bremen – Offenbach	8:1 (4:1)
Uerdingen – M'gladbach	1:1 (1:0)
Bielefeld – Mannheim	ausgef.

DIE SPIELE

Bremen – Offenbach 8:1 (4:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber (46. Fichtel), Otten – Sidka, Möhlmann, Okudera – Reinders, Völler, Meier (77. Neubarth). – **Offenbach:** Herr – Trapp – Paulus, Kutzop, *Demuth – Grünewald (56. Sandner)*, Michelberger, Bein, Franusch (68. Höfer) – Hofeditz, Krause. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 0:1 Kutzop (30., Foulelfmeter), 1:1 Sidka (32.), 2:1 Reinders (35., Foulelfmeter), 3:1 Pezzey (40.), 4:1 Reinders (44.), 5:1 Völler (47.), 6:1 Pezzey (65.), 7:1 Otten (79.), 8:1 Völler (82.). – **Zuschauer:** 13 800. – **Gelbe Karten:** Gruber (3), Paulus (4/2), Krause (2), Demuth.

Uerdingen – M'gladbach 1:1 (1:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Hofmann, Buttgereit – Klinger, Raschid, Funkel (70. Feilzer), Thomas, Sackewitz – Gulich, Loontiens. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krause, Frontzeck – Ringels, Herlovsen, Matthäus, Rahn, Schäfer – Mill, Lienen (74. Criens). – **Schiedsrichter:** Risse (Hattingen). – **Tore:** 1:0 Funkel (32.), 1:1 Criens (76.). – **Zuschauer:** 27 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Raschid (2), Bruns (3).

Dortmund – Köln 0:0

Dortmund: Immel – Zorc – Rüßmann, Koch – Storck, Tenhagen, Lusch, Bittcher, Raducanu – Reich (70. Schmedding), Dreßel – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin, Steiner – Hartmann (87. Reif), Haas (78. Zimmermann), Engels, Hönerbach, Allofs – Littbarski, Fischer. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Prestin (4/1), Strack (3).

Düsseldorf – Braunschweig 4:0 (1:0)

Düsseldorf: Kleff – Zewe – Bockenfeld, Theis, Kuczinski – Bommer, Fach (78. Ormslev), Dusend, Weikl – Thiele, Wenzel!. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Hollmann, Tripbacher – Posipal (54. Keute), Geiger (70. Geyer), Lux, Kindermann – Worm, Bruns, Zavisic. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 1:0 Weikl (30.), 2:0 Thiele (68.), 3:0 Thiele (74.), 4:0 Ormslev (90.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Geiger, Lux. – **Rote Karte:** Lux.

Frankfurt – Stuttgart 3:1 (1:1)

Frankfurt: Pahl – Sziedat – Körbel, Kraaz – Schreml, Borchers, Kroth (76. Sievers), Falkenmayer, Trieb (65. Müller) – Svensson, Tobollik. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – K.-H. Förster, B. Förster – Niedermayer, Ohlicher (87. Schäfer), Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson – Reichert (82. Kempe), Kelsch. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Svensson (12.), 1:1 Allgöwer (17.), 1:2 Sigurvinsson (55.), 1:3 Reichert (72.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Kelsch, Buchwald (2).

Hamburg – Nürnberg 4:0 (2:0)

Hamburg: Stein – Groh – Wehmeyer, Hartwig (50. Brefort) – Steffen, Rolff, Magath, Schröder – Wuttke, Schatzschneider, von Heesen. – **Nürnberg:** Kargus – Hintermaier – Täuber, Eder, Habiger – Lieberwirth (46. Abramczik), Brunner, Giske, Heidenreich – Burgsmüller, Heck. – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Schatzschneider (8.), 2:0 Schröder (33.), 3:0 Rolff (48.), 4:0 Brefort (60.). – **Zuschauer:** 13 800. – **Gelbe Karte:** Kargus.

K'lautern – München 0:1 (0:0)

K'lautern: Hellström – Dusek – Wolf, Briegel – Melzer (83. Brummer), Ellenfeldt, Allofs, Brehme – Geye, Nilsson, Hübner (67. Kitzmann). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger – Del'Haye, *Kraus, Lerby, Pflügler – M. Rummenigge*, Hoeneß. **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tor:** 1:0 Augenthaler (60.). – **Zuschauer:** 34 058 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Lerby (4/1), Augenthaler (4/2).

Leverkusen – Bochum 3:0 (0:0)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Saborowski, Posner – Winklhofer, Bittorf (56. Vöge), Röber, Wojtowicz (78. Geschlecht), Hörster – Waas, Tscha. – **Bochum:** Mager – Knüwe – Zugcic (46. Pater), Gerland – Oswald (32. Benatelli), Schreier, Schulz, Lameck, Bönighausen – Kühn, Kuntz. **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Hörster (57.), 2:0 Vöge (76.), 3:0 Tscha (86.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Gerland (2).

VORSCHAU

Freitag, 2. Dezember, 20.00 Uhr:

Bochum – Bielefeld	(1:1)
M'gladbach – Leverkusen	(3:1)
Köln – Uerdingen	(–)

Samstag, 3. Dezember, 14.30 Uhr:

Mannheim – Düsseldorf	(–)

Samstag, 3. Dezember, 15.30 Uhr:

Braunschweig – Offenbach	(–)
Frankfurt – Hamburg	(1:1)
Nürnberg – Kaiserslautern	(1:1)
München – Dortmund	(3:0)
Stuttgart – Bremen	(4:1)

In Klammern die Ergebnisse des Vorjahres.

FUSSBALL / Bayern Münchens Aberglaube – Wichtige Veränderungen im Braunschweiger Präsidium – Was sagte Derwall?



Der saubere, gelungene Sprung des Jean-Marie Pfaff nach dem Ball beim Elfmeter. Der Belgier stoppte den 1. FC Kaiserslautern fast alleine. FOTO: BAADER

Zico besorgte eigens brasilianische Trikots für den Betzenberg – Mast und Breitner Hand in Hand?

Von ULRICH DOST

Rund 20 Millionen Mark hat sich der Wolfenbüttler Likörfabrikant **Günter Mast** (57) sein *Engagement* bei Eintracht Braunschweig in den letzten Jahren kosten lassen, ohne eigentlich richtig zu wissen, was mit diesem Geld passierte oder wie es verwaltet worden ist. Nun ist er es leid. Er ist nicht länger bereit, die Rolle des liebenswerten Onkels zu übernehmen, der immer dann einspringt, wenn gerade Not am Geldbeutel ist. Günter Mast hat beschlossen, ab heute das Ruder selbst in die Hand zu nehmen – er will auf der Jahreshauptversammlung Präsident von Eintracht Braunschweig werden.

Entschlossen hat er sich am Freitag abend dazu. Mast, ein begeisterter Hobbykoch, bewirtete gerade einige Gäste im Prominentenlokal „Mövenpick", als die Kunde kam, daß der favorisierte Nachfolger von Präsident **Hennes Jäcker** (44), der Rechtsanwalt und Notar **Klaus Leiste** (52), im letzten Augenblick abgesprungen sei. Mit 3,8 Millionen Mark sind die Braunschweiger derzeit verschuldet, bis Freitag ließ sich Leiste von diesem Schuldenberg nicht abschrekken. Erst als er den genauen Kontostand erfuhr, bekam er „juristische Bedenken". Was soviel heißt, daß die roten Zahlen der Braunschweiger noch höher sein müssen.

Mast aber läßt sich davon nicht abschrecken. Nach der „E. T. G. Ochsenschwanzsuppe" (als Anspielung auf die Braunschweiger Eintracht-Transfer-Gesellschaft, die gescheitert war), einem Rehrücken nach „Jägermeister-Art" und einem „DFB-Pudding" war Mast immer noch nicht satt genug und verkündete: „Dann führe ich eben zwei Unternehmen."

Mast ist derzeit der einzige, der den Braunschweiger Bundesligaklub noch retten kann, nachdem Jäckers Versuche kläglich scheiterten, Unterstützung beim Automobilkonzern VW zu finden. Außer Mast ist niemand in Sicht, der als Präsident einen potenten Sponsor mitbringen *könnte. Ohne Mast läuft ja in Braun*schweig ohnehin nichts. Derzeit verfügt der Klub nicht über einen Pfennig Bargeld, geschweige denn Grundstücke, nachdem das Stadion schon für 12 Millionen Mark an die Stadt verkauft worden ist. Selbst der letzte Grundbesitz, eine Skihütte im Harz, wurde unlängst mit 600 000 Mark beliehen.

Die Einnahmen der samstäglichen Bundesligaspiele fließen ohnehin direkt auf das Konto von Günter Mast. Schon seit längerer Zeit nämlich wird die gesamte Gehaltsabwicklung aller Braunschweiger Spieler nur noch über das Mast-Büro in Wolfenbüttel geregelt. Das einzige, was tatsächlich noch dem Klub gehört, sind die Trikots. Und die tragen den Mast-Hirsch ...

*

Bei dem Essen im „Mövenpick" saß auch der frühere Nationalspieler **Paul Breitner** (31) am Tisch; Breitner hat geschäftlich öfter in Braunschweig zu tun, seitdem er dort mit einem Partner zusammen einen Gastronomie-Betrieb führt. Breitner ist aber auch seit „fünfeinhalb Jahren ein guter Freund von Günter Mast". Der gute Freund hat den guten Breitner nun gebeten, die Sache Eintracht Braunschweig in guter Partnerschaft gemeinsam anzugehen. Breitner als Berater oder Manager des Klubs – eine Utopie ist das nicht. Der Münchner sagt: „Günter Mast muß heute erst sein *Ziel* durchbringen, *Präsi*dent zu werden und die Zweidrittel-Mehrheit im Klub zu bekommen, um eine Namensänderung durchführen zu können. Dann kann ich überlegen, was ich unter Mast durchbringen kann."

Breitner spricht davon, daß in Braunschweig in den letzten Jahren zu viele Fehler gemacht wurden. Unter Mast werde der Verein wieder auf gesunde Füße gestellt. Wie das geschehen soll, darüber sagt Breitner nur so viel: „Ein Pilot-Projekt steht an der Tür. Dieses Projekt wird auch für viele Klubs die einzige Möglichkeit aufzeigen, wie sie in Zukunft überleben können. Deshalb ist die Sache nicht nur für Braunschweig wichtig, sondern auch für die gesamte Bundesliga." Seit fünfeinhalb Jahren habe er Günter Mast gedrängt, endlich die Initiative zu ergreifen. Breitner: „Ich hoffe, daß Mast gerade noch rechtzeitig das Amt übernimmt."

*

Das Pilot-Projekt ist wahrscheinlich dies: Der Likörfabrikant wird seinen Rechtsstreit um die Namensänderung des Klubs („Jägermeister Braunschweig") fortführen. Mindestens zwei Jahre könnte dieser Rechtsstreit dauern, so vermuten die Braunschweiger. Für diesen Zeitraum können sie sich des Engagements von *Mast* zumindest sicher fühlen. Ein Ziel hat er jetzt schon erreicht: Mit dem Namen seines Produkts ist er jetzt schon so häufig in den Schlagzeilen, wie er es sich gewünscht hat. Mast: „Da hat mir der DFB schön in die Karten gespielt. Jetzt ziehe ich die Sache auch durch."

*

Es war schon wie verhext: Immer wenn die Bayern nach Kaiserslautern kamen, ließen sie in den letzten acht Jahren stets beide Punkte zurück. „Wir brauchen gar nicht mehr hinzufahren", hat Paul Breitner einmal gesagt, „Wir schicken die Punkte mit der Post und machen uns einen schönen Nachmittag in München." Die bösen Geister, die die Bayern immer zum Betzenberg begleiteten, wollten sie diesmal mit einem Gag überlisten. Statt der üblichen roten oder weißen Kluft, in denen es nur Niederlagen gab, spielten die Münchner am Samstag im Trikot der brasilianischen Nationalmannschaft: gelbes Hemd, blaue Hose. Es hat geholfen, die Bayern gewannen 1:0.

Vermittelt hat die Trikots der brasilianische Star **Zico** (31), den die Münchner schon vor Monaten baten, die original Trikots bei „adidas-Brazil" zu besorgen. Selbst von der Tatsache, daß die Hemden nur kurzärmelig waren, ließen sich die Spieler nicht abschrecken. Eine Viertelstun*de vor Spielbeginn bemerkte* Kaiserslauterns **Hans-Peter Briegel** (28) den Trikot-Trick. Flugs zogen die Kaiserslauterer giftgrüne Trikots an – der Aberglaube kann wohl immer nur einem helfen. Jetzt liegen die Bayern-Trikots wieder im Schrank und werden erst wieder ausgepackt, wenn die Bayern in Kaiserslautern spielen ...

*

Torwart **Jean-Marie Pfaff** (29) war es egal, in welchen Trikots seine Kollegen spielten. Der belgische Nationaltorwart bewies wieder einmal, in welch glänzender Form er derzeit ist. **Manfred Krafft** (42), Trainer des 1. FC Kaiserslautern, meinte: „Pfaff hat das Spiel ganz alleine entschieden." Nicht nur, daß er einen von **Andreas Brehme** (23) geschossenen Strafstoß abwehrte, sondern er machte auch durch glänzende Paraden die besten Möglichkeiten der Kaiserslauterer zunichte. Bayern-Trainer **Udo Lattek:** „Für seine Topform ist aber auch Sepp Maier verantwortlich, der mit ihm einmal wöchentlich ein Spezialtraining absolviert." Sepp Maier sorgte dann auch gleich für den Bundesliga-Spruch des Tages: „Er ist sehr lernfähig."

Nun klopfen sie dem sympathischen Mann aus Belgien, der sich gerne sehr volksnah gibt, auf die Schultern. Doch nicht immer waren die Bayern mit Pfaff zufrieden. Im letzten Jahr saß er sogar auf der Reservebank, nachdem er im Tor nicht immer die beste Figur machte. Viele bezeichneten ihn als Hypochonder, weil er dauernd vorgab, an dieser oder jener Krankheit zu leiden. Erst als die Bayern sein Gehalt um rund 60 000 Mark auf 400 000 Mark erhöhten, womit er in der Gehaltsskala hinter **Karlheinz Rummenigge** (28) an zweiter Stelle liegt, stimmte bei Pfaff auch wieder die Leistung. Mit den Leistungen der letzten Wochen ist Pfaff sein Geld auf jeden Fall wert.

„Einige dieser Herren sind echt und ernsthaft krank." So wurde Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) vor dem Länderspiel in Saarbrücken gegen Albanien im „Saar-Sport-Spiegel" zitiert. „Beim Augenlicht meiner Kinder" schwor Derwall später, diesen Satz über Journalisten nie gesagt zu haben. In der WELT am SONNTAG äußerte sich jetzt der Schreiber des Interviews, **Günter Schmitt** (33), der sich von Derwall als Lügner dargestellt fühlt: „Herr Derwall hat die Kritik sogar noch schärfer formuliert und auch Namen von Journalisten genannt. Ich fordere ihn auf, sich zu seinen Äußerungen zu bekennen. Ansonsten werde ich sie alle in einem offenen Brief veröffentlichen."

Derwall hat offenbar keine Angst davor. Er sagt: „Ich habe zwei Tage nach dem Interview Herrn Schmitt gesagt, daß er meine Äußerungen falsch wiedergegeben hat. Und er hat mir zugestimmt." Derwall sagt, er habe das Wort „krank" nur einmal im Zusammenhang mit einem Journalisten benutzt, der einen fiktiven, sarkastischen Fragebogen über ihn ausgefüllt habe. Derwall, so sagt er, habe da jedoch tatsächlich den körperlichen Zustand des Journalisten, nicht aber seine Arbeit gemeint.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga



Der Dank des Kollegen: Dieter Hoeneß tätschelt Pfaff die Wange. Allein die brasilianischen Trikots haben es nämlich nicht getan ... FOTO: WEREK

Ein Klub entdeckt die Spielfreude – acht Tore auf dem Weg nach oben

Ist es nur schwacher Trost, daß die Bundesliga so spannend wie selten ist? Ist gar die Tatsache, daß immer noch drei Mannschaften punktgleich an der Spitze liegen, Beweis für die Behauptung, es gäbe keinen Spitzenklub mehr im deutschen Fußball?

Nach *Pleiten* im Europapokal, nach ärgerlichen Auftritten der deutschen Nationalmannschaft muß da, was samstags ab halb vier geschieht, noch genauer beobachtet werden. Eine Erkenntnis des 15. Spieltages: Da gibt es eine Mannschaft, die die Lust am reinen Spiel wiederentdeckt zu haben scheint – trotz Dauerregens: Werder Bremen. Der 8:1-Sieg über Offenbach beweist, daß auch Profis manchmal – dem Zuschauer ein Fest – etwas mehr tun, als verlangt wird.

Bremen die Mannschaft der Stunde, das Team auf dem Weg nach oben? Am nächsten Samstag spielt der SV Werder in Stuttgart. Ein echtes Spitzenspiel.

Und am Tabellenende? Offenbach, der gebeutelte Klub, kann auch Beispiel dafür sein, wie schnell Hysterie einzieht. Findet hier der nächste Trainerwechsel statt? Ein Wechsel bei einem hochverschuldeten Klub, der bereits versucht hat, mit drei neu verpflichteten Spielern zum Erfolg zu kommen?

Offenbach schon jetzt Abstiegskandidat Nummer 1, noch vor Frankfurt oder Nürnberg, die bereits die Trainer gewechselt haben und bisher auch noch keinen Schritt weiter gekommen sind? VielleicKt ist Spielen immer noch besser als hochtrabend reden ...

Alle haben den Ernst der Lage verstanden"

BERND WEBER, Bremen

Wer den Gegner förmlich deklassiert, wer am Ende – wie Werder Bremen gegen Kickers Offenbach – *einen strahlenden 8:1-Sieg auf der* Habenseite verbuchen kann, der hat eigentlich auch das Recht, einmal so richtig über den Wolken zu schweben. Schließlich sind solche Festtage rar in der rauhen Bundesliga-Luft. In Bremen jedoch ist alles anders, dafür sorgt schon Trainer Otto Rehhagel. Gleich nach dem Abpfiff relativierte er den höchsten Sieg in Bremens Vereinsgeschichte. „Der Gegner hatte einen schlechten Tag erwischt", sagte er. Und: „Wie wechselhaft das Fußballgeschäft ist, haben gerade wir vor zwei Jahren erfahren. Da nämlich haben wir bei Eintracht Frankfurt mit 2:9 verloren und samstags drauf den HSV mit 3:2 besiegt."

Der Satz war weniger als Trost für Offenbach denn als Warnung für die eigenen Spieler gedacht – und er ist offensichtlich angekommen. Nationalspieler Rudi Völler hatte das „Bundesliga-Gala-Dinner" (so der Sport-Informationsdienst) bereits abgehakt, als er zum üblichen gemeinsamen Abendessen im Werder-VIP-Raum erschien. Völlers knapper Kommentar: „Nächsten Samstag in Stuttgart müssen wir beweisen, was wirklich mit uns los ist. Da zählt das 8:1 überhaupt nicht mehr."

Nun soll es weiß Gott nicht heißen, daß die Bremer Spieler nur noch hanseatisch kühl Kasse zu machen und nun gar nicht mehr zu feiern verstünden. Als Torwart Dieter Burdenski nach dem Spiel mit einigen Freunden und Mannschaftskollegen zu Hause seinen 33. Geburtstag begoß, wurde keineswegs nur Himbeer-

Bremen

saft gereicht. Andere Spieler begaben sich in den Trubel des Bremer Sport-Presse-Festes, ließen sich dort von den Zuschauern umjubeln und machten so manches Pils-Glas leer. Rehhagel und Präsident Franz Böhmert wurden indes weder bei der einen noch bei der anderen Feier gesichtet, sie genossen ihre Genugtuung über den Erfolg in den eigenen vier Wänden.

Böhmert kam dabei zu grundsätzlichen Erkenntnissen: „Das Produkt Bundesliga-Fußball hat in den vergangenen Wochen zum Teil erheblichen Schaden erlitten", sagte er zur WELT, „die Schuld daran tragen unsere Spitzenvereine. Wir nicht ausgenommen. Denn ohne Frage waren die letzten Europapokal-Ergebnisse eine Blamage. Schuld daran trägt natürlich auch Jupp Derwalls Nationalmannschaft, deren schwache Leistung die Krise verstärkt hat." In Bremen hätten sich Trainer, Vorstand und Mannschaft in den vergangenen Tagen häufiger denn je zuvor zusammengesetzt, und alle seien sich darüber im klaren gewesen, daß „es quasi fünf Minuten vor zwölf" sei, daß die Zuschauer Mittelmaß einfach nicht mehr hinnehmen würden. Böhmert: „Daß unsere Mannschaft nach der 4:1-Halbzeitführung nicht haltgemacht hat, um sich für das nächste Spiel zu schonen, war für mich das Erfreulichste."

Bremens Manager Willi Lemke hatte das 8:1 auf eine einfachere Formel gebracht. „Das war unsere Antwort auf die Leistungen der Nationalmannschaft", hatte er gleich nach Spielschluß verkündet. Böhmert mochte das so nicht stehenlassen. Es sei der falsche Schluß, weil er die Vereine und die Nationalmannschaft auf gegenseitigen Konfrontationskurs bringe. Der Bremer Präsident meinte: „Wenn wir aus der gegenwärtigen Talsohle herauswollen, müssen wir doch alle an einem Strick ziehen und in die gleiche Richtung marschieren."

So gesehen: Bremen hat am Samstag vor seiner eigenen Haustür gekehrt und für einen erfreulichen Lichtblick gesorgt. Das zählt schon viel in diesen Tagen ...

Metzgermeister Nuber: Haben uns schlachten lassen

KLAUS BLUME, Offenbach

Metzgermeister Hermann Nuber wurde deutlich. „Wir", so sagte er, „haben früher zwar auch auswärts *öfter verloren, doch wir haben uns* nie so abschlachten lassen wie die jetzige Mannschaft." Hermann Nubers Worte gelten etwas am Bieberer Berg in Offenbach. Denn Nuber (48) war in der Bundesliga-Saison 1968/69 als Torschütze so erfolgreich, daß man sogar die Straße am Stadion nach ihm umbenennen wollte. Seit neun Jahren arbeitet Nuber in Offenbach als Trainer der A-Jugend – erfolgreich. Wird er nach der 1:8-Niederlage der Offenbacher Profis bei Werder Bremen Nachfolger des glücklosen Trainers Lothar Buchmann?

Buchmann, in der zweiten Saison beim Bundesliga-Aufsteiger Offenbacher Kickers, sagt dazu: „Ich fühle mich absolut sicher." Doch die Auswärtsbilanz spricht gegen ihn: 0:16 Punkte und 3:32 Tore. Und die Schadenfreude darüber, daß der Rivale vom anderen Main-Ufer, die Frankfurter Eintracht, Tabellenletzter ist, ändert nichts an der Situation der Offenbacher: Sie, und nicht die Frankfurter, gelten als Abstiegskandidat Nummer eins. Und Lothar Buchmann ist denn auch bereits recht ratlos: In Düsseldorf zum Beispiel hat er es mit konsequenter Manndeckung versucht, trotzdem verlor man 0:5. In Bremen plädierte er für Offensive und Raumdeckung. Das Resultat war ein 1:8-Debakel. Ihm falle nun kein weiteres Rezept mehr ein.

Man müßte sich verstärken, doch dafür fehlen bei rund drei Millionen Mark Schulden die Mittel. Und Buch-

Offenbach

mann steht in Offenbach ohnehin schon unter Beschuß, weil er für eine Ablösesumme von rund 250 000 Mark die Spieler Riedl, Demuth und Hofeditz geholt hat, die keine spürbare Verstärkung sind.

Man wolle sich über die Bundesliga wirtschaftlich sanieren – unter dieser Prämisse waren die Offenbacher Kickers zum Saisonbeginn angetreten. Meistens liegt der Zuschauerschnitt am Bieberer Berg immer noch über der kalkulierten Zahl von 13 800. Gegen Bayern München kamen 29 000, gegen Mönchengladbach 21 000, gegen Eintracht Frankfurt 24 000 und Aufsteiger Bayer Uerdingen zog immerhin noch rund 16 000 Offenbacher Fußball-Fans an.

Noch kommen die Zuschauer, doch Liga-Obmann Manfred Erber befürchtet, daß dies sich ändern wird. Wenn nämlich die Serie der blamablen Auswärts-Niederlagen anhält, wird das wohl auch die Fans davon abhalten, zum Bieberer Berg zu pilgern. So fordert denn Erber ganz im traditionellen Offenbacher Stil: „Aus den Buben müssen auswärts endlich richtige Männer werden. Die sind viel zu brav, trotz der vielen gelben Karten, die sie bekommen." Und Buchmann? Der hofft, daß sich die Auswärts-Angst irgendwann legen wird, wie eben jede harmlose Krankheit ...

Aber so manchem Spieler sitzt doch die Angst im Nacken, irgendwann den Stuhl vor die Tür gesetzt zu bekommen. Denn das war bisher so üblich in Offenbach. Mit jenen Spielern, die man über die Jahre hinaus abgab, um wenigstens einigermaßen die dringendsten Schulden zu dekken, könnte man heutzutage eine erstklassige Bundesliga-Mannschaft aufbauen. Als Beleg eine Aufzählung jener Offenbacher, die nun andernorts Karriere machen: Völler (Bremen), Bommer und Theis (beide Düsseldorf), Hartwig (Hamburg), Lottermann (Nürnberg).

Von Krise spricht in Offenbach niemand – jedenfalls nicht öffentlich. Buchmann ist beim Publikum unbeliebt, doch der *Präsident hält an ihm* fest: „Ein neuer Trainer würde nichts bringen."

15. Spieltag – und schon der elfte Platzverweis in dieser Saison

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	15	8	5	2	31:15	21:9	18:4	12:2	13:11	9:7
2. München	15	9	3	3	28:14	21:9	18:4	12:2	10:10	9:7
3. Hamburg	15	9	3	3	30:17	21:9	24:7	14:2	6:10	7:7
4. Bremen	15	8	4	3	30:14	20:10	23:4	15:1	7:10	5:9
5. Gladbach	15	8	4	3	31:18	20:10	19:5	13:1	12:13	7:9
6. Düsseldorf	15	8	3	4	37:20	19:11	27:6	13:3	10:14	6:8
7. Leverkusen	15	7	4	4	28:18	18:12	19:4	14:2	9:14	4:10
8. Uerdingen	15	6	4	5	30:29	16:14	16:14	10:6	14:15	6:8
9. Köln	15	6	3	6	29:23	15:15	18:8	10:4	11:15	5:11
10. Bielefeld	14	5	3	6	17:21	13:15	12:10	9:5	5:11	4:10
11. Bochum	15	5	3	7	27:34	13:17	17:10	11:3	10:24	2:14
12. Mannheim	14	4	4	6	18:26	12:16	12:10	8:6	6:16	4:10
13. Braunschw.	15	6	0	9	24:32	12:18	18:10	10:4	6:22	2:14
14. K'lautern	15	4	3	8	29:33	11:19	17:12	9:7	12:21	2:12
15. Dortmund	15	3	4	8	18:33	10:20	9:10	8:8	9:23	2:12
16. Nürnberg	15	4	1	10	19:35	9:21	16:10	9:5	3:25	0:16
17. Offenbach	15	4	1	10	20:47	9:21	17:15	9:5	3:32	0:16
18. Frankfurt	15	1	6	8	18:35	8:22	10:11	7:9	8:24	1:13

● Nach 491 Minuten ohne Treffer war Dieter Schatzschneider wieder einmal erfolgreich. Gegen Nürnberg erzielte er sein neuntes Saisontor. In der Torschützenliste führen jetzt fünf Spieler, die neun Treffer erzielt haben: Völler, Waas, Funkel, Karl-Heinz Rummenigge und Schatzschneider. – Der Rumäne Marcel Raducanu (Dortmund) war der erste von 48 Elfmeterschützen dieser Saison, der das Tor verfehlte und darüber schoß. Andreas Brehme, *vorher viermal erfolg*reich, scheiterte an Pfaff.

● Elf Platzverweise gab es in der Saison 1982/83 – diese Zahl ist jetzt schon nach dem 15. Spieltag erreicht: Peter Lux ist der fünfte Braunschweiger Spieler, der seit Bestehen der Bundesliga nach einem Foul vorzeitig den Platz verlassen mußte. Johannes Malka, Vorsitzender des Schiedsrichter-Ausschusses, zu dieser Situation: „Indem sie mehr Mut beweisen und früher durchgreifen, fördern die Schiedsrichter den Trend zum attraktiven Angriffsspiel. Ziel ist es, die Stürmer zu schützen."

● Erster Spielausfall der Saison: Die Mannschaft von Waldhof Mannheim saß in Düsseldorf auf der Tribüne. Sie unterbrach ihre Fahrt nach Bielefeld, nachdem bekannt geworden war, daß heftiger Regen ein Spiel in Bielefeld unmöglich gemacht hatte. Der neue Termin des Spiels ist wahrscheinlich der 17. Dezember. 274 Spiele sind bisher seit Bestehen der Bundesliga ausgefallen. Nur acht davon im November. – 145 800 Zu*schauer sahen die acht Spiele vom* Samstag.

ZWEITE LIGA / Schalkes glücklicher Sieg

Ausgerechnet Clute-Simon traf in der 89. Minute

DW. Bonn

Die Bundesliga-Absteiger Karlsruher SC und Schalke 04 marschieren in der Zweiten Fußball-Bundesliga weiter im Gleichschritt. Am 17. Spieltag setzte sich Tabellenführer KSC zu Hause mit 3:2 gegen die Überraschungsmannschaft Union Solingen durch, Schalke war im Auswärtsspiel gegen den Dritten der Tabelle, Alemannia Aachen, mit 2:1 erfolgreich. Die beiden Spitzenteams (je 26:8 Punkte) bauten damit ihren Vorsprung in der Tabelle auf vier Punkte aus.

Ein ehemaliger Aachener war der Held des Tages beim FC Schalke 04: Hubert Clute-Simon, der 1982 für 300 000 Mark von der Alemannia nach Schalke gewechselt war. Er entschied das spannungsgeladene Spitzenspiel in der 89. Minute mit einem herrlichen Kopfball in den Torwinkel. „Natürlich ist es für mich ein innerer Vorbeimarsch, gerade an meiner alten Wirkungsstätte die Entscheidung herbeigeführt zu haben", sagte der technisch versierte Mittelfeldspieler nach dem vierten Auswärtssieg des siebenmaligen deutschen Meisters überglücklich.

Ein Stein war nach dem Schlußpfiff auch Rudi Assauer vom Herzen gefallen: „Dieser Erfolg ist die halbe Miete für den direkten Wiederaufstieg zusammen mit dem Karlsruher SC." Und Trainer Diethelm Ferner atmete nach dem Schlagerspiel tief durch: „Es ist schon ein herrliches Gefühl, in letzter Minute dieses Schlüsselspiel zu gewinnen."

Danach sah es vor 22 000 Zuschauern, die 230 000 Mark in die Aachener Kasse fließen ließen, zur Halbzeit gar nicht aus. Denn Aachen bestimmte mit konzentriertem und kraftvollem Spiel das Geschehen. Rolf Grünther köpfte in der neunten Minute die verdiente Führung, die nach 45 Minuten durchaus 2:0 hätte lauten können. Doch die Mannschaft von Trainer Erhard Ahmann hatte offenbar über ihre Verhältnisse gespielt. Denn nach dem Wechsel kam Schalke, erzwang mit spielerischen Mitteln und Offensivdrang die Wende. Der 17 Jahre alte Olaf Thon glich in der 72. Minute zum längst fälligen 1:1 aus. Und als selbst die Schalker mit der Punkteteilung zufrieden schienen, kam noch das Happy-End durch CluteSimon ... Die Aachener nahmen die erste Heimniederlage im zehnten Punktspiel gelassen hin. „Schade nur", sagte Trainer Erhard Ahmann, „daß wir nicht erreicht haben, was der ganzen Liga gut getan hätte, nämlich mehr Spannung."

Auch Spitzenreiter Karlsruhe mußte gegen die Solinger lange zittern, ehe Mittelstürmer Emanuel Günther mit seinem 14. Saisontreffer den Bann brach. Doch selbst nach einem 0:3-Rückstand gaben sich die Solinger nicht geschlagen, schafften jedoch lediglich noch den 2:3-Anschlußtreffer. Solingen mußte damit die erste Auswärtsniederlage hinnehmen, seit Trainer Erhard Krautzun Trainer ist.

Für eine große Überraschung sorgte Aufsteiger 1. FC Saarbrücken mit dem 5:0-Sieg bei Rot-Weiß Essen. Die Mannschaft von Trainer Uwe Klimaschefski schaffte den ersten Auswärtssieg. Die Westdeutschen boten eine enttäuschende Vorstellung.

DIE ERGEBNISSE

Aachen – Schalke	1:2	(1:0)
Karlsruhe – Solingen	3:2	(0:0)
Essen – Saarbrücken	0:5	(0:2)
Hannover – Darmstadt	1:1	(1:0)
Stuttgart – Lüttringh.	3:1	(1:1)
SCC Berlin – Oberhausen	2:2	(0:1)
Wattenscheid – Ulm	1:1	(0:0)
Freiburg – Osnabrück	2:0	(1:0)
Duisburg – Hertha BSC	4:2	(2:1)
Köln – Kassel	2:1	(2:0)

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	17	11	4	2	43:21	26:8
2. Schalke	17	11	4	2	41:19	26:8
3. Duisburg	17	9	4	4	33:18	22:12
4. Aachen	17	8	6	3	22:14	22:12
5. Kassel	17	9	3	5	34:19	21:13
6. Solingen	17	8	5	4	31:21	21:13
7. Köln	17	8	5	4	35:27	21:13
8. Freiburg	17	7	6	4	21:26	20:14
9. Darmstadt	17	6	5	6	24:36	17:17
10. Hertha BSC	17	5	6	6	33:29	16:18
11. Ulm	17	4	7	6	30:32	15:19
12. Saarbr.	17	6	3	8	28:33	15:19
13. Essen	17	5	4	8	27:31	14:20
14. Wattensch.	17	4	6	7	21:29	14:20
15. Hannover	17	3	7	7	22:33	13:21
16. Stuttgart	17	4	4	9	25:30	12:22
17. SCC Berlin	17	5	2	10	17:31	12:22
18. Oberhausen	17	3	5	9	19:28	11:23
19. Lüttringh.	17	4	3	10	15:29	11:23
20. Osnabrück	17	4	3	10	15:30	11:23

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Freitag, 2. Dezember, 20.00 Uhr: Osnabrück – Solingen; Samstag, 3. Dezember, 14.00 Uhr: Ulm – Aachen, Kassel – Essen; 15.30 Uhr: Schalke – Köln, Saarbrücken – SCC Berlin, Hertha BSC – Freiburg; Sonntag, 4. Dezember, 15.00 Uhr: Oberhausen – Stuttgart, Hannover – Duisburg, Solingen – Wattenscheid, Darmstadt – Lüttringhausen.

Olympia 1984 und die kleinen Menschen aus kleinen Nationen

sid/dpa, Lausanne

Die Ski-Olympiasieger Ingemar Stenmark (Schweden) und Hanni Wenzel (Liechtenstein) haben ihr olympisches Startrecht für immer verloren. Diese endgültige Entscheidung traf das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) im Rahmen seiner dreitägigen Sitzungen in Lausanne. Das IOC bestätigte damit die Empfehlung des Internationalen Fachverbandes (FIS), der zuvor bereits beiden Skiläufern die Teilnahmeberechtigung abgesprochen hatte. Das IOC bekräftigte damit sein Prinzip, das den internationalen Fachverbänden bei der Zulassung zu Olympischen Spielen ein erstes Mitentscheidungsrecht einräumen soll.

Außerdem wird an der Linie festgehalten, trotz der seit 1981 gelockerten Zulassungsbestimmungen, keine Berufssportler zuzulassen. Ingemar Stenmark und Hanni Wenzel jedoch verfügten über eine sogenannte B-Lizenz der FIS, die ihnen die Vermarktung ihrer Erfolge und ihres Namens auf eigene Rechnung erlaubte. Mit dem Erwerb dieser Lizenz, die sie nach ihren Olympiasiegen 1980 beantragten, ging der olympische Status verloren. Darüber waren beide informiert, doch hatte sich besonders Hanni Wenzel Hoffnungen auf eine liberale Interpretation dieser Regelung gemacht, weil sie im Gegensatz zu Stenmark kaum Kapital aus dieser Lizenz schlagen konnte und im Mai dieses Jahres diese Berechtigung auf eigene Vermarktung wieder zurückgab. Im Interesse ihrer eigenen Glaubwürdigkeit konnte sich aber weder FIS noch IOC auf eine unterschiedliche Bewertung der beiden Anträge aufgrund der Einkommenshöhe einlassen.

„Gegen die Entscheidung der IOC-Exekutive gibt es keinen Einspruch", schloß IOC-Direktorin Monique Berlioux dieses Kapitel. Daraufhin blieb Hanni Wenzel nur die Resignation: „Kleine Menschen aus kleinen Nationen können gegen große Menschen aus großen Nationen halt nicht viel ausrichten. Jetzt muß ich mich ganz auf den Gewinn des Gesamt-Weltcups konzentrieren."

Neben dieser Entscheidung faßte das IOC noch eine Reihe anderer Beschlüsse:

- An die IOC-Programmkommission wurde der Auftrag vergeben, für die Spiele 1992 eine Überprüfung und Analyse des olympischen Programms bis 1985 vorzulegen;
- Die nationalen olympischen Komitees von West-Samoa und Bhutan wurden als Mitglieder Nummer 153 und 154 in die IOC-Exekutive aufgenommen.
- Die Regel über die olympische Startberechtigung wurde neu interpretiert. Demnach ist ein Athlet, der bereits für ein Land an Olympischen Spielen teilgenommen hat, für ein zweites Land drei Jahre nach Erhalt der neuen Staatsbürgerschaft wieder startberechtigt.
- Sowohl in Sarajewo als auch in Los Angeles werden Rahmenwettkämpfe für Behinderte ausgetragen, um den Anspruch des IOC, nicht nur für den Hochleistungssport zuständig zu sein, zu erfüllen. Ein Riesenslalom für Amputierte und Rollstuhlrennen über 800 m (Frauen) und 1500 m (Männer) werden durchgeführt.
- Erst die Session des IOC in Sarajewo wird entscheiden, ob die Winterspiele 1988 in Calgary (Kanada) von 12 auf 15 Tage verlängert werden.
- Der IOC-Vollversammlung in Sarajewo wird vorgeschlagen, Curling für 1988 ins Programm der Winterspiele aufzunehmen, obwohl der Internationale Curling-Verband lediglich aus 16 statt der vom IOC geforderten 25 Mitgliederverbänden besteht.

TISCHTENNIS

Krumtünger schlug zu

dpa/sid, Saarbrücken

Der Titelkampf in der Tischtennis-Bundesliga ist wieder offen. Vorjahresmeister ATSV Saarbrücken unterlag vor 2200 Zuschauern (Saisonrekord) dem Europacup-Gewinner SSV Reutlingen nach fast viereinhalbstündigem Kampf mit 7:9 und erlebte damit die erste Niederlage seit 20 Monaten.

„Das war unser bestes Spiel der letzten Jahre", freute sich Klaus Gengler, der Vorsitzende des SSV Reutlingen. Und die Reutlinger um Europameister Mikael Appelgren (Schweden) hatten wirklich allen Grund zum Jubeln, denn nach dem peinlichen Ausrutscher beim TTC Altena, wo sie wegen Vergeßlichkeit nicht angetreten waren, schienen sie keine Titelchancen mehr zu haben.

Überragender Spieler der Reutlinger war diesmal Michael Krumtünger. Der deutsche Meister im Doppel gewann am mittleren Paarkreuz überraschend gegen Josef Böhm und Peter Engel und sorgte an der Seite von Reinhard Sefried beim Stande von 8:7 für Reutlingen gegen Josef Böhm/Engel fast ganz alleine für den entscheidenden Punkt. Peter Stellwag schlug Ex-Weltmeister Stellan Bengtsson 24:22, 21:18.

EISSCHNELLAUF / Monika Holzner in Form

Für den Weltmeister zählen keine Rekorde – nur Titel

sid/dpa, Berlin

Die Olympischen Winterspiele in Sarajewo haben die Eisschnelläufer schon zum Saisonauftakt zu Weltklasseleistungen beflügelt. Drei inoffizielle Flachland-Weltrekorde wurden beim Sprinter-Meeting in Berlin-Wilmersdorf durch Weltrekordlerin Christa Rothenburger aus der „DDR" über 1000 Meter in 1:22,57 Minuten und im Sprint-Vierkampf mit 166 070 Punkten sowie von der Sowjetrussin Tatjana Tarasowa über 500 Meter in 40,79 Sekunden aufgestellt. Die Bestzeit für Bahnen im Flachland hatte ebenfalls am Wochenende Weltmeisterin Karin Enke-Busch aus der „DDR" beim Länderkampf in Karl-Marx-Stadt zwischen der „DDR" und der UdSSR von 41,24 auf 41,03 Sekunden verbessert. In Berlin blieb auch Christa Rothenburger in 40,96 Sekunden noch unter der bisherigen Bestmarke für das Flachland.

Für einen weiteren Glanzpunkt sorgte im Eisschnellauf-Zentrum Berlin-Wilmersdorf der japanische Weltmeister Akira Kuroiwa, der über 500 Meter den Bahnrekord auf 37,83 Sekunden verbesserte und damit nur um drei Hundertstelsekunden die Flachland-Bestzeit verpaßte. Kuroiwa war übrigens nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft im letzten Winter daheim ungeheuer populär geworden. Sein Sieg löste in Japan einen regelrechten Eisschnellauf-Boom aus. In Berlin waren gleich drei japanische Fernseh-Anstalten mit ihren Kamerateams vertreten. Sein überragender Bahnrekord in Berlin ließ Spekulationen über einen möglichen neuen Weltrekord auf der 2500 Meter hoch gelegenen Bahn in Medeo (UdSSR) aufkommen. Doch Kuroiwas Trainer Yin Hoshina sagte: „Akiras Ziele sind die olympische Goldmedaille über 500 Meter und die Verteidigung des WM-Titels. Ein Weltrekord ist nicht so wichtig."

Die deutsche Sprintmeisterin Monika Holzner (München) deutete mit dem sechsten Platz in der Vier-Strekken-Wertung (172 585 Punkte) und einem vierten über 1000 m (1:26,82 Minuten) an, daß sie in Sarajewo wieder zum erweiterten Favoritenkreis zu zählen ist. Überraschend wurde Sigrid Smuda aus München Siebente im Vierkampf und einmal Fünfte über 1000 m (1:25,25 Min.).

Bei den Herren – der Amerikaner Erik Henriksen gewann den Vierkampf – waren Thomas Nietsch (Berlin) und Fritz Gawenus (München) gemeinsam als 29. beste deutsche Teilnehmer. Von der Olympia-Qualifikation sind beide noch weit entfernt.

SPORTBUND / Deutsch-deutsche Wettkämpfe

Weyer fordert Politiker zu stärkerer Unterstützung auf

sid, Berlin

Dreieinhalb Wochen vor den Verhandlungen über den deutsch-deutschen Sportkalender 1984 hat der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Willi Weyer, die Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien aufgefordert, den Sport bei seinen Begegnungen mit Athleten der „DDR" stärker zu unterstützen. Weyer nahm an einer Podiumsdiskussion in der Führungs- und Verwaltungsakademie des DSB in Berlin teil.

Weyer unterstrich, daß der DSB in allen Bereichen eine engere Partnerschaft zwischen Politik und Sport wünsche. „Wir sind Träger der Politik und fühlen uns als mitverantwortliche politische Kraft", erklärte der DSB-Präsident, der bei den Begegnungen zwischen Vereinen des DSB und des Deutschen Turn- und Sportbundes der „DDR" (DTSB) begleitende Maßnahmen der Politiker forderte, „wie Wirtschafts-Vertreter Minister begleiten, wenn sie in Ostblock-Staaten zu Besuch sind".

DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler betonte, daß gerade der kleine Sport, der keine große Öffentlichkeitswirkung entfalte, die menschlichen Begegnungen zwischen Sportlern aus der Bundesrepublik und der „DDR" fördere. „Wir würden die Zusammenarbeit gern erweitern, nicht nur im Bereich des Spitzensports", erklärte Gieseler. „Doch die DDR bringt bei den Kalendergesprächen vorrangig den Spitzensport ein."

Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker stellte heraus, daß bei allen innerdeutschen Beziehungen Verhärtungen durch menschliche Anstöße aufgelöst werden könnten. Auch bei den deutsch-deutschen Sportbegegnungen sieht Richard von Weizsäcker „mühsame positive Ansätze auf unterer Ebene, die sich bis zur höchsten politischen Führung auswirken.".

Bei den Verhandlungen zwischen dem DSB und DTSB am 20. Dezember in Frankfurt am Main über den deutsch-deutschen Sportkalender 1984 erwartet das Mitglied der DSB-Verhandlungskommission, Berlins Sportdirektor Manfred von Richthofen, keine Einschränkungen des Sportverkehrs. Trotz der Raketenstationierung der NATO in der Bundesrepublik werde Ost-Berlin keine Restriktionen verfügen, beurteilte von Richthofen die Rede des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker vor dem Zentralkomitee der SED am letzten Freitag.

GALOPP

Tombos nur auf Platz 14

HARALD SIEMEN, Tokio

Der deutsche Hengst Tombos wurde beim dritten Japan-Cup gestern auf der Rennbahn in Tokio unter 16 Teilnehmern nur 14. Georg Bocskai konnte Tombos bis in den Schlußbogen an zweiter Position halten, wurde dann aber durch ein ruckartig zurückfallendes japanisches Pferd stark behindert. Trainer Heinz Jentzsch: „Danach war es aus, denn Tombos ist ohnehin auf ein störungsfreies Rennen angewiesen."

Sieger dieses mit 1,8 Millionen Mark dotierten Einladungsrennen vor mehr als 100 000 Zuschauern wurde die fünfjährige irische Stute Stanerra unter Brian Rouse. Nur einen Kopf zurück war der sechsjährige japanische Hengst Kyoei Promise die Überraschung des Rennens. Den dritten Platz belegte einen weiteren Kopf zurück der Europa-Preis-Sieger Esprit du Nord vor Vorjahressieger Half Iced (USA) und McDinty (Neuseeland). Stanerra gehörte zu den Favoriten des Superrennens.

SCHACH

Remis nach 18 Zügen

dpa/UPI, London

Mit einem Remis endete in London die dritte Halbfinal-Partie im Schach-Kandidatenturnier zur Weltmeisterschaft zwischen dem 20jährigen Sowjetrussen Gari Kasparow und seinem um 32 Jahre älteren, in die Schweiz emigrierten Landsmann Viktor Kortschnoi. Der von den Sowjets schon als Nachfolger von Weltmeister Anatoli Karpow angesehene Jugend-Weltmeister Kasparow spielte mit den weißen Steinen und bot schon nach seinem 18. Zug das Remis an, das Kortschnoi akzeptierte. Kortschnoi führt in dem auf zwölf Partien angesetzten Duell, das entschieden ist, wenn einer der beiden Spieler 6,5 Punkte hat, mit 2:1.

Im zweiten Halfinale hatte der Ungar Zoltan Ribli den früheren sowjetischen Weltmeister Wassili Smyslow (63) bereits nach 16 Zügen das Remis angeboten. Der Ex-Weltmeister aus Moskau akzeptierte sofort. Nun weisen diese beiden Großmeister nach drei Partien jeweils 1,5 Punkte auf.

GOLF

Langer: Sieg in Japan

dpa/GAB, Ibusuki/Marbella

Der deutsche Golfspieler Bernhard Langer (Anhausen) gewann ein internationales Turnier in Ibusuki (Japan) und erhielt dafür rund 150 000 Mark der insgesamt ausgesetzten 828 000 Mark Preisgeld. Langer (26) beendete den 72-Löcher-Kurs nach 287 Schlägen, für die Schlußrunde (18 Löcher) hatte er 71 Schläge benötigt.

Vor der letzten Runde hatte sich Deutschlands erfolgreichster Golfspieler aller Zeiten noch die Führung mit Fred Couples (USA) teilen müssen. Dann aber bewies er Nervenstärke und sicherte sich den Sieg.

Der Hubbelrather Golfclub führte drei Tage lang beim Europapokal der Landesmeister das Feld der 19 Teams in Marbella an. Erst auf den letzten 18 Löchern fielen die drei deutschen Nationalspieler Schlig, Hübner und Thielemann mit 609 Schlägen auf den dritten Platz zurück. Es gewann der Rapallo GC (Italien) mit 605 vor dem Helsingöer GK (Dänemark) mit 606 Schlägen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 71 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

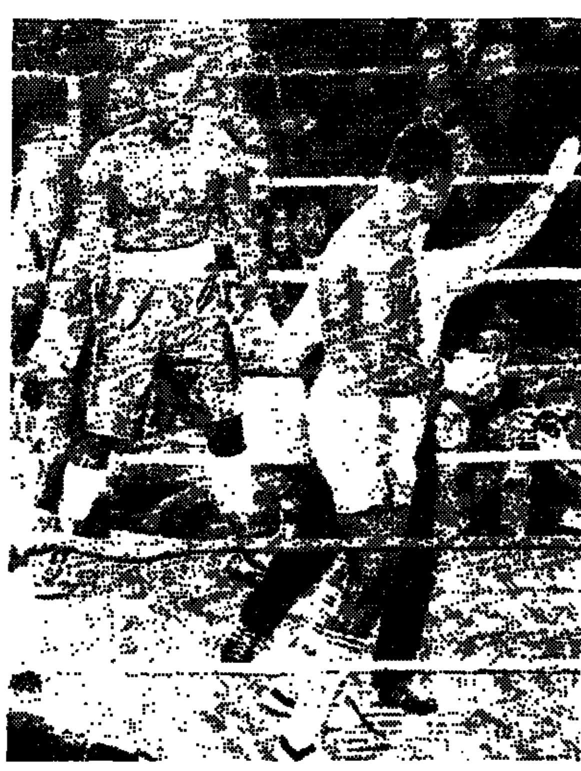
PROFI-BOXEN / Farce von Las Vegas für rund zehn Millionen Mark

Holmes über Fraziers Sohn: „Das Kind war nicht reif. Es tat mir leid . . ."

DIETER HENNIG, Las Vegas

Das gibt es auch in Las Vegas nicht alle Tage: Nur 2:57 Minuten brauchte Schwergewichts-Boxweltmeister Larry Holmes, um gut drei Millionen Dollar einzukassieren (rund acht Millionen Mark). *Drei Sekunden vor Ablauf der ersten Runde war sein Gegner Marvis Frazier*, Sohn des ehemaligen Titelträgers Joe Frazier, verteidigungsunfähig. „Wie kann ein Vater seinem Sohn so etwas antun", empörte sich Holmes-Trainer Eddie Futch, der 1975 noch Joe Frazier betreut hatte. „Das Kind war einfach nicht reif für so etwas. Er tat mir leid. Jeder wußte das, nur sein Vater Joe wollte es nicht wahrhaben", kommentierte Holmes noch im Ring, nachdem er zuvor Boxhandschuhe und Sporthose ins Publikum geworfen hatte – als kleine Entschädigung für den kurzen Auftritt.

Vater Joe Frazier schien das Ganze *nicht so gut überstanden zu haben* wie der 23 Jahre alte Marvis, der in der Kabine erstaunlich einsichtig war: „Den einen Schlag habe ich eben nicht verkraftet." Sein Vater dagegen verwunderte mit der Überzeugung, sein Sohn habe ein paar Mal die Chance nicht genutzt, Holmes zu erschüttern: „Dann wäre es anders gekommen . . ." Dazu Holmes: „Meine einzige Sorge war, den Jungen nicht zu verletzen. Schließlich habe ich selbst zwei Kinder."



Geschäftemacherei mit einem Talent, das einen großen Namen hat: Wer Frazier heißt, braucht noch lange nicht im Alter von 23 Jahren reif für den Weltmeistertitel zu sein. Marvis Frazier steht hilflos in seinen knielangen Hosen in der Ringecke. Larry Holmes hatte den Ringrichter sogar darum gebeten, den ungleichen Kampf schon in der ersten Runde abzubrechen. FOTO: AP

Was vorher passierte, erinnerte an alte Stummfilmklamotten. Gut zwei Minuten hatte Holmes zugeschaut, wie der zierliche Marvis vor ihm herumzappelte. Dann ließ er ihn mit einer einzigen Rechten auf dem Boden herumkullern. Zwei Fehler der Frazier-Familie setzten das Spielchen fort: Der Senior warf nicht das Handtuch, der Junior rappelte sich wieder auf.

Holmes schob ihn in eine Ecke und knallte ihm dort wie einem unartigen Jungen eine Ohrfeige nach der anderen. Dazwischen schaute er sich immer wieder fragend nach dem Ringrichter um, der drei Sekunden vor Rundenschluß schließlich ein Einsehen hatte und diese Farce, die nicht einmal ein WM-Kampf war, abbrach. Vater und Sohn fielen sich in die Arme, um 800 000 Dollar reicher – gut zwei Millionen Mark für Marvis' erste Niederlage im elften Profikampf. Als Herausforderer hatte ihn das World-Boxing-Council (WBC) nicht anerkannt, weil er nicht unter den ersten Zehn der Weltrangliste steht.

Larry Holmes (45. Sieg im 45. Fight) will jetzt gegen den weißen WBA-Champion Gerrie Coetzee antreten. Der Südafrikaner war in Las Vegas am Ring und ließ wie Holmes keinen Zweifel, daß man sich zwar nicht mag, aber gegenseitig doch gern zu einigen weiteren Millionen verhelfen will. Offen ist nur noch der Schauplatz. Für die Phantasie-Gage von 100 Millionen Pollar, so bekundete Holmes mittlerweile, würde er auch seine Bedenken gegen einen Kampf auf südafrikanischem Boden vergessen.

Schiedsrichter-Streik

Buenos Aires (dpa) – Um gegen die zunehmende Gewalt in den Stadien zu protestieren, initiierten die Schiedsrichter der argentinischen Fußball-*Nationalligen einen Streik*. Sämtliche Spiele der ersten und zweiten Liga fielen am Wochenende aus. In der laufenden Saison wurden in Argentinien bereits drei Menschen bei Ausschreitungen getötet.

Junioren gegen Holland

Hannover (dpa) – Im Viertelfinale der Junioren-Europameisterschaft (U 16) trifft die Fußball-Auswahl der Bundesrepublik auf Holland. Termine für die Spiele, *in denen die DFB*-Vertretung zuerst Heimrecht hat, stehen noch nicht fest.

Martini chancenlos

München (dpa) – Der dreifache *Deutsche Meister und Ranglistenerste* Carol Martini scheiterte erwartungsgemäß bereits in der Vorrunde der Squash-Weltmeisterschaften. Der 19jährige verlor gegen den ein Jahr älteren pakistanischen Weltmeister Jahangir Khan klar mit 0:9, 2:9, 1:9.

Kühn bleibt gesperrt

Warendorf (sid) – Der dreimalige deutsche Meister im Modernen Fünfkampf, Norbert Kühn, bleibt auch in Zukunft von der Nationalmannschaft ausgeschlossen. Diesen Beschluß des Präsidiums des Deutschen Verbandes für Modernen Fünfkampf (DVMF) bestätigte jetzt das Schiedsgericht des DVMF. Kühn will eine Nominierung für die Olympischen Spiele notfalls per Gerichtsentscheid erzwingen.

Spinks bleibt Weltmeister

Vancouver (sid) – Mit einem K.-o.-Sieg in der zehnten Runde über den bis dahin noch ungeschlagenen Peruaner Oscar Rivadeneyra verteidigte der Amerikaner Michael Spinks seinen Titel als Box-Weltmeister im Halbschwergewicht des Verbandes WBA. Nach dem dritten Niederschlag wurde der Kampf vom Ringrichter beendet.

Lendl verlor

Canberra (sid) – Zum vierten Mal in diesem Jahr verlor Ivan Lendl (CSSR) gegen den zweimaligen Wimbledon-Sieger John McEnroe (USA). Im Einladungs-Tennis-Turnier im australischen Canberra verlor er das Finale klar mit 3:6, 1:6.

Weltrekord möglich

Hamburg (dpa) – Einen Weltrekord der Trabrennfahrer strebt der sechsmalige deutsche Champion Heinz Wewering an. Am Mittwoch will er die Bestmarke von 637 Jahressiegen des Kanadiers Herve Filion überbieten. Heinz Wewering hat in diesem Jahr 630 Rennen gewonnen und kann am Mittwoch in Hamburg, wo er elfmal startet, den Kanadier übertrumpfen.

Cross-WM in München

Paris (sid) – Die internationale Radsport-Union hat die Querfeldein-Weltmeisterschaften 1985 in die Bundesrepublik vergeben. Die Cross-Rennen der Senioren sollen in München stattfinden, die der Junioren wahrscheinlich in Stuttgart.

Formel 1 ohne Bellof

München (dpa) – Der Gießener Automobil-Rennfahrer Stefan Bellof wird in der kommenden Saison voraussichtlich keinen Formel-1-Wagen fahren. Die Teams von Arrows und ATS, mit denen Bellof in Verbindung gebracht wurde, werden voraussichtlich Marc Surer (Schweiz) und Thierry Boutsen (Belgien) sowie den Waiblinger Manfred Winkelhock für ATS verpflichten.

Protest und Debakel

Mülheim (dpa) – Mit einem 0:20-Debakel für den deutschen Vizemeister Ringfrei Mülheim endete der Box-Vergleichskampf mit Wismut Gera („DDR"). Darüber hinaus kam es zu Mißstimmigkeiten, weil ein Beobachter des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR" gegen die Bezeichnung „innerdeutscher Sportverkehr" in den Programmheften protestierte und die Hefte daraufhin wieder eingesammelt werden mußten.

Heidegger gewinnt Slalom

Bormio (sid) – Der Österreicher Klaus Heidegger gewann in Bormio zum Abschluß der „World Series" den Slalom-Wettbewerb vor dem Jugoslawen Krizaj.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

GOLF

Europapokal der Landesmeister auf dem *Aloha-Platz (Standard 74/Par 72)* bei Marbella (Spanien): 1. Rapalla GC (Italien) 605 Schläge, 2. Helsingoer GK (Dänemark) 606, 3. Hubbelrather GC (Düsseldorf) 609, 4. Goring & Streatley GC (England) 612, 5.–7. GC El Prat Barcelona (Spanien) – Sieger von 1981 und 82 – Wiener GC und Landskrona GK (Schweden) alle 617. – Einzelwertung: 1. Czerny (Österreich) 73+76+73 N79=301, 2. Rasmussen (Dänemark) 78+78+77+69=302, 3. Lane (England) 74+76+75+78=303, für Hubbelrath spielten: 8. Schlig 77+74+76+78=305, 9. Hübner 75+76+74+83=308, . . . 15. Thielemann 78+79+78+79=314 Schläge.

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 11. Spieltag: Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Erfurt 0:0, Jena – Chemie Leipzig 4:0, Magdeburg – Frankfurt 4:1, Union Berlin – Riesa 0:3, Dresden – Dynamo Berlin 1:2, Halle – Rostock 1:1, Lok Leipzig – Aue 3:0. – Tabellenspitze: 1. Magdeburg 28:12/16:6, 2. Dynamo Berlin 32:17/16:6, 3. Lok Leipzig 23:12/15:7, 4. Dresden 25:11/14:8.

Erste englische Division, 15. Spieltag: Birmingham – Sunderland 0:1, Coventry – Southampton 0:0, Everton – Norwich 0:2, Ipswich – Liverpool 1:1, Leicester – Arsenal 3:0, Notts – Aston 5:2, Stoke – Nottingham 1:1, Tottenham – Queen's Park 3:2, Watford – Luton 1:2, Bromwich – Wolverhampton 1:3. Tabellenspitze: 1. Liverpool 25:9 Tore/31 Punkte, 2. West Ham 26:11/29, 3. Manchester United 27:15/29, 4. Tottenham 27:21/28.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Wolfenbüttel – Gießen 84:61, Hagen – Charlottenburg 79:72, Köln – Göttingen 89:72, Osnabrück – Heidelberg 66:64, Leverkusen – Bayreuth 94:78. – Bundesliga, Damen, 9. Spieltag: Köln – Marburg 88:71, Düsseldorf – Leverkusen 102:52, Leimen – München 63:71.

EISHOCKEY

Bundesliga, 26. Spieltag: Düsseldorf – Iserlohn 6:2, Köln – Schwenningen 4:3, Mannheim – Freiburg 12:2, Rießersee – Rosenheim 3:5, Landshut – Kaufbeuren 6:5.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Huttenberg – Lemgo 24:18, Günzburg – Nurnberg 20:17, Großwallstadt – Bergkamen 25:18. – Bundesliga, Damen, 7. Spieltag, Gruppe Nord: Eilbeck – Jarplund-Weding 14:13, Engelskirchen – Berlin 24:14, Kiel – Herzhorn 11:11. – Gruppe Süd: Frankfurt – Kleenheim 12:11.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, 1. Spieltag, Gruppe Nord: Gladbach – Hannover 12:12, RW Köln – Braunschweig 11:6. – Gruppe Süd: Stuttgart – Dürkheim 9:5, München – Frankenthal 4:9, Heidelberg – Limburg 7:13. – Bundesliga, Damen, 2. Spieltag: Gruppe Nord: Braunschweig – Leverkusen 5:9, Hamburg – BW Köln 6:12. – Gruppe Süd: Stuttgart – Berlin 3:7, Brandenburg – Hanau 4:8, Charlottenburg – Frankfurt 5:5, Stuttgart – München-Pasing 5:3.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Heusenstamm – Grenzau 3:3, abgebrochen, Saarbrücken – Reutlingen 7:9, Bad Hamm – Düsseldorf 5:9. – Bundesliga, Damen, 9. Spieltag: Kronshagen – *Ahlem 9:6, Düsseldorf* – Saarbrücken 6:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Paderborn – Hamburg 3:1, Leverkusen – Passau 0:3, München – Gießen 1:3, SSF Bonn – *Frankfurt 3:0*, Norderstedt – Fort. Bonn 3:1. – Bundesliga, Damen, 7. Spieltag: Münster – Stuttgart 3:0, Darmstadt – Augsburg 1:3, Oythe – Lohhof 3:2, Berlin – Vilsbiburg 2:3.

RINGEN

Bundesliga, Endkämpfe, Viertelfinale: Witten – Aalen 18:19, Goldbach – Urloffen 16,5:21, Wiesental – Schifferstadt 18,5:16,5.

TENNIS

Internationale Damen-Meisterschaften von Neusüdwales in Sydney, Vorschlußrunde, Einzel: Durie (England) – Sukova (CSSR) 6:4, 6:4, Jordan (USA) – Sayers (Australien) 6:2, 6:7, 6:0. – Doppel: Sukova/Mandlikova (CSSR) – Durie/Kiyomura (England/USA) 1:6, 6:3, 6:4, Hobbs/Turnbull (England/Australien) – King/Walsh (USA) 6:3, 6:2.

EISSTOCKSCHIESSEN

WM in Frankfurt: Herren, Weitschießen: 1. Aglassinger (Österreich) 123,41 m, 2. Mußner (Deutschland) 113,63. – Mannschaftswertung: 1. Deutschland (Mußner, Stadler, Pfaffinger, Halsbach) 328,91. – Zielschießen: 1. Pfaff (Deutschland) 238 Punkte. – Mannschaftswertung: 1. Deutschland 581. – Damen, Zielschießen: 1. Riedl (Deutschland) 223. – Mannschaftswertung: 1. Italien 577, 2. Deutschland (Riedl, Ponath, Nothaft) 571. Medaillenwertung (sechs Wettbewerbe)

	Gold	Silber	Bronze
1. Deutschland	4	2	0
2. Österreich	1	3	0
3. Italien	1	1	2
4. Schweiz	0	0	3
5. Jugoslawien	0	0	1

EISSCHNELLAUF

Internationales Sprinter-Meeting in Berlin, 1. Tag: Herren: 1000 m: 1. Henriksen (USA) 1:17,51, 2. Thometz (USA) 1:17,83, 3. Engelstadt (Norwegen) 1:17,85, . . . 20. Semler 1:9,87, . . . 22. Nietsch 1:19,96, . . . 31. Lemke 1:20,66, . . . 35. Oberhuber *1:21,22*, . . . *37. Gebauer* 1:21,34, . . . 41. Gawenus 1:21,49, 42. Panzer (alle Deutschland) 1:21,79. – Zwischenwertung nach dem ersten Tag: 1. Henriksen 77,725 Punkte, 2. Ykema 78,100, 3. Thometz 78,10, . . . 25. Nietsch 79,620, 26. Semler 79,635, . . . 32. *Gawenus 80,105, 33. Lemke 80,390*, . . . 35. Oberhuber 80,490, . . . 40. Gebauer 80,920, 41. Panzer 81,055.

SKI ALPIN

„World Series" in Bormio/Italien Slalom der Damen: 1. Steiner (Österreich) 1:5,05 (52,06+52,59), 2. Wenzel (Liechtenstein) 1:45,09 (52,76+52,33), 3. Hess (Schweiz) 1:5,47 (52,86+52,61, 4. Tlalka (Polen) 1:46,06, . . . 22. I. Epple 1:50,28, . . . 28. Hächer (beide Deutschland) 1:51,90.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen-Horst: 1. R.: Anatolier (D. Holuba), 2. Ägäis, 3. Graf Luckner, Toto: 100/38, 122, 17, ZW: 4612, DW: 56 704, 2. R.: 1. Dorinus (P. Schade), 2. Brixen, 3. Forget, Toto: 28/12, 21, 18, ZW: 296, DW: 1386, 3. R.: 1. Victorian Dancer (Andr. Wöhler), 2. Orgelspieler, 3. Adlerwirt, Toto: 15/12, 15, 14, ZW: 44, DW: 140, 4. R.: 1. Zünftiger (Ph. Müller), 2. Ratsherr, 3. Alouette, Toto: 16/10, 21, 16, ZW: 56, DW: 4125, 5. R.: 1. Kniebis (H. Deckers), 2. Salopp, 3. Ucayali, Toto: 60/19, 15, 22, ZW: 240, DW: 2012, 6. R.: 1. Neigo (H. Horwart), 2. Twist, 3. Fahrewohl, Toto: 96/42, 134, 46, ZW: 1680, DW: 114 492, 7. R.: 1. Manet (E. Schindler), 2. Argentus, 3. Romedio Real, Toto: 52/15, 14, 30, ZW: 272, DW: 2484, 8. R.: 1. Morgensturm (M. Zimmermann), 2. Mon Filou, 3. Calimero, Toto: 32/19, 30, 86, ZW: 156, DW: 3326.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 16, 17, 26, 30, 33, Zusatzzahl: 20. – Spiel 77: 1 3 3 1 7 4 1. – **Toto**: Elferwette: 1, 2, 1, 1, 1, 0, 2, 1, 0, 2, 1. – **Glücksspirale**: Endziffern: 82, 609, 1654, 65 621, 972 098, 2 100 640. – Prämienziehung: Endziffern: 317 617, 571 247, 730 434. (Ohne Gewähr)

Die Spider Murphy Gang

Erfolg mit Gamsbart und Elvis-Tolle

Sie ziehen sich auch schon mal ihre Lederhosen an und verachten den Gamsbart nicht, und intonieren tun sie deutsches Liedgut, genauer: knietief bayerisches. Aber wer auf die Suche nach einem Etikett für ihr munteres Singen und Klingen geht, ist schnell am Ende. Liedermacher? Nein. Krautmusikanten?

„Pumuckl-Rock" nennen manche, was die vier knackigen Bayern machen, und meinen dabei vor allem den Gerhard Gmell, Jahrgang 54, alias Barny Murphy, den blonden Münchener Gitarristen und Sänger, in dessen Pseudonym ein Teil des Namens der Gruppe steckt, die sich etwa Anno *1977* auf Elvis Presleys Hit

Spider Murphy Gang – ZDF, 19.30 Uhr

„Jailhouse Rock" die Zeile „Spider Murphy *played the tenor saxophone . . ."* klaubte und fortan als Spider Murphy Gang den mühsamen Marsch durch die Institutionen antrat.

Diese Gang – Günther Siegl, Jahrgang 47, Gesang und Baß; dann Barny; Keyboarder und Sänger Michael Busse, geboren 1956, und Trommler Franz Trojan, geboren 1957 – hatte nach rund zwei Jahren der rockigen Tingelei durch Amiclubs in Bayern und über jede Menge kleiner Bühnen der weiß-blauen Provinz mit ihrem Rezept, den guten alten Rock'n'Roll der fünfziger Jahre zu neuem Leben zu erwecken, am Ende Glück gehabt. Denn ein Mann war auf sie aufmerksam geworden, als sie 1978 im ehemaligen Münchener „Memoland" für eine ausgefallene Gruppe eingestiegen und mit ihrem stilechten Auftritt – Siegls Elvis-Tolle, Barnys Lufthopfer, Busses Hämmerei auf das Klavier und die „Trojanische" Trommelei – sofort die Lieblinge neuer Fans wurden: Georg Kostya, Moderator in Funk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, speziell der Stammsendung „Rockhouse", nahm sich des Quartetts an und ist bis heute so etwas wie ihr Protektor, Förderer und geistiger Mentor.

Er machte den Verein zur Haus-Band seiner Sendung, schlug vor, den Rock'n'Roll mit deutschen Texten zu versehen, traf erst auf Ablehnung, dann Skepsis und schließlich helle Begeisterung. Seither schüttelte Günther Siegl deutsche Texte nur so aus dem Ärmel – auf bayerisch, Alltagsgeschichten über die Sorgen und Nöte, Ticks und Freuden der Zeitgenossen, schnörkellos und allezeit fest auf dem Boden der Wirklichkeit, ohne sonderliche Höhenfluganspruche und, vor allem, mit Drive immer geradeaus. Keiner unkte da mehr was von Trittbrettfahrern aus Nostalgiezügen, niemand konnte die Gang-Songs auf Mundartkitsch abwittern.

Gleichwohl: Aus den „Folklore-Bayern" wurden sattere Profis, deren zweite Longplay kürzlich erschien, und die auch sonst für allerlei Schlagzeilen sorgten – erst mit ihrem Lied vom „Skandal im Sperrbezirk", in das sie die fiktive Telefonnummer einer fiktiven Susi la Douce einflochten und der Bundespost zu ungeahnten Gebührenschüben *verhalfen*; dann mit ihrer ersten Mammuttour 1982; dann mit einem 100-Minuten-Spielfilm, „Spider Murphy Gang", der seit Oktober in den Kinos ist und für den Georg Kostya Buch und Regie übernahm, Michael Verhoeven („Liebe Melanie", „Die weiße Rose", „MitGift"), Paul Born und Hans Brenner am Drehbuch mitwirkten und Verhoeven gleich noch die Herstellungsleitung übernahm.

Damit nicht genug: Anfang November übernahm die Gang eine Tournee durch die „DDR" und der Erfolg der Gruppe, die von dem Ex-Juliane-Werding-Betreuer Tobi Pflug gemanagt wird, war, wie allenthalben zu lesen stand, überwältigend.

Verhoeven jedenfalls muß auch so ein Spider-Enthusiast geworden sein für die Abertausende in der „DDR", die im Schwarzhandel für eine Karte oder eine Platte der Bayern bis zu 150 Mark hingeblättert haben: Er hat die „DDR"-Tour gleich mitgedreht.

ALEXANDER SCHMITZ

Spezialisten für „Pumuckl-Rock": Die Spider Murphy Gang FOTO: KÖVESDI

KRITIK

Zwischen Angst und Bewunderung

Zur Titelmelodie des Western-Klassikers „Spiel mir das Lied vom Tod" kommt die historische Gedenkstätte in der Wüste von Neu-Mexiko ins Bild. Hier erfolgte am 16. Juni 1945 *die Zündung der ersten atomaren* Sprengladung. Für Rüdiger Proske der Auftakt zur 73. Folge seines TV-Langläufers „Auf der Suche nach der Welt von morgen". Doch was Publizist Proske da unter dem vielversprechenden *Titel* ***Die Strategie der neuen Waffen*** (ARD) zusammengetragen hatte, brachte dem verwirrten Zuschauer keine wirkliche Hilfestellung bei der Bewältigung dieser komplex-komplizierten, hochbrisanten und über Leben entscheidenden Thematik.

Angesichts der waffenstrotzenden Bildfolgen hin und her gerissen zwischen Beklemmung und Bewunderung ob der technologischen Großtaten, wurde hier aneinandergereiht, was in den vergangenen Wochen und Monaten schon zur Genüge präsentiert wurde: Das waren alles alte Hüte.

Es dürfte mittlerweile einem jeden aufgegangen sein, daß eine absurde, vielleicht sogar schon jetzt unberechenbar gewordene Hochtechnologiespirale sich selbständig gemacht hat. Die bedrohliche Schönheit einer startenden Rakete, das Schwelgen im Abheben von waffenüberladenen Kampfflugzeugen . . . alles Routine? Zukunftsperspektiven kamen zu kurz.

Hier hätte die Aufklärungsarbeit des Filmes einsetzen müssen, denn ganze Heerscharen von hochqualifizierten Technikern vermarkten hier mit Inbrunst ihr High-Technology-Wissen. Bei einem tatsächlichen Einsatz von gerichteter Energie im Raum, sei es durch Laserwaffen, sei es durch Partikelkanonen, wird der Krieg der Sterne zur Realität. In seiner Machart war der Film unterhaltend, mehr nicht.

DIETER THIERBACH

Kommunist ohne Tischmanieren

Wohlweislich hat die Programmdirektion des Deutschen Fernsehens die Weihnachtsgeschichte der Kabarettistin Trude Herr schon vier Wochen vor dem Fest zur Ausstrahlung befohlen. Zu gallig wäre das Ding dem Fernseh-Bürger am Weihnachtsabend aufgestoßen, und wirklich: Heinrich Bölls satirische Weihnachtsgeschichte ist dagegen ein milder Abglanz des immergrünen Lichterbaums: **Schöne Bescherung** (ARD).

Kein Klischee war den Ersinnern und Herstellern der Geschichte – *Trude Herr und Ulf Becker – zu einfältig*, keines zu abgegriffen, um nicht noch einmal *zur Klamauk-Erzeugung* herbeigezerrt zu werden: Der Kommunist hat keine Tischmanieren, der einsamen Witwe ist zu Weihnachten jeder Mann recht, der Kammersänger ist feist, eitel und dumm, das Homosexuellen-Pärchen turtelt herum, als wollte es in knappen neunzig Minuten alle Vorurteile seiner Umwelt nachdrücklich bestätigen.

Nach der Betrachtung dieser Geschichte fragt man sich nach dem Geschmack der Kölner Fernsehmenschen, die das Ding gedreht haben. Dabei ist anzumerken, daß es nicht um eine Tabuisierung des Weihnachtsfestes geht – dies hat schon lange Kritik verdient –, sondern: Die Menschenverachtung, mit der die Autoren hier ihr Geschäft betreiben, ist böse.

VALENTIN POLCUCH





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.03 Das Traumschiff (5)
11.05 Umschau
11.30 Verfemt oder vergessen?
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.15 Videotext für alle
15.55 Videotext für alle
15.50 Tagesschau
15.55 Tarzan steckt in jedem Manne
Beobachtungen von Ann Schäfer
Wollen sie nun Tarzan sein oder nicht, die Männer von heute? In heiter-ironischen Szenen werden sie betrachtet: die wichtigen, starken, die sich aufplustern und für unwiderstehlich halten, gerne der Größte sein möchten, sei das nun in der Begegnung mit Frauen oder beim Angeben unter ihresgleichen in der Männerclique.
16.45 Unternehmen Spacelab
Start des europäischen Weltraumlabors
Übertragung aus Cape Canaveral
17.30 Der fliegende Baron und andere Tricks
Werkfilm über „Lemmi und die Schmöker"
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Rote Erde
Neunteiliger Film von Peter Stripp
Letzter Teil: Fünf Tage und fünf Nächte
21.15 Unser Mann im All
Ulf Merbold, der erste deutsche *Astronaut*
22.00 Die Entspanner
22.30 Tagesthemen
23.00 Ein Haus steht im Wind
00.20 Tagesschau

ZDF

15.55 heute
15.57 Bild(n)er der Chemie
William Henry Perkin
Leuchtendes Lila aus Teer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.30 Auf Sand gebaut
Filmbericht aus Namibia
Von Caroline und R. H. Materna
16.55 heute / Aus den Ländern
17.20 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Hannes Schöner und Pino d'Angio
17.50 Die Straßen von San Francisco
Briefe aus dem Grab
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Spider Murphy Gang
Rock'n'Roll-Rendezvous in der „DDR"
20.15 Kontakte
Jugend und Religion heute
Moderation:
Wolf-Rüdiger Schmidt
21.00 heute-journal
21.20 Die große Kapitulation
Vom unrühmlichen Ende des Fernsehmagazins „Offene Welle"
Nach Dokumenten
Mit Ernst Stankovski,
Volkert Kraeft u. a.
23.05 Zeugen des Jahrhunderts
Der 79jährige Historiker, Politiker und Hochschul-Professor Theodor Eschenburg im Gespräch mit Peter Kustermann
00.00 heute



Hans Schulze (l.) und Ernst Stankowski in einer Szene des dokumentarischen Fernsehspiels „Die große Kapitulation" (ZDF, 21.20 Uhr)
FOTO: RÖHNERT

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
21.45 Wie ein Vogel im Käfig?
Düsseldorfer Sinti ziehen um
22.15 Maloche vor Ort
23.15 Unser Ladenschlußgesetz
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Nach dem Schillerberg (3)
19.00 Familientraining (4)
19.15 Sprechstunde
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.30 Stolz und Vorurteil (5)
22.25 Dr. Mambos Musikjournal
22.55 Parma
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten
19.00 Das internationale TV-Kochbuch
19.15 Der Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 KZ Dachau
Erinnerungen 1983 – Priester berichten
21.00 Drei aktuell
21.15 Task Force Police
Prioritäten
22.05 Kultur – aktuell in Hessen
22.55 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Menschen in Amerika
21.05 Flash Gordons Flug zum Mars
21.25 Der weise Mann und das Spinnrad
22.10 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Da schau her!
18.40 Der Paddington-Bär
18.45 Rundschau
19.00 Harlekin
19.20 Broadway-Melodie
Amerik. Revuefilm, 1944
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Industrieplatz Weltraum
22.50 Schach dem Mörder
0.00 Rundschau

VOLLEYBALL / Eklat beim Spitzenspiel der Damen-Bundesliga in Oythe

Bundestrainer winkte den SV Lohhof vom Feld

dpa, Vechta

Mit einem Eklat endete das Spitzenspiel der Volleyball-Bundesliga zwischen den Frauenteams VfL Oythe und SV Lohhof: Nach dem vierten Satz – der VfL Oythe hatte gerade zum 2:2 ausgeglichen – signalisierte Bundestrainer Andrzej Niemczyk seiner Mannschaft, das Spielfeld zu verlassen. Seine Begründung für diesen ungewöhnlichen Schritt, der von den 1500 Zuschauern in der restlos ausverkauften Vechtaer Antoniumhalle mit einem gellenden Pfeifkonzert quittiert wurde: „Die Bedingungen waren nicht mehr tragbar. Das Verletzungsrisiko für alle Spielerinnen war zu groß."

Damit spielte Niemczyk auf die Rutschpartien an, die insbesonders bei seinen Schützlingen zu beobachten waren. In der Tat hatte das Meister-Ensemble akute Standschwierigkeiten auf dem Parkett, das durch die Berührung mit den nassen Trikots und dem in Strömen fließenden Schweiß immer wieder bewässert wurde. Allerdings verliefen die Stürze *sehr einseitig, denn die Volleyballerinnen* des gastgebenden Teams blieben weitgehend standhaft.

Für Schiedsrichter Hans-Dieter Schmidt (Düsseldorf) gab es keinen Grund, das Spiel abzubrechen. „Die Bedingungen waren für beide Mannschaften gleich. Offensichtlich hatten die Lohhoferinnen die größeren Probleme mit dem Schuhwerk", sagte Schmidt, der nach dem Match einen formellen Protest des LV Lohhof entgegennahm.

Andrzej Niemczyk ließ seinem Ärger freien Lauf. „Das war verantwortungslos. Ich habe Herrn Schmidt bereits im zweiten Satz gebeten, das Spiel abzubrechen." Davon mochte freilich der Schiedsrichter nichts wissen. „Der Herr Bundestrainer hatte überhaupt nichts zu signalisieren. Als Trainer des SV Lohhof fungierte laut Spielberichtsbogen Herr Eichinger." Der Niemczyk-Assistent formulierte dann auch den Protest, mit dem sich nun die Spruchkammer des Deutschen Volleyball-Verbandes beschäftigen muß. Zunächst einmal wird das Spiel mit 3:0 für den VfL Oythe gewertet. Bliebe es dabei, wäre es nach 41 Siegen in zwei Jahren die erste Punktspiel-Niederlage für die Lohhoferinnen.

Das mit südländischer Begeisterung mitgehende Publikum erlebte in den vier Sätzen (9:15, 15:10, 13:15, *15:10*) *eine Partie*, die auf sehr hohem Niveau stand. „Es war das beste Spiel, das ich je von einer Mannschaft gesehen habe", meinte ein überglücklicher VfL-Trainer Klaus Staas, der seine Freude auch nicht durch die ungewöhnliche Maßnahme von Niemczyk getrübt sah.

Pankraz, der Demokrat und die Schwangere

Mit der Demokratie sei es wie mit der Schwangerschaft, meinte ein pointenversessener, spät zur Demokratie bekehrter Fernseh-Talkmaster, „ein bißchen davon gibt es nicht". Eine Programmzeitschrift fand den Spruch so treffend, daß sie ihn unter ihre „Geflügelten Worte der Woche" einreihte. Der Vorgang zeigt, wie wenig der staatsbürgerliche Unterricht angeschlagen hat (oder wie schlecht er gewesen ist), denn in Wirklichkeit gibt es nichts, was vermischter, in sich verschiedener und graduell gestufter wäre als die Demokratie. Nur in den Köpfen von eifernden Patentdemokraten existiert die „reine Demokratie", die Demokratie an sich, die Demokratie qua Schwangerschaft.

Kein einziges demokratisches Staatswesen in der Welt gleicht dem anderen. Das beginnt schon mit den formalen Regelungen zur Ermittlung des sogenannten Volkswillens, mit den Wahlmodi, mit der Art und Weise, wie die Stimmen gezählt und verrechnet und am Ende die Kompetenzen verteilt werden. Eine Demokratie wie die der Vereinigten Staaten würde, auf mitteleuropäische Verhältnisse übertragen, höchst „undemokratisch", nämlich aristokratisch und überpräsidial, aussehen. Daß der Staatschef nicht von den parlamentarischen Kammern bestimmt wird, daß er eine gewaltige Machtfülle in seinen Händen vereint und keineswegs für alles und jedes ein Mehrheitsvotum benötigt, widerspricht eindeutig dem, was man sich hierzulande traditionellerweise unter Demokratie vorstellt.

Das Wahlrecht ist freilich nur ein Aspekt der demokratischen Verfassung. Längst hat man sich angewöhnt, nur dann von einer „echten Demokratie" zu sprechen, wenn darüber hinaus der ganze Kanon der berühmten Menschen- und Bürgerrechte gewährt wird, Religions- und Gewissensfreiheit, Meinungs-, Presse-, Informations- und Lehrfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Garantie des Eigentums und des Erbrechts, Gleichheit vor dem Gesetz, Verbot der Doppelbestrafung, Garantie gegen ungerechtfertigte Verhaftung usw.

Was aber, wenn ein Staat das Wahlrecht verweigert oder suspendiert, das Parlament in die Ferien schickt, den ganzen übrigen Katalog der Menschenrechte jedoch weitgehend unangetastet läßt und sogar ausdrücklich garantiert? Nur blinde Eiferer würden dann leugnen, daß hier zumindest „ein bißchen" Demokratie praktiziert wird. Andererseits kommt es durchaus vor, daß Staaten mit dem ganzen Instrumentarium freier Wahlen und eines ordentlichen Parlamentarismus prunken, kraft Mehrheitswille indessen immer mehr Menschenrechte einschränken oder gar abschaffen. Sozialistische Mehrheiten vor allem vergreifen sich immer wieder gern am Recht auf Eigentum, am Recht der Pressefreiheit oder am Recht auf freie Religionsausübung. Man muß dann wohl konstatieren, daß in dem betreffenden Staat „ein bißchen" Demokratie verlorengegangen ist.

Dabei wird klar, daß es – wie es eine Dialektik der Aufklärung gibt, die in ihr Gegenteil, nämlich in die Barbarei, umschlagen kann – auch eine Dialektik der Demokratie geben muß. Auch die Demokratie kann, auf die Spitze getrieben, in ihr Gegenteil umschlagen, in Diktatur und Despotie. Die „reine Demokratie", der totale Vollzug des Volks- oder Mehrheitswillens, stellt sämtliche Menschen- und Bürgerrechte zur Disposition, degradiert sie zur bloßen Funktion plebiszitärer Entscheidungen und liefert die Minderheiten der Willkür der Mehrheit aus.

Oftmals geschieht dies im substaatlichen Bereich der Gesellschaft, in den Betrieben und Schulen, Vereinen und Parteien, während die genuin staatlichen Institutionen selbst scheinbar unangetastet bleiben. Sogenannte „Demokratisierer", selbsternannte Exekutoren der angeblichen „volonté générale", machen sich auf, um überall „die Demokratie" durchzusetzen. Komplizierte Aristokratien, elitäre, nach Leistung strukturierte Gebilde wie Universitätsseminare, Zeitungen, Kunstvereine werden lähmenden Verfahrensdebatten und gleichmacherischen Abstimmungen unterworfen und dadurch rücksichtslos niedergebügelt. Und zum Schluß wendet sich die Furie dieser „Demokratisierung" doch noch gegen den demokratischen Staat direkt: Die frei gewählten Abgeordneten der Parlamente werden zu Marionetten der „Basis" degradiert; das demokratische Prinzip triumphiert, wenn auch um den Preis vollständiger Ineffizienz. Von nun an warten alle nur noch auf den großen Diktator, der den gordischen Knoten durchhaut.

Demokratie ist also – um bei dem Gleichnis des törichten Talkmasters zu bleiben – das genaue Gegenteil von Schwangerschaft. Sie funktioniert nur dann, wenn sie „ein bißchen" praktiziert wird, sie muß eingegrenzt und kontrolliert und vor sich selbst geschützt werden. „In einer Demokratie", meinte der große Demokrat und Spötter Anatole France, „ist das Volk seinem eigenen Willen unterworfen, und das ist eine harte Knechtschaft, denn der angebliche Wille der Gesamtheit ist im einzelnen wenig oder gar nicht vorhanden". Um die Knechtschaft zu mildern, empfiehlt es sich, die demokratischen Verfahren mit den jeweiligen Volkstraditionen zu verknüpfen und sie nicht übergreifen zu lassen auf von Haus aus unpolitische, komplizierte und leistungsabhängige Lebensbereiche.

Vor allem jedoch kommt es darauf an, den um die Rechtsstaatlichkeit gruppierten Kern der Menschenrechte ganz fest in der Verfassung zu verankern und den Brotkorb der Verfassungsänderung für die wechselnden Parlamentsmehrheiten ganz hoch zu hängen. Rechtsstaat geht vor Mehrheitsentscheidung: Dies muß das Grundprinzip maßvoller Demokratie bleiben, damit sie keine Monster und Ungeheuer gebären kann.

Pankraz

Der russische Filmregisseur A. Tarkowskij inszenierte Mussorgskijs Oper „Boris Godunow" in London

In düsteren Gräbern schweigt das Volk

„Das Volk hüllt sich in Schweigen" – diese letzte Bühnenanweisung bei Puschkin ist der Angelpunkt, an dem sich jede Inszenierung des „Boris Godunow" zu orientieren hat. Es ist eine rätselhafte Bühnenanweisung. Eine Sekunde vorher „schweigt das Volk voller Entsetzen", gebannt durch den Tod Maria Godunowas und ihres Sohns Fedor. „Was schweigt ihr?" brüllt Mosalskij das Volk an! „Ruft doch endlich: Es lebe der Zar Dmitrij Iwanowitsch!"

Die Inszenierung von Mussorgskijs „Boris Godunow" am Londoner Covent Garden sollte uns Auskunft geben, was wohl die Arbeit an diesem musikalischen Schauspiel für den sowjetischen Filmregisseur Andrej Tarkowskij bedeuten würde. Die Absicht der Theaterdirektion bestand offensichtlich darin, einer der meistgespielten russischen Opern durch die Interpretation eines russischen Regisseurs größere Aktualität zu verleihen. Das Risiko, das sich aus der Tatsache ergab, daß der nun schon seit zwei Jahren im Westen arbeitende und in der Oper unerfahrene Tarkowskij eher nach einer dramatischen und visuellen als nach einer musikalischen Logik vorgehen würde (mit dem herausragenden Dirigenten Claudio Abbado sicherte man sich allerdings von vornherein den musikalischen Erfolg), verlor sich angesichts der Erwartungen, die man an die ungewöhnlichen Regie-Ideen und an die Individualität seiner Konzeption richtete.



Der Tod des Boris: Robert Lloyd als Zar und Fiona Kimm als sein Sohn in der Londoner Inszenierung FOTO: SAD

Das Interesse des Regisseurs des Films „Andrej Rublew" am historischen und dramatischen Stoff des „Boris Godunow", an der für die russische und englische Literatur so zentralen Rolle des Herrschers als Tyrann und Usurpator liegt auf der Hand. Diese Frage nach der Ethik der Herrschenden und derer, die sich beherrschen lassen, wird in der russischen Tradition häufig eher indirekt gestellt – doch die Reaktion der Machthaber ist immer eindeutig: so war Teil II von Eisensteins „Iwan der Schreckliche" in der Sowjetunion jahrelang verboten, und die Inszenierung des „Boris Godunow" am Moskauer Taganka-Theater im vergangenen Jahr durch Jurij Ljubimow wurde nach einigen Vorstellungen durch das „Ministerium für Kultur" einfach abgesetzt.

Der Schwerpunkt von Tarkowskijs Inszenierung liegt im Visuellen. Von der ersten Minute an drängt sich die Assoziation mit der Kamera auf. Mit Hilfe einzelner Scheinwerfer erzielt Tarkowskij „Großaufnahmen" und „Tiefenschärfe" im Kontrast zur „Totalen" bei voller Ausleuchtung der Bühne.

Frappierend konkret tritt in der Inszenierung die für Tarkowskijs Ästhetik so typische Zeitkonzeption zutage: Hinter einem dunklen Mauerdurchbruch schwingt ein riesiges, mondähnliches Uhrpendel. Es illustriert die historische Zeit, die Zeit der Herrschaft des Usurpators, solange seine Stunden noch nicht gezählt sind, und wird im Augenblick des Todes von Boris Godunow durch den Blick des Zarewitsch-Gespenstes gestoppt. In einem weiter gefaßten philosophischen Sinn symbolisiert das Pendel das unaufhaltsame Nahen des Endes. Nicht zufällig spricht Tarkowskij davon, daß wir in einer „apokalyptischen" Zeit des Gerichts über die Menschheit und ihre Sünden leben.

Der ganze Bühnenraum wird durch ein Brettergerüst aufgeteilt, das von oben auf die Vorbühne heruntergelassen wird. Die Vertiefungen, die dadurch auf beiden Seiten entstehen, sehen aus wie Jauche, in denen das Volk herumwimmelt und den neuen Zaren bejubelt. In allen bisherigen Inszenierungen dieser Oper wurde das Volk immer als positive Kraft, als Träger des historischen Prozesses verstanden. Bei Tarkowskij nun tritt es als eine elementare, selbstzerstörerische Größe auf.

Im Prolog – die Ouvertüre erklingt erst, wenn der Vorhang schon geöffnet ist – versammelt sich das Volk in einer langsam um sich greifenden Dunkelheit mit Kerzen in den Händen an der Mauer des Neujungfrauenklosters. Es bittet Boris, Zar zu werden, doch es „weiß nicht, was es tut", und so wird es denn auch wenig später den neuen Zaren bejubeln. Tarkowskij, der für seine Inszenierung auf die erste Version Mussorgskijs und nicht auf die weit optimistischere, in der Sowjetunion immer gespielte Version Rimskij-Korsakows zurückgreift, setzt somit einen deutlichen Akzent auf die Selbstverschuldung, auf die „tragische Schuld" des Volkes, und dieser Akzent läßt sich durchaus als eine Paraphrase des für uns Russen so typischen Ausspruchs verstehen: „Wir haben die Machthaber, die wir verdienen."

Im Finale legt sich das Volk in jene russische Erde, der es auch entsprungen ist. In diesem Augenblick erstrahlt ein Kruzifix. Auf der Bühne ist nur noch der „Narr in Christo" zu sehen, eine Person, die Tarkowskij in seiner Inszenierung besonders heraushebt. Er ist der einzige, der nichts weiß, er ist ein seliger Unwissender, der während der gesamten Aufführung mit einem über den Kopf gestülpten Sack auf der Bühne herumläuft. In welch undurchdringliche und furchtbare Leere entschwindet im Finale sein jämmerliches Klagelied „Leid, Leid über dich, Rußland! Weine, russisches Volk!" Doch das Volk weint nicht, es hört gar nicht mehr, es „schweigt" in seinen düsteren, schon ausgehobenen Gräbern. Nur in bezug auf Gott wird es sehend, wie der „Narr in Christo", der seit uralter Zeit in Rußland als gottgesalbt gilt.

Auch die Interpretation des von Robert Lloyd gesungenen Boris hängt eng mit Tarkowskijs filmischem Werk zusammen, mit der Idee, daß grenzenlose Macht den Menschen ins Verderben stürzt. So zerstört dann auch die Besessenheit durch die Macht am Ende Boris selbst. Völlig teilnahmslos blicken die Bojaren in ihren prächtigen langen Gewändern auf den gepeinigten Boris und quälen seine Phantasie mit gezielten Details über den Tod des jungen Zaren und das Auftreten des Usurpators. Boris liegt im Sterben, er halluziniert bereits. Pimen (Gwyune Howell) tritt ein, und sein Bericht von der Ermordung des jungen Zaren, den das Volk schon als Märtyrer verehrt, klingt wie die Worte des Jüngsten Gerichts.

Als ein besonderes Thema wird von Tarkowskij die Person des „rechtschaffenen Alten" Warlaam (Aage Haugland) entwickelt. Er wird zu einer Verkörperung der Kraft und Weisheit des Volkes, er ist draufgängerisch und voller Elan. Mit einem feinen, fast volkstümlichen Humor setzt Tarkowskij diese Person in Kontrast zu dem „niedergeschlagenen" Missail. Warlaam wird bei Tarkowskij zum Repräsentanten des Volkes, genauer zum Repräsentanten des schon nicht mehr völlig unwissenden Teils des Volkes. Im Unterschied zur „grauen und dunklen Volksmasse", die ja keineswegs alles versteht, wie die sowjetische Kritik immer betont, ist Warlaam bereit, im Namen des „heiligen Mütterchens" Rußland alle Leiden auf sich zu nehmen.

Wie schon in Tarkowskijs Filmen zieht auch in dieser Inszenierung der den kürzeren, der die Rätsel zu lösen versucht, die der Regisseur scheinbar durch seine Bilder aufgibt. In einem musikalischen Schauspiel wäre eine solche Intellektualisierung, die ja auch der Regisseur selbst entschieden ablehnte, noch weniger angebracht. Tarkowskij bringt Film und Musik einander nahe.

NATAN FEDOROWSKIJ

JOURNAL

UNO für Rückgabe von Kulturbesitz

AP, New York

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat sich für die Rückkehr von Kulturbesitz ins Ursprungsland ausgesprochen. Die Entschließung wurde mit 123 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen bei 13 Enthaltungen angenommen. Griechenland, das sich mit Großbritannien über die sogenannten „Elgin Marbles" streitet, hatte die Resolution mit eingebracht. Der britische UN-Botschafter John Margetson enthielt sich der Stimme und erhob grundsätzliche Einwände gegen die Entschließung. Großbritannien könne das Ansinnen nicht akzeptieren, daß Kunstbesitz, der über Jahre hinweg gekauft und bezahlt worden sei, dem Ursprungsland zurückgegeben werden solle, erklärte er. Neben Großbritannien enthielten sich auch die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Schweden, Dänemark, die Beneluxländer, Irland, Israel und die Vereinigten Staaten der Stimme. 22 Länder waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Galiläische Festung aus dem 10. Jahrhundert

AFP, Haifa

Ein Festungsbau aus dem 10. Jahrhundert v. Chr. ist von israelischen Archäologen in der Ortschaft Roch Hazait in Niedergaliläa entdeckt worden. Die Ruinen stammen aus der Zeit der phönizischen Handelskolonien in dem Gebiet. Der offenbar durch Feuer zerstörte Bau ist von zwei Meter dicken Mauern umgeben. Bei den Ausgrabungen wurden Amphoren und weitere Tonbehälter in phönizischem Stil sowie Eisenwerkzeuge, namentlich Sicheln und eine Pflugschar, zu Tage gefördert. Die Archäologen sind der Ansicht, daß der Bau in der in der Bibel mit „Cabul" bezeichneten Gegend im Norden des Königsreichs Israels lag.

Ausstellung erinnert an Bauhaus-Künstler

dpa, Berlin

Das Bauhaus-Archiv in Berlin zeigt in einer Doppelausstellung Arbeiten der ehemaligen Bauhaus-Künstler Albert Flacon und Katja Rose. Der in Paris lebende Maler und Grafiker Albert Flacon (vormals Mentzel) hatte sich als Schüler von Josef Albers und Oskar Schlemmer bis 1933 mit gebrauchsgrafischen Arbeiten einen Namen gemacht. Katja Rose war am Bauhaus Schülerin von Oiltti Berger, Lilly Reich, Wassily Kandinsky und Josef Albers.

Vorträge über die Irrwege der Angst

DW. Köln

Die Vorträge und Diskussionen des Kongresses „Irrwege der Angst", der von der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung im Januar in München veranstaltet wurde (s. WELT v. 22. 1.), liegen jetzt in einer Broschüre vor. Der Band, herausgegeben von Nikolaus Lobkowicz, enthält u. a. die „Beobachtungen zur Sozialpsychologie der Krise" von Prof. Schmidtchen, Zürich, Prof. C.-A. Andreas' Untersuchung über „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit" oder den Beitrag von Prof. Jeanne Hersch, Genf, „Zur Krisen-Diskussion in Europa". Der Band mit 378 Seiten (Vertrieb: J. Bachem, Köln) kostet 24,80 Mark.

Sammlung Reinheimer: Ausstellung und Katalog

DW. Stuttgart

Bis zum 11. Dezember zeigt die Galerie der Stadt Esslingen die „Sammlung Reinheimer". Es handelt sich dabei um eine wichtige Privatsammlung deutscher Kunst des 20. Jahrhunderts, die seit 1978 aufgebaut wurde. Sie umfaßt Werke vom Expressionismus bis zur gegenwärtigen Kunst mit dem Schwergewicht auf der Kunst der Nachkriegszeit. Eine der jüngsten Erwerbungen ist z. B. die „Figur Maja V" von Horst Antes. Zur Ausstellung erschien bei Kohlhammer in Stuttgart als Sammlungskatalog der Band „Kunst des 20. Jahrhunderts" von Wilhelm Gall (248 S., 87 farb. Tafeln, 69 Mark).

Lotte Eisner †

AFP, Paris

Die Filmhistorikerin Lotte Eisner ist im Alter von 87 Jahren in Garches bei Paris gestorben. Die gebürtige Berlinerin arbeitete eng mit Fritz Lang, Eisenstein und Max Reinhardt zusammen und gilt als bedeutende Expertin des expressionistischen Films. 1933 verließ sie Deutschland und emigrierte nach Paris, wo sie ein Jahr später Henri Langlois kennenlernte. Mit Langlois baute sie nach dem Krieg die Pariser Cinémathèque auf, deren Chefkonservatorin sie bis 1975 war. Eisners Hauptwerk „Die dämonische Leinwand" wurde in acht Sprachen übersetzt. Ihr letztes Werk „Fritz Lang" kommt postum im nächsten Jahr heraus. Seit 1952 hatte die Autorin und Filmkritikerin die französische Staatsangehörigkeit. In diesem Jahr war sie nach zahlreichen Auszeichnungen in die französische Ehrenlegion aufgenommen worden.

Claude Levi-Strauss 75

Ein Solitär übt sich im wilden Denken

Wie gewaltige erratische Blöcke stehen die Hauptwerke von Claude Levi-Strauss, der heute in Paris seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag feiert, in der wissenschaftlichen Landschaft Frankreichs. Da sind die vier Bände „Mythologica", die drei Bände der „Strukturalen Anthropologie", die „Traurigen Tropen" und das „Wilde Denken". Der Zeitgeist subsumierte sie unter dem Stichwort „Strukturalismus" und brachte sie in Zusammenhang mit den Schriften Lacans und Foucaults. Doch in der Totalen zeigt sich jetzt, daß Levi-Strauss ein Solitär ist, der im Grunde nur mit sich selbst verglichen werden kann.

Seine Bücher wimmeln von interessanten, rhetorisch funkelnd dargebrachten Details, sie sind farbenprächtig noch dort, wo ihr Autor im Schlamm wühlt, wie in den „Traurigen Tropen". Aber die Philosophie, die sich aus ihnen zusammensetzt, ist kantig in ihrer gnadenlosen Stringenz und eher grau. Es gibt, sagt Levi-Strauss, keine menschliche Subjektivität und Identität, es gibt nur einen Teppich von Fakten, ein Straminnetz, dessen Stickereien die Menschen einschließen wie der Kokon die Raupe. Unsere Aufgabe ist es, die sinnreiche Knüpfung der Knoten und das Ganze des Teppichs zu erkennen und zu akzeptieren. Alles bloße Wollen und eigene Entwerfen ist von Übel.



Farbenpracht im Schlamm der traurigen Tropen: Claude Levi-Strauss FOTO: CAMERA PRESS

Am besten gelingt die Erkenntnis dem „wilden Denken" der Naturvölker, die sich einen Mythos erzählen und von Generation zu Generation weitertragen. Der Mythos ist kein subjektives Bild, das sich der Mensch von der Welt macht, sondern er ist die Welt selbst. Generalschlüssel der modernen Wissenschaft ist folglich die Ethnologie. Durch das Studium der von den Naturvölkern erzählten Mythen erschließt sie sich Wirklichkeit, und zwar zeitlose Wirklichkeit, die auch unsere Gegenwart konstituiert.

Wohltuend an der Ethnologie des Levi-Strauss ist ihr scharf anti-ideologischer Effekt, der sich vor allem in der Polemik gegen die Spinnereien der Sartre & Co. bewiesen hat. Daß der Mythos aber auch eine eminent metaphysische Dimension hat, kann man nicht bei Levi-Strauss nachlesen, sondern bei Karl Kerényi und Mircea Eliade. Will die akademische Jugend, die heute zum Studium des Mythos zurückkehrt, nicht in Hoffnungslosigkeit verfallen, so muß sie Eliade und andere gegen Levi-Strauss aufrufen.

GÜNTER ZEHM

Bochum: Brechts „Mahagonny" unter M. Karge

Schnapsbad ohnegleichen

Die beiden Tiefschläge dieses Bochumer Boxkampfes mit Bert Brechts „Mahagonny" kommen in der ersten und in der letzten Runde. Da holt der „DDR"-Regisseur Manfred Karge ganz weit aus, um dem Erzfeind USA mal ganz kräftig unter die Gürtellinie zu schlagen. Zunächst muß ein Brecht-Text („Verschollener Ruhm der Riesenstadt New York") *dazu herhalten, dem dummen westdeutschen Zuschauer klarzumachen,* woher der Untergang kommen wird. Und am Schluß sind dann Bomber und Raketen zugange, damit der aktuelle Bezug vollends klar werde.

Dazwischen liegt eine flotte, pointierte, einfallsreiche und sehr präzise Inszenierung, die mit dieser platten Aktualisierung so gut wie gar nichts zu tun hat. Der politische Tiefschlag erweist sich als ästhetisches Eigentor: Das künstlerische Gewissen des Regisseurs stand seiner ideologischen Beflissenheit recht eindeutig im Wege.

Karge inszenierte in Bochum nicht die Brecht/Weill-Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny", sondern eine Misch-Fassung aus dem 1927 in Baden-Baden uraufgeführten Songspiel „Mahagonny" (dessen Originalfassung nicht mehr erhalten ist) und der späteren Oper. Das reduziert die Fabel noch mehr auf die dürre Geschichte des Holzfällers Paul Ackermann, der so lange geschätzt wird, wie er Geld hat, und den man hinrichtet, als er seine Saufrechnung nicht mehr bezahlen kann. Darüber, warum Karge dieser Fassung (die er 1963 zusammen mit Matthias Langhoff erarbeitete) den Vorzug gibt, kann man nur Vermutungen anstellen. Sie ist praktikabler, erfordert weniger Aufwand, hat aber – zumindest von Brecht aus geurteilt – auch den Nachteil, daß ihre Ästhetik sich gegenüber dem „Zeige"-Effekt viel stärker durchsetzt, was im Hinblick auf Karges erwähnte politische Absicht ein Widerspruch ist.

Es ist ja die bis heute ungelöste Crux von Brecht, daß sich seine Ästhetik selbständig macht. Das „Kulinarische", das er ja selbst immer wieder betont, folgt keineswegs der Absicht, sich dialektisch gegen sich selbst zu wenden. Das Leierkasten-Timbre der Musik, die Künstlichkeit der Unterwelt, das Ganoven- und Bettler-Milieu, die Schönheit der Sumpfblüten – das alles ist längst keine antibürgerliche Attacke mehr, das kann man genießen gerade in seiner anarchischen Stilisierung. Und entsprechend genießen kann man auch Karges Inszenierung. Wenn sich da einer – konsequent glückselig – zu Tode frißt und säuft wie das Ur-Vieh Jakob Schmidt (Rupert J. Seidl), dann freut man sich an seinem Lebensgefühl um so mehr, als die genau stilisierte Darstellung es auf eine Ebene hebt, die so ästhetisch ist, wie eine naturalistische Darstellung es nie sein könnte.

Und in dieser Hinsicht ist Karge ein Meister. Bei jenem Boxkampf zum Beispiel, bei dem Paul Ackermann (Otto Kukla) sein Vermögen mit einer Wette verliert, fließt das Blut in Strömen. Jeder Schlag eine neue Fontäne. Aber man brüllt vor Lachen, weil da natürlich eine Umkehrung des berühmten Sahnekuchen-Gags drinsteckt. Und die artistischen Einlagen (etwa wie einer durch die Seile fliegt) sind einer Akrobaten-Truppe würdig. Ähnlich die Sauforgie, die Ackermann dann nicht mehr bezahlen kann. Da fließt der Whisky wahrhaft in Strömen. Über Kleider und Anzüge, über Arme und Köpfe, in Gläser (nur wenig) und über den Boden. Ein Schnaps-Bad ohnegleichen. Sorgfältigst ausbalanciert. Genau berechnet. Man amüsiert sich königlich. Und weil die Story wegen des antikapitalistischen Aufzeige-Effekts so bewußt kärglich und absurd ist, nimmt man sie über diesem Spektakel gar nicht mehr für voll.

Das trifft begrenzt sogar auf Ackermanns Geliebte, die schwarze Hure Jenny, zu. Sandra Markus, die in dieser Rolle die überragende Leistung des Abends bot, erlaubt sich immer wieder Augenblicke der psychischen Betroffenheit und fällt dadurch oft aus dem Brechtschen Rahmen. Aber sie löst als einzige Nachdenken aus, obwohl man sich natürlich köstlich darüber freut, wie das kleine Persönchen ihrer Umwelt zeigt, wo es langgeht.

Die Widersprüche dieses Theaterabends sind keine Brechtschen Brüche. Sie sind Gewaltsamkeiten ohne Überzeugungskraft. Dafür gab es eine ganze Reihe von Buhs.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Basel: F. Bayer dramatisiert „Homers Odyssee"

Schlag zwölf war's neun

Die „Odyssee" von Homer dramatisieren? Dazu gehörte schon ein Hauptkerl. Der Regisseur Friedrich Beyer ist dieser Hauptkerl nicht. Trotzdem hat er sich schon einmal, vor einem halben Dutzend Jahren in Heidelberg, an Homer vergriffen, und das damalige Desaster hielt ihn nicht davon ab, jetzt in Basel ein gleiches zu versuchen. Das Unternehmen ist völlig danebengeraten.

Es reichte nur zu einer Art Lesung mit verteilten Rollen. Die große Opernbühne des Basler Stadttheaters bleibt ständig offen, der Hintergrund ist eine neutrale weiße Leinwand. Vor Pulten sitzen zahlreiche neutral weißgewandete Schauspieler und Schauspielerinnen, fast alle hellblond, wie es die Griechen nun einmal sind, und lesen Homer. Einige Männer tragen Schiebermützen, hellgraue Fedoras wie die Chicago-Gangster der dreißiger Jahre, einer sogar eine Melone. Man merkt sehr selten, wer gerade spricht, da alle wie Schlagersänger Mikrophone benutzen. Stilmittel? Oder reichten die Stimmen nicht aus? Die Verwirrung bei den Zuschauern ist groß.

Nur Handlungsstummel werden gelegentlich vorgeführt, obwohl ja die „Odyssee" vor Handlungen geradezu birst. Odysseus krabbelt aus blauer, den Boden bedeckender Seide hervor, als sei er soeben dem stürmischen Meer entronnen. Anschließend wäscht er sich in diesen blauen „Fluten" die Hände. Oder drei, vier Akteure schaukeln auf ihren Stühlen hin und her, um auszudeuten, daß sie auf der Reise sind, auf einer Wagenfahrt.

Alles wird ständig, fast pausenlos untermalt mit Musik (Wolfgang Löffler), Orff schlecht nachempfunden, wäßrig, die Instrumente: Becken, Harfe, Harmonium. Man hat den Eindruck, daß Beyer es so undramatisch wie nur möglich wollte, selbst im dramatischen letzten Viertel. Da kehrt Odysseus heim und vernichtet die Freier seiner Frau Penelope. Das wird deklamiert, nicht etwa vorgeführt. Und die vielleicht schönste Szene der epischen Weltliteratur – der alte und schon schwache Hund erkennt seinen Herrn Odysseus trotz seiner Verkleidung – muß aus begreiflichen Gründen ganz entfallen.

Das Ganze währte mit Pause fast vier Stunden. Viele Besucher räumten vorzeitig das Feld, und sie werden es zweifellos auch in Berlin tun, wenn die Produktion, wie man munkelt, zu den Theaterwochen eingeladen wird. Niemals paßten des Kritikers Alfred Kerr Worte besser als hier: „Um Mitternacht sah man auf die Uhr, da war es neun!"

Traurig, so etwas aus Basel berichten zu müssen. Unter Düggelin wurde hier einst europäisches Theater gemacht, unter Hollmann war es oft sehr interessant, auch unter dem jetzigen Direktor Stattkuss bis vor kurzem noch. Allerdings nie unter dem Hausregisseur Friedrich Beyer. Der ist ganz offensichtlich eine Fehlbesetzung.

CURT RIESS

KULTURNOTIZEN

„Baltisches Silber aus dem 17. bis 19. Jahrhundert" zeigt die Deutsch-Baltische Landsmannschaft bis zum 4. Dezember im Schloßmuseum Darmstadt.

„Der Deutsche Jugendfotopreis 1984" wurde vom Kinder- und Jugendfilmzentrum in Remscheid (Küppelnstein 34) ausgeschrieben. Das Sonderthema lautet „Da kümmern wir uns drum".

„Die Fürstenkanzlei des Mittelalters" heißt eine Ausstellung über die Anfänge weltlicher und geistlicher Zentralverwaltung in Bayern, die bis 18. Dezember im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu sehen ist.

Ein Festival des österreichischen Films findet vom 9. bis 15. Dezember im Wiener Künstlerhaus statt.

Das New Yorker Metropolitan Museum ehrt Yves Saint Laurent mit der Ausstellung „25 Jahre Modezeichnen".

Zeichnungen von französischen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts sind derzeit im Pariser Balzac-Haus zu sehen.

Sir Anton Dolin, britischer Choreograph, ist 79jährig in Paris gestorben.

Drei-Tonnen-Beute: Londoner Goldräuber leisteten Schwerarbeit

Sechs Unbekannte entkamen mit Edelmetall und Diamanten im Wert von 130 Millionen Mark

FRITZ WIRTH, **London**

Als Kommissar Frank Cater auf der Szene erschien, hatte er nach dem ersten Schock noch Sinn für zunftgerechte, handwerkliche Bewunderung: „Gute Arbeit", befand er, „hier waren Profis am Werk, die wußten, was sie tun." Wer innerhalb von zwei Stunden drei Tonnen Gold stiehlt und als dekorative Zugabe noch einige Hände voll Diamanten mitnimmt, muß neben aller Chuzpe über ein beträchtliches Maß an „Insiderwissen" verfügen. Denn nicht jeder Mann weiß auf Anhieb, wo so in London gerade 6800 Goldbarren zur Selbstbedienung herumliegen.

Verbrechen solcher Dimensionen kitzeln beim Briten – vor allem wenn sie mehr oder minder gewaltlos inszeniert werden – automatisch Rekordfieber wach. Seit dem Coup der Posträuber vor knapp 20 Jahren hat er feste und anspruchsvolle Maßstäbe im Umgang mit derartigen Diebstählen. Damals wurden 2,5 Millionen Pfund gestohlen und machten die Diebe, die sich später in der Mehrheit als durch den plötzlichen Reichtum überforderte kleine Gauner erwiesen, zur Legende.

Reif für Rekordbücher

Am Samstagmorgen wurden Gold und Diamanten im Wert von 25 Millionen Pfund entwendet und allein die ausgesetzte Belohnung von zwei Millionen Pfund (umgerechnet acht Millionen Mark) ist fast so hoch wie die legendäre Beute der Posträuber. Mit einem Satz: Was am Samstagmorgen zwischen 6.15 Uhr und 8.30 Uhr im Lagerhaus „Brinks Mat" eineinhalb Kilometer vom Londoner Flughafen Heathrow geschah, ist reif für die Rekordbücher.

Es zeigt zugleich, welche Fortschritte in den letzten 20 Jahren seit dem Postraub die Diebeszunft und die Inflation gemacht haben. Denn die 2,5 Millionen Pfund der Posträuber waren nach dem damaligen Wechselkurs rund 30 Millionen Mark wert, die 25 Millionen Pfund, die am Wochenende in Gold und Diamanten entwendet wurden, entsprechen einem Wert von 100 Millionen Mark.

Solche Schätze liegen nicht einfach so herum. Das Lagerhaus „Brinks Mat" galt in einschlägigen Kreisen als einbruchsicher. Es erscheint nach außen hin eher wie eine moderne Fabrikhalle. Seine Eingänge sind mit allen erdenklichen elektronischen Sicherheitsinstrumenten versehen. Zur Zeit des Einbruchs befanden sich sechs Sicherheitsbeamte im Gebäude.

Scotland Yard hüllt sich bis zur Stunde noch in Schweigen, auf welche Weise die sechs Diebe das komplizierte Sicherheitssystem ausgeschaltet haben und ins Gebäude eingedrungen sind. Die sechs Sicherheitsbeamten hatten keine Gelegenheit, Widerstand zu leisten und waren innerhalb weniger Minuten gefesselt. Einem der Beamten wurde mit einem Messer die Uniform aufgeschnitten und Benzin über den Körper geschüttet. Ein zweiter Beamter erlitt Kopfverletzungen durch Schläge mit einem Pistolenknauf.

Mit der Drohung, das Benzin anzuzünden, verschafften sich die Diebe alle nötigen Informationen darüber, wo Gold und Diamanten zu finden waren. Sie brauchten zwei Stunden, um die Fracht auf ein Fahrzeug zu hieven. Ansonsten fehlt von ihnen jede Spur. Sie hinterließen keine Fingerabdrücke und es gibt keine Augenzeugen, die ein Auto beim Verlassen des Lagerhauses gesehen haben. Die Diebe trugen Gesichtsmasken.

Für Kommissar Frank Cater waren Art und Technik des Raubs überhaupt gar nicht neu. Ihm drängten sich unverzüglich Erinnerungen an den letzten großen Geldraub am zweiten Ostertag dieses Jahres in der Londoner City auf. Auch damals drangen sechs Männer in das schwer bewachte Gebäude der Firma „Security Express" ein, auch sie erschienen in der Morgendämmerung unmittelbar nach dem Schichtwechsel und auch sie übergossen einen der Wächter mit Benzin und drohten, es anzuzünden.

Die sechs maskierten Männer ließen sich damals acht Stunden Zeit, um sieben Millionen Pfund in bar aus den Tresoren zu holen. Von Geld und Dieben fehlt bis heute jede Spur, obwohl damals eine Belohnung von einer halben Millionen Pfund ausgesetzt wurde.

Belohnung als Köder

Die am Wochenende gestohlene Fracht war für Hongkong bestimmt. Die 6800 Goldbarren waren mit Stempeln und Seriennummern versehen. Da es sich offensichtlich um ausgefuchste Profis handelt, darf man annehmen, daß sie über hinreichende Möglichkeiten verfügen, das Gold einzuschmelzen.

Die größte Erfolgschance, die Beute und die Diebe dingfest zu machen, bietet deshalb wohl die ausgesetzte Belohnung von zwei Millionen Pfund, die für die Londoner Unterwelt ein zu verführerischer Köder ist. Es muß jedoch befürchtet werden, daß es sich hier um eine Truppe handelt, die außerhalb der gängigen Gangsterzirkel operiert. Der bisher einzige Schönheitsfehler in dem sonst staunenswert geschmeidigen Unternehmen: Sie fielen zu einem Zeitpunkt über den Stoff her, da sein Preis rapide sinkt. Vor zwei Jahren noch wären ihre drei Tonnen Gold rund 250 Millionen Mark wert gewesen.



Weit verstreut wurden die Trümmer des abgestürzten Jumbos. Offenbar hatte eines der Triebwerke Feuer gefangen. Nach der Explosion brannte das Wrack noch mehrere Stunden. Viele der Toten waren nicht mehr zu identifizieren. Die mindestens 183 Opfer wurden in einem Hangar des Madrider Flughafens aufgebahrt. FOTOS. DPA

Jumbo zog eine Spur des Todes

ROLF GÖRTZ/dpa, **Madrid**

Die 194 Menschen an Bord des Jumbos der kolumbianischen Gesellschaft „Avianca" auf dem Weg von Paris nach Bogota schienen die erste Etappe ihres Fluges – kurz vor der nächtlichen Zwischenlandung auf dem Madrider Flughafen Barajas schon hinter sich zu haben, als die Katastrophe über sie hereinbrach. Eine Minute vorher war noch alles in Ordnung. Die Fluglotsen im Tower sprachen um drei Minuten nach ein Uhr noch mit Flugkapitän Julio Hernandez, als plötzlich der Funkkontakt abbrach.

So unklar wie die Ursache der Katastrophe war zunächst auch die Zahl der Opfer. Ein Vertreter der „Avianca" sprach gestern nachmittag von 183 Toten und elf Überlebenden. Zu ihnen zählt der schwerverletzte Deutsche Peter Stigmann, der mit Verbrennungen ins Luftwaffenlazarett von Madrid gebracht wurde. An Bord der Maschine befanden sich 169 Passagiere, 20 Besatzungsmitglieder und fünf Angehörige einer heimkehrenden Crew. Aus Frankfurt kommend war die Maschine zum ersten Mal in Paris zwischengelandet. In der französischen Hauptstadt waren 54 Passagiere zugestiegen, darunter auch etwa 25 Deutsche.

Nach Augenzeugenberichten geriet vor dem Absturz eines der Triebwerke der Boeing 747 in Brand. Einige Bewohner der Ortschaft Mejorada del Campo am Rande von Madrid wollen zwei schwere Explosionen gehört haben. Die Maschine geriet jedenfalls in etwa 1000 Meter Höhe außer Kontrolle und drohte auf den 11 000-Einwohner-Ort zu stürzen.

Ein Dorfbewohner: „Der Jumbo hielt genau auf unser Dorf zu. Er flog noch etwa 900 Meter hoch, verlor an Höhe und schlug schließlich vier Kilometer vor Mejorada auf den Feldern auf. Als er auf uns zuraste, machte er plötzlich einen merkwürdigen Schwenk und prallte mit großem Getöse inmitten riesiger Flammen auf die Erde."

Einer der Überlebenden erzählte: „Ich hing mit dem Kopf nach unten im Sicherheitsgurt, weil das Flugzeug auf dem Rücken liegenblieb. Ich befreite mich irgendwie und trat eine der Scheiben ein, durch die ich entkommen konnte. Dann explodierten die Tanks. An mehr kann ich mich nicht erinnern." Aus dem Wrack wankte den ersten am Katastrophenort eintreffenden Poizisten eine etwa 30 Jahre alte Südamerikanerin entgegen, die als einzige unverletzt blieb und im Schock nur die Typenbezeichnung des Unglücks-Jets stammelte: „Siete-quatro-siete." (7-4-7). Ihr folgte ein jüngerer Mann mit einem Kind auf dem Arm und einem zweiten an der Hand – der Franzose Patrick Mayer mit seinen Kindern.

Möglicherweise hatte Kapitän Hernandez noch eine Notlandung versmcht. Einige Passagiere hatten jedenfalls die Schwimmwesten angelegt. Die Boeing schlidderte mehrere hundert Meter durch die Gemüsefelder, überschlug sich mindestens zweimal und hinterließ so eine Spur des Todes: Leichenteile, Wrackstükke und Gepäck lagen verstreut auf einer Strecke von etwa einem Kilometer hinter dem Unglücksflugzeug. Dann explodierte der Riesen-Jet, ging in Flammen auf und verglühte nach einer vierstündigen Feuersbrunst zu einem Haufen Schrott.

Neben dem Wrack wurde später der offenbar intakte Flugschreiber der Maschine gefunden, von dem man sich nun Aufschluß über die Unglücksursache erhofft. In den Trümmern entdeckte man auch zwei Pistolen. Zunächst geht man davon aus, daß sie entweder Besatzungsmitgliedern gehörten oder aber von Passagieren abgegeben worden sein könnten.

Auf dem Madrider Flughafen spielten sich erschütternde Szenen ab. Erst eine Stunde nach der Katastrophe wurden die Wartenden über das wahre Ausmaß unterrichtet. Der „Avianca"-Schalter war schon mit dem Eintreffen der ersten Nachrichten geschlossen worden.

Unter den Toten befindet sich auch der peruanische Schriftsteller Manuel Escorza. In Madrid wollten der kolumbianische Ex-Präsident Misael Pastrana sowie eine Reihe spanischer Schriftsteller, die zu einem Kongreß in Südamerika unterwegs waren, zusteigen.

Entführtes Baby lag lebend im Pappkarton

In Italien bleibt Furcht vor neuer Dimension des Kidnapping

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Ein Entführungsfall, der wegen seiner besonderen Grausamkeit ganz Italien in Atem hielt, hat ein glückliches Ende gefunden. Das achtzehn Monate alte Baby Elena Luisi, das in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober bei Lucca in der Toscana geraubt worden war, liegt gesund und munter wieder in den Armen seiner Mutter. Es wurde in Sizilien aufgefunden – in einem Pappkarton am Straßenrand aufgestellt. Die Bande der Entführer konnte fast vollzählig verhaftet werden. Ein Lösegeld wurde nicht gezahlt.

Der außergewöhnliche Entführungsfall, von dem viele Italiener befürchtet hatten, daß er dem Kidnapping eine neue, selbst Babys einschließende Dimension eröffnen könnte, wurde dank einer erfolgreichen polizeilichen Großfahndung gelöst, zu der von der Toscana bis nach Sizilien mehrere hundert Mann eingesetzt waren. Dabei gingen der Chef der Entführerbande und acht weitere Bandenmitglieder ins Netz, nur ein Bandit wird noch gesucht.

Organisiert wurde die Entführung von einem Freund der Familie Luisi, dem Kaufmann und Elektrowarenvertreter Francesco Chillè, der sich seit längerem in finanziellen Schwierigkeiten befand und angeblich auch in den Drogenhandel verwickelt war. Er stammt aus Milazzo auf Sizilien, wo er Gemeinderat der republikanischen Partei ist. Mit dem Lösegeld für die kleine Elena hoffte er, aus seinen Geldnöten herauszukommen.

Die Polizei wurde auf Chillè aufmerksam, als sie eines seiner Telefongespräche abhörte. Er sprach darin in sizilianischem Dialekt von einem „Schaf, das blökt", und von einem „Hirten, der bezahlen muß, wenn er das Tier wiederhaben will". Chillè wurde daraufhin in Ferrara festgenommen. In seiner Tasche fand man eine Fotografie des geraubten Babys mit einer Kopie des „Corriere della Sera" auf dem Schoß. Er wurde sofort nach Milazzo gebracht. Offensichtlich auf seine Aussage hin drang die Polizei zu dem Versteck des Kindes vor, das jedoch kurz vorher verlassen worden war. Die anderen Entführer hatten offenbar Wind bekommen und waren mit dem Kind ausgerückt.

Während der daraufhin einsetzenden Flächenfahndung wurde im Polizeipräsidium ein anonymer Anruf registriert. Das Kind sei auf einer bestimmten Straße abgestellt worden, hieß es darin. „Holt es dort ab!" Dort fand man dann tatsächlich die verfrorene, weinende, aber gesunde Elena in einem Pappkarton. Einer nach



Elena Luisi: Ihr Verschwinden hatte die an Entführungen gewöhnten Italiener zutiefst bewegt. FOTO: AP

dem anderen der Entführer und ihrer Helfershelfer ging der Polizei in den folgenden Stunden ins Netz.

Die Erregung, die dieser Entführungsfall in der italienischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat, spiegelt sich unter anderem in einem offenen Brief wieder, den der Chefredakteur des „Giornale Nuovo", Indro Montanelli, gestern an Staatspräsident Pertini richtete. Montanelli verweist darin auf die alarmierende Zunahme (Verdreifachung) von Entführungsdelikten in den letzten zwei Jahren. An Entführungen von Erwachsenen habe sich die Öffentlichkeit inzwischen derart gewöhnt, daß man kaum noch deren Namen zur Kenntnis nehme.

Im Notfall landet „Columbia" in Wahn

Flughafen Köln/Bonn offizieller Notlandeplatz für „Space Shuttle"

ADALBERT BÄRWOLF, **Hamburg**

Der amerikanische Raumtransporter Space Shuttle mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold an Bord wird auf dem Zivilflughafen Köln/Bonn notlanden, falls in der Startphase zwei Haupttriebwerke ausfallen. Die Wahrscheinlichkeit eines Landeversuchs auf der 3800 Meter langen Piste am Rhein wird von der Nasa mit eins zu zehntausend angegeben. Voraussetzung für die Notlandung wäre die fast katastrophale Situation vor Ablauf von sechs Minuten nach dem Start am heutigen Montag um 17.00 Uhr deutscher Zeit. Die Flugsicherungszentrale Düsseldorf und der Kölner Flughafen sind jedoch auf den Alarmfall vorbereitet. Ein zweiter europäischer Notlandehafen ist Saragossa in Spanien.

Der Alarmplan gilt für den Fall, daß die Triebwerke in einem Augenblick ausfallen, in dem es für die Rückkehr zum Startplatz zu spät, für den Schwenk in die Orbitalbahn aber zu früh ist. Im Falle der Notlandung in Köln würden vom Start der „Columbia" mit dem Weltraumveteranen John Young am Steuer bis zum Aufsetzen auf der Landebahn am Rhein nur 30 Minuten vergehen. Das Raumflugzeug würde dabei eine Höchstgeschwindigkeit von mehr als 20 000 Kilometer in der Stunde erreichen und antriebslos wie ein Segler mit einer Geschwindigkeit von 340 Stundenkilometer auf der Kölner Bahn aufsetzen. Die Atlantiküberquerung in dreißig Minuten wäre nicht nur die schnellste in der Geschichte, sondern auch eine Vorschau auf den im nächsten Jahrhundert geplanten halbballistischen Reiseverkehr von Kontinent zu Kontinent mit Hyperschallgeschwindigkeit.

Als Notlandehäfen kommen zum ersten Mal Köln/Bonn und Saragossa in Frage, weil zum ersten Mal mit einer Bahnneigung von 57 Grad gestartet wird. Diese Bahnneigung zum Äquator ist wegen der geplanten Experimente über Europa notwendig. Amerikanische Astronauten haben den Kölner Flughafen bei einer Inspektion am 12. Oktober in einem hervorragenden Zustand gefunden. Die Flugsicherungszentrale in Düsseldorf lieferte dann den Alarmplan, der den Luftraum für den mit Überschallgeschwindigkeit heranrasenden Shuttle freihält.

Im Ernstfall wird Kommandant Young den geflügelten Satelliten mit seinen vollgestopften Elektroniksystemen ohne Hilfe des Mikrowellenlandesystems zur Erde bringen müssen. Dieses Landesystem ist nur auf den amerikanischen Landeplätzen Edwards (Kalifornien), White Sands (Neu Mexiko) und am Startplatz in Florida installiert. Young hat auf dem Boden nur das taktische Navigationssystem Tacan (Tactical air navigation) zur Verfügung. Die Bodensender geben Young für den Anflug Seitenwinkel und Entfernung, die Höhenangaben liefert ein Radarhöhenmesser.

Für die mögliche Notlandung in Köln hat die Nasa Techniker eingeflogen, die über die Mindestausrüstung verfügen. Mit Schnüfflern stellen die Techniker fest, ob Explosionsgefahr besteht. Geben sie grünes Licht, wird der Shuttle nach Ausstieg der Besatzung auf den militärischen Teil des Kölner Flughafens gerollt. Vor allem muß sichergestellt werden, daß kein Treibstoffleck besteht. Die Maschine hat noch den gesamten Treibstoff an Bord, der für die Manövrierraketen in der Erdkreisbahn benötigt wird. Dieser – Hydrazin und Stickstofftetraoxid – ist hochgiftig.

Im Fall einer Notlandung in Köln müssen sämtliche Vorrichtungen für den Shuttle-Rücktransport in einer Luftbrücke nach Köln herangeflogen werden. Dazu werden drei bis vier der größten Lufttransporter der Welt benötigt. Hauptsächlich müssen die Einzelelemente der 72 Tonnen schweren dreibeinigen Hebekonstruktion herangeflogen werden, die zum Heben des Raumtransporters auf den Rücken des Nasa-Jumbos erforderlich sind.

Herbststürme tobten über Westeuropa: Acht Tote

dpa, **Hamburg**

Mindestens acht Menschen sind gestern in Belgien bei schweren Herbststürmen, die mit Geschwindigkeiten um 150 Kilometer über Westeuropa hinwegfegten, ums Leben gekommen. Sie wurden, zum Teil in ihren Autos, von umstürzenden Bäumen erschlagen. In der Bundesrepublik Deutschland gab es nach einer ersten Übersicht keine Verletzten. Wie in Belgien, Frankreich und anderen Ländern stürzten aber auch hier Bäume um, flogen Ziegel von den Dächern. Mehrfach kam die Erde nach stundenlangen Regenfällen ins Rutschen. Straßen wurden blockiert. Für die deutsche Nordseeküste wurde gestern mittag Sturmflutwarnung gegeben. In vielen Städten im Bundesgebiet mußten die Feuerwehren am Sonntagmorgen ausrücken, um die Sturmschäden zu beseitigen. Die Münchner Berufsfeuerwehr war bis mittag mehr als 50mal im Einsatz.

Bereits am Samstag war ein Sturm über die bayerischen Berge hinweggezogen. Auf der Zugspitze erreichten die Orkanböen kurzfristig Spitzengeschwindigkeiten bis zu 220 Kilometer in der Stunde. Die Seilbahn zum Zugspitzgipfel mußte ihren Betrieb einstellen. Mit dem Sturm wurde es für diese Jahreszeit ungewöhnlich warm in Deutschland – schon gestern morgen wurden in München 15 Grad gemessen. Nach den Aufzeichnungen des Münchner Wetteramtes war es der wärmste 27. November seit 29 Jahren.

Postbeamter erschossen

AP, **Düsseldorf**

Ohne Ergebnis blieb auch gestern die Suche nach dem Unbekannten, der am Samstag in Düsseldorf einen Postbeamten erschoß und mit Devisen im Wert von umgerechnet 77 000 Mark entkam. Der Mann hatte an einer Ampel einer Kolonne von drei Paketautos der Deutschen Bundespost aufgelauert. Als die Fahrzeuge bei Rotlicht hielten, versuchte er, in das erste der drei Paketautos einzudringen. Beim Handgemenge mit den Fahrern der nachfolgenden Wagen schoß der Mann und verletzte einen der Beamten, der auf dem Weg ins Krankenhaus verblutete. Der Unbekannte konnte mit einem Moped entkommen.

Begräbnis an der Elbe

dpa, **Berlin**

Der am 17. Oktober in Chicago gestorbene Joseph Polowsky ist am Samstag, seinem letzten Willen entsprechend, in Torgau an der Elbe beigesetzt worden. Polowsky gehörte zu jener amerikanischen Patrouille, die am 25. April 1945 als erste mit sowjetischen Streitkräften an der Elbe zusammentraf. An dem Begräbnis nahmen auch je vier sowjetische und amerikanische Offiziere teil.

„Happyend" in Paris

rtr, **Paris**

Die chinesische Künstlerin Li Shuang und der ehemalige französische Kulturattaché in Peking, Emmanuell Bellefroid, sind seit Samstag wieder vereint. Die Chinesin war 1981 in ein Arbeitslager gekommen, weil sie in Peking mit dem französischen Diplomaten zusammengelebt hatte. Nach Intervention der französischen Regierung durfte Li Shuang jetzt nach Paris ausreisen.

Gasexplosion: Zehn Verletzte

dpa, **Mannheim**

Zehn Menschen sind am Wochenende in Mannheim bei einer Gasexplosion in einem fünfstöckigen Wohnhaus zum Teil schwer verletzt worden. Nach bisherigen Ermittlungen explodierte ein Heizgerät in einer mit Gasheizung ausgestatteten Wohnung im dritten Obergeschoß des Hauses.

Im Kinderzimmer verbrannt

dpa, **Aachen**

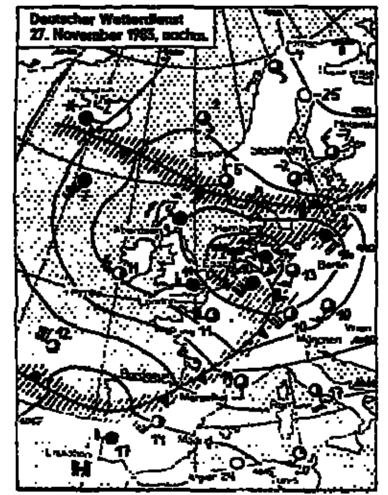
Bei einem Brand, der aus bislang noch ungeklärten Gründen im Kinderzimmer ausgebrochen war, sind in der Nacht zum Sonntag in Aachen drei Kinder ums Leben gekommen. Die Eltern waren unterwegs.

ZU GUTER LETZT

„Meine Frau ersetzt mir über 20 Kühe". Überschrift der „Bonner Rundschau".

WETTER: Schauer

Wetterlage: Auf der Rückseite eines zum Baltikum abgezogenen Orkantiefs fließt zunehmend frische Polarluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: Bei rasch wechselnder Bewölkung schauerartige Niederschläge. Tageshöchsttemperaturen zwischen 6 und 10 Grad, nächtliche Tiefstwerte 4 bis null Grad, frischer bis starker, in Böen auch stürmischer Wind aus nordwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft und weiterer Temperaturrückgang.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	22°
Bonn	13°	Kopenh.	7°
Dresden	13°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	13°	Madrid	14°
Hamburg	11°	Mailand	3°
List/Sylt	8°	Mallorca	21°
München	10°	Moskau	2°
Stuttgart	9°	Nizza	17°
Algier	24°	Oslo	-2°
Amsterdam	10°	Paris	11°
Athen	11°	Prag	11°
Barcelona	20°	Rom	17°
Brüssel	11°	Stockholm	-2°
Budapest	8°	Tel Aviv	22°
Bukarest	4°	Tunis	20°
Helsinki	-7°	Wien	10°
Istanbul	12°	Zürich	11°

* **Sonnenaufgang am Dienstag:** 8.01 Uhr, Untergang: 16.19 Uhr. **Mondaufgang:** 1.19 Uhr, Untergang 14.28 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel